

Das neue Weißbuch -

Wie steht es um unsere Sicherheit?

Dokumentation

13. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress

24. und 25. November 2006
Best Western Queens Hotel Karlsruhe

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e. V.
Landesgruppe Baden-Württemberg



Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e. V.
Landesbereich Baden-Württemberg



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis, Anmerkungen zur Bearbeitung, Bildnachweis	2
Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger, MdL	3
Programm	4
Begrüßungsrede des Landesvorsitzenden Michael Sihler	5
Rudolf Kühner: Grußwort	6
Roland Idler: Einführung in die Tagung	7
Klaus Naumann: Die Auswirkungen der globalen Herausforderungen und Bedrohungen für NATO, EU und Bundeswehr	9
Claire Marienfeld-Czesla: Grußwort der Präsidentin der Gesellschaft für Wehr und Sicherheitspolitik	15
Erich Staudacher: Grußwort des stellvertretenden Befehlshabers im Wehrbereich IV	16
Ehrung von Oberst Walter Engelhardt	18
Johannes Schmalzl: Bedrohung durch den Islamismus - eine Gefahr für den Weltfrieden	19
Johann-Georg Dora: Aktuelle Aspekte deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik	23
Paul Elmar Jöris: Ist das neue Weißbuch ausreichend für einen parteiübergreifenden Konsens in der deutschen Sicherheitspolitik?	31
Resolution	34
Pressespiegel	35
Teilnehmerliste	39

Fotografien von den Vortragenden - vom Vortrag selbst - finden sich jeweils am Anfang der hier zusammengestellten Texte. Weitere Fotografien von der Veranstaltung sind auf den Seiten 17, 18, 29, 30 und 42 wiedergegeben. Durch Presse und Internet verbreitete Bilder finden sich auf den Seiten 35, 36 und 38.

Anmerkungen zur Bearbeitung

Von den Referenten erhielten wir Redemanuskripte, nahezu druckfähige Texte als Computerdateien oder Präsentationsdateien. Die Texte stellte ich auf die neue Rechtschreibung um und vereinheitlichte die Typografie. Fotos und Grafiken aus den Präsentationen konnten nur teilweise übernommen werden. Inhaltliche Veränderungen wurden nicht durchgeführt.

Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.

Bildnachweis: Staatsministerium Pressestelle der Landesregierung Baden-Württemberg,
Johann Michael Bruhn und Thorsten Widmer

Redaktion und Layout:

Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.
Lembergerweg 23
74392 Freudental
Hauptfeldwebel@jmbruhn.de

Druck:

Mausier + Tröster GbR Offsetdruckerei, Mössingen

Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger



Zum 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe begrüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr herzlich. Als Ausdruck meiner Verbundenheit und Wertschätzung für die Bundeswehr und ihre Reservisten habe ich für diese Veranstaltung gerne die Schirmherrschaft übernommen.

In den vergangenen Jahren sind neue Aufgaben auf unser Militär zugekommen. Unsere Soldatinnen und Soldaten sorgen heute für Sicherheit und Stabilität in einigen Krisenregionen der Welt. Zu den zwischenzeitlich bewährten Einsätzen im Kosovo, in Bosnien, in Mazedonien oder in Afghanistan ist in diesem Jahr ein weiterer Stabilisierungseinsatz im Kongo hinzugekommen, der die Bundeswehr vor neue Herausforderungen stellt.

Mit ihren Auslandseinsätzen nimmt die Bundeswehr immer mehr eine tragende Rolle im internationalen Sicherheitsgefüge ein. Die Beteiligung an der Beruhigung von Krisenherden zeigt, welche Wertschätzung unsere Armee mittlerweile genießt. Sie verdient unseren Respekt, unseren Dank und unsere Anerkennung.

Auch die Reservisten der Bundeswehr und die Verbindungskommandos auf Bezirks- und Kreisebene leisten hilfreiche Arbeit in der zivil-militärischen Zusammenarbeit oder beispielsweise im Katastrophenschutz im Land. Der Verband der Reservisten und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik unterstützen diesen Einsatz durch ihre hervorragende Betreuung der Reservisten. Soldatinnen und Soldaten werden auch nach dem aktiven Dienst im Hinblick auf sicherheitspolitische Aspekte und militärische Fähigkeiten aus- und fortgebildet. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich.

Die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik hat zusammen mit dem Verband der Reservisten wieder ein anspruchsvolles und vielseitiges Programm für den Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress zusammengestellt. Im Zentrum steht das Thema "Das neue Weißbuch-Wie steht es um unsere Sicherheit?", das von verschiedenen Blickwinkeln aus beleuchtet und dargestellt wird.

Ich danke den Organisatoren sowie allen Helferinnen und Helfern für ihr Engagement und wünsche den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen erfolgreichen Verlauf und interessante Begegnungen.

A handwritten signature in black ink, which appears to be "Günther Oettinger". The signature is stylized and includes a long horizontal stroke at the end.

Programm

Freitag, 24. November 2006

- 18:00 Uhr Begrüßung
VdRBw-Landesvorsitzender Baden-Württemberg Michael Sihler
- 18:10 Uhr Grußwort
Überbracht von Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner
- 18:25 Uhr Einführung in die Tagung
GfW-Landesvorsitzender Baden-Württemberg Dr. Roland Idler
- 18:30 Uhr Vortrag und Diskussion:
Die Auswirkungen der globalen Herausforderungen und Bedrohungen für NATO, EU und Bundeswehr
Dr. h.c. Klaus Naumann, General a.D.
- 20:00 Uhr Grußworte
- 20:15 Uhr Gemeinsames Abendessen

Samstag, 25. November 2006

- 09:00 Uhr Vortrag und Diskussion:
Bedrohung durch den Islamismus - eine Gefahr für den Weltfrieden
Johannes Schmalzl
Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg
- 10:15 Uhr Kaffeepause
- 10:45 Uhr Vortrag und Diskussion:
Aktuelle Aspekte deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik
Generalleutnant Johann-Georg Dora
Stellvertreter des Generalinspektors und
Beauftragter für Reservistenangelegenheiten
- 12:00 Uhr Gemeinsames Mittagessen
- 13:30 Uhr Vortrag und Diskussion:
Ist das neue Weißbuch ausreichend für einen parteiübergreifenden Konsens in der deutschen Sicherheitspolitik?
Paul Elmar Jöris
Korrespondent des WDR in Düsseldorf
Mitglied des Beirats für Fragen der Inneren Führung
- 14:30 Uhr Zusammenfassung
GfW-Landesvorsitzender Baden-Württemberg Dr. Roland Idler
- 14:45 Uhr Resolution
Beratung und Entschließung
- 15:00 Uhr Verabschiedung
VdRBw-Landesvorsitzender Baden-Württemberg Michael Sihler

Begrüßungsrede

des Landesvorsitzenden Michael Sihler



Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, meine Herren Generale, sehr geehrte Gäste aus dem Ausland und aus dem Inland, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kameraden, zum nunmehr **13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress** des Reservistenverbandes und der GfW begrüße ich Sie hiermit sehr herzlich. Ihre zahlreiche Anwesenheit beweist wiederum Ihr Interesse an dem diesjährigen Thema und an den hochkarätigen Vortragenden, die wir in diesem Jahr gewinnen konnten.

Gestatten Sie mir dabei bitte, von den vielen hochrangigen Gästen einige stellvertretend zu begrüßen. Ich begrüße daher zunächst sehr herzlich:

1. Die ehemalige Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und die Präsidentin der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Frau **Claire Marienfeld-Czesla**.

2. Aus dem Bereich der höheren Verwaltung begrüße ich ganz besonders Herrn **Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner** aus Karlsruhe, der ein Grußwort der Landesregierung zu uns sprechen wird.

3. Aus dem Bereich der Bundeswehr begrüße ich namentlich

- Herrn **General a.D. Dr. Klaus Naumann**,

ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, dessen Vortrag wir anschließend mit Spannung erwarten,

- den stellvertretenden Generalinspekteur und Beauftragten für Reservistenarbeit, Herrn **Generalleutnant Johann-Georg Dora**, der morgen zu uns sprechen wird,

- den stellvertretenden Befehlshaber im Wehrbereich IV, Herrn **Brigadegeneral Erich Staudacher**,

- vom EUROCORPS Herrn **Brigadegeneral Walter Spindler**,

- den Vorsitzenden im Beirat Freiwillige Reservistenarbeit, Herrn **Generalmajor a.D. Ekkehart Richter**,

- Herrn **Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp**,

- den Inspizienten für Freiwillige Reservistenarbeit, Herrn **Oberst Anton Söllner**,

- den Kommandeur im VBK 52, Herrn **Oberst Walter Engelhardt**,

- sowie den StOffzRes im VBK 51, Herrn **Oberstleutnant Armin Steinmaier**.

4. Von den Verbänden begrüße ich meinen Konterpart, den Landesvorsitzenden der GfW und Ehrenlandesvorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg des Reservistenverbandes, Herrn **Oberst d.R. Dr. Roland Idler** und seine zahlreich erschienenen Sektionsleiter, ebenso den Ehrenlandesvorsitzenden der GfW, Herrn **Oberst a.D. Nikolaus Schmeja**;

vom Bundeswehrverband begrüße ich die Bezirksvorsitzenden Herrn **StFw a.D. Karl-Heinz Bög** und Herrn **Oberstlt a.D. Wolfgang Krayer**;

vom Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge, in Vertretung des Landesvorsitzenden Norbert Schelleis, Herrn **Oberstlt a.D. Joachim Pachale**.

5. Auch ausländische Gäste sind zahlreich erschienen, von diesen begrüße ich ganz besonders

- aus der Schweiz Herrn **Oberst im Generalstab Martin Vögeli** und Herrn **Oberst Peter Marcandella**,

- aus Österreich vom Militärkommando Vorarlberg Herrn **Oberstleutnant Professor Erwin Ritter von Fitz**.

6. Vom Reservistenverband

- die Vizepräsidenten Herrn **Oberstlt d.R. Burkhard Ehrlich** und Herrn **OFw d.R. Manfred Hoffmann** sowie

- den Landesvorsitzenden von Schleswig Holstein, Herrn **Oberstlt a.D. Rolf Hellriegel**.

7. Und *last not least* vom Beirat Innere Führung, Herrn **Paul Elmar Jöris**, der morgen seinen Vortrag halten wird.

Seien Sie alle ganz herzlich begrüßt.

Oberstleutnant d.R. Michael Sihler ist Rechtsanwalt in Tauberbischofsheim und seit 2005 Landesvorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband. Nach Abitur und Wehrdienst studierte Sihler Rechtswissenschaften in Kiel und Tübingen. Das Referendariat leistete er in Stuttgart ab, war ab 1977 Rechtsanwalt in Bad Mergentheim und seit 1985 in Tauberbischofsheim. 1980 trat Sihler in den Reservistenverband ein, wurde 1982 Schriftführer und Pressereferent der RK Bad Mergentheim, dann in den gleichen Ämtern in der Kreisgruppe Franken und sodann in der Bezirksgruppe Stuttgart. Bevor er 1995 zum Landesschriftführer gewählt wurde, war er drei Jahre lang Mitglied des Schiedsgerichts der Landesgruppe Baden-Württemberg. 1998 wählte ihn die Landesdelegiertenversammlung zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg, wählte ihn 2001 wieder und 2004 folgte er Burkhard Ehrlich im Amt des ersten stellvertretenden Landesvorsitzenden.

Rudolf Kühner

Grußwort



I. Begrüßung

Sehr geehrte Damen und Herren, in Vertretung unserer Landesregierung überbringe ich Ihnen die besten Grüße und Wünsche von Herrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger, dem Schirmherrn dieses Kongresses, und von Herrn Innenminister Heribert Rech. Beide bedauern sehr, heute hier in Karlsruhe nicht persönlich dabei sein und zu und mit Ihnen sprechen zu können.

Auch mir ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Bundeswehr und der ihr nahestehenden Verbände sehr wichtig. Ich schätze die Arbeit des Verbands der Reservisten und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik. Ich bin deshalb heute Abend wieder sehr gerne zu Ihnen gekommen.

II. Das neue Weißbuch

Vor einem Monat hat Herr Verteidigungsminister Franz Josef Jung das "Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006" vorgestellt. Die Bundesregierung hat damit auf die veränderte Sicherheitslage in der Welt reagiert. Das war richtig. Die Bundesrepublik hat damit ein neues sicherheitspolitisches Programm. Und das ist wichtig.

Die Bundeswehr hat sich von einer Abschreckungsarmee zu einer Interventionsarmee entwickelt, um zu Freiheit und Frieden in dieser Welt beizutragen.

Der international vernetzte Terrorismus unterscheidet nicht zwischen innerer und äußerer Sicherheit. Er muss dort abgewehrt werden, wo er entsteht. Und er bedroht auch die Menschen in Deutschland.

Zur Abwehr dieser Bedrohung und in Friedensmissionen leisten derzeit rund 9.000 Soldatinnen und Soldaten ihren Einsatz im Ausland. Ihnen gebührt unser aller Dank! Mehr als 2.500 von ihnen sind Reservisten. Sie leisten etwa in Afghanistan oder im Kongo ihren Beitrag für die Sicherheit von Menschen, die Freiheit und Frieden herbeisehnen.

Solche speziellen Fähigkeiten soll die Bundeswehr künftig auch im Inland einsetzen, um uns alle vor Terror zu schützen. Und zwar dann, wenn Anschläge nicht mit Mitteln der Polizei abgewehrt werden können.

Die Bundeswehr wird damit nicht zu einer "Ersatzpolizei". Aber nur sie hat die Mittel und das Know-how, terroristischen Bedrohungen - etwa aus der Luft oder auf See - wirksam zu begegnen.

Das Weißbuch dokumentiert die Notwendigkeit, den verfassungsrechtlichen Rahmen für den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu erweitern. Ich kann dies nur unterstreichen. Es ist ein wichtiger Schritt für noch mehr Sicherheit in Deutschland.

III. Neue Rolle der Bundeswehr in der ZMZ

Unsere Streitkräfte durchlaufen derzeit einen weiteren grundlegenden Prozess der Neugestaltung: Es ist die Neuordnung der territorialen Kommandostruktur.

Dies wirkt sich auch auf die Zivil-Militärische Zusammenarbeit aus. Ab kommendem Jahr werden Reserveoffiziere als Beauftragte der Bundeswehr für die ZMZ eingesetzt. Sie werden auch die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Stellen auf Bezirks- und Kreisebene intensivieren. Ich kann für das Land Baden-Württemberg und den Regierungsbezirk Karlsruhe sagen: Wir freuen uns auf diese Zusammenarbeit!

IV. Aktuelle Sicherheitslage im Land

Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger wird hier bei uns in Baden-Württemberg groß geschrieben.

Die Bevölkerung fühlt sich dank der engagierten und professionellen Arbeit unserer Polizei und unserer Sicherheitsbehörden sicher, und ich betone dies ausdrücklich: völlig zurecht! Der Präsident unseres Landesamts für Verfassungsschutz, Herr Johannes Schmalzl, wird dazu morgen zu Ihnen sprechen.

Erfreulich ist auch, dass die Bundeswehr bei den Bürgerinnen und Bürgern ein hohes Ansehen genießt. In der FAZ von gestern war zu lesen, dass laut einer Emnid-Umfrage 87 % der Bevölkerung in der Bundesrepublik der Bundeswehr positiv oder eher positiv gegenüberstehen.

Dr. Rudolf Kühner ist seit Juli 2005 Regierungspräsident in Karlsruhe. Er hat Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Heidelberg, Genf und Miami (USA) studiert und ist Absolvent der Führungsakademie Baden-Württemberg. Von 1981 bis 1986 war er wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg. Anschließend wurde er bis 1988 Referent im Referat Bauwesen beim Regierungspräsidium Karlsruhe, bevor er bis 1991 als Referent und stellvertretender Referatsleiter ins Umweltministerium Baden-Württemberg wechselte. In den Jahren 1991 und 1992 war er Leiter des Kreisbauamts des Landratsamts Rhein-Neckar-Kreis. Im Jahr 1992 wechselte er dann ins Staatsministerium, wo er bis 1994 als Referent der Geschäftsstelle der Regierungskommission für die Verwaltungsreform tätig war. 1996 wurde er zum Leiter des Medienreferats ernannt und 2000 zum Abteilungsleiter im Staatsministerium.

Ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann.

Zum guten Sicherheitsgefühl hier im Südwesten tragen die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und die Reservisten wesentlich bei.

Die Menschen in Baden-Württemberg wissen, dass sie sich auf die Bundeswehr verlassen können. Sie hilft bei Katastrophen, und sie steht - wie auch jüngst bei der Fußball-Weltmeisterschaft - mit ihren besonderen Fähigkeiten stets bereit, Menschen in größter Not zu helfen. Dafür auch im Namen der Landesregierung: Nochmals herzlichen Dank!

Ausdrücklich einschließen in diesen Dank möchte ich die Reservistinnen und Reservisten: Auch als Bindeglied zwischen unseren Streitkräften und der Gesellschaft leisten sie einen großen Beitrag zur Sicherheit in unserem Land und über die Grenzen hinaus, aber auch für das hohe Ansehen der Bundeswehr.

V. Schlussbemerkungen

Baden-Württemberg ist stolz auf die Bundeswehr und auf unsere traditionell guten Beziehungen!

Ich möchte mich auch bei der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sehr bedanken: Mit Ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit tragen Sie wesentlich dazu bei, dass das Thema "Sicherheitspolitik" im Bewusstsein der Menschen präsent ist und präsent bleibt.

Meine Damen und Herren, Sie erwarten heute Abend und morgen spannende politische Themen mit herausragenden Referenten. Zu diesem Programm ist den Veranstaltern des 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongresses zu gratulieren!

Dem Verband der Reservisten, der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, den Referenten und Ihnen allen im Saal wünsche ich einen guten Verlauf dieses Kongresses.

Roland Idler

Einführung in die Tagung



"Das neue Weißbuch - wie steht es um unsere Sicherheit?" Dieses Thema wurde gewählt, als es sich abzeichnete, dass im zweiten Halbjahr 2006 erstmals nach zwölf Jahren wieder ein Weißbuch der Bundesregierung als Positionsbestimmung zur Sicherheitspolitik Deutschlands

und zur Zukunft der Bundeswehr erscheinen wird. Es ist rechtzeitig zu diesem Kongress veröffentlicht worden und nun eine hervorragende Informations- und Diskussionsgrundlage.

Zuerst wird Herr General a.D. Klaus Naumann die außenpolitische Lage beleuchten. Im zweiten Vortrag geht Herr Präsident Johannes Schmalz auf die Gefahren im eigenen Land ein. Herr Generalleutnant Johann-Georg Dora beurteilt die Situation aus der Sicht der Bundeswehr. Am Schluss erwarten wir von Herrn Paul Elmar Jöris die Stellungnahme eines unabhängigen Journalisten.

Drastisch wird im Vergleich zum letzten Weißbuch von 1994 deutlich, welchen enormen Wandel die Bundeswehr zu vollziehen hat: von der Landesverteidigungsarmee zur Armee im Einsatz mit Interventionsfähigkeit. Nahezu 400.000 Stellen von Soldaten und Zivilbediensteten fallen im Vergleich zum Jahr 1990 weg. Dies entspricht einem Stellenabbau um 55%. Künftig werden nur noch etwa 50.000 Wehrpflichtige pro Jahr einberufen werden bei Jahrgangsstärken von rd. 800.000 (männlich und weiblich). Die Zahl eingeplanter Reservisten verringert sich um 90% auf rd. 80.000. Im Vergleich zum Gesamtbundeshaushalt sank der Anteil für Verteidigungsausgaben von 20% im Jahr 1975 auf heute deutlich unter 10%. Durch die Schließung einer großen Zahl von Standorten werden viele Verbindungen zur Bevölkerung verloren gehen und die Bundeswehr wird noch weniger persönlich wahrgenommen werden können.

Während der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft hat man so viele schwarz-rot-goldene Fahnen gesehen wie noch nie. Schlägt sich dies auch als einen gewissen Stolz auf das eigene Land nieder? In den USA sind 80% der Bevölkerung stolz auf ihr eigenes Land, in Deutschland gerade mal 20%. Was wurde versäumt, was haben wir zu tun?

Wie wird der Soldat in der Gesellschaft wahrgenommen? Allzu viel Negatives mussten wir erleben. Angefangen vom

Oberst d.R. Dr.-Ing. Roland Idler war zuletzt als Geschäftsführer der Fernwärmegesellschaft Baden-Württemberg mbH beschäftigt und 35 Jahre lang in Mobilmachungsverwendungen beordert. 1965 als Vorsitzender der Backnanger Reservistenkameradschaft beginnend durchlief er die Gliederungen der Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband, wurde 1986 deren Landesvorsitzender, 1989 und 1992 wiedergewählt, seit 1995 Ehrenlandesvorsitzender.

Seit 1998 leitet Dr. Idler den Stuttgarter Arbeitskreis der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. und übernahm 2004 das Amt des Landesvorsitzenden Baden-Württemberg der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V., deren Bundesvorstand er gleichfalls angehört. Bereits 1990 wurde er Vorsitzender des Landesfachausschusses Sicherheitspolitik bzw. des Arbeitskreises Bundeswehr der CDU.

"Mörder-Urteil" bis zur Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht". Die Ausstellung wurde auch in öffentlichen Gebäuden gezeigt, so dass der Eindruck erweckt wurde, dies wäre die offizielle Position von Regierung und Parlament. Dabei zielte sie auch darauf ab, den Soldaten als solchen zu diffamieren.

Wann kommt die Bundeswehr in die Schlagzeilen? Nur wenn es Negatives zu berichten gibt. Am dem Tag, an dem das Weißbuch vorgestellt wurde, veröffentlicht die Bild-Zeitung in großer Aufmachung Bilder von deutschen Soldaten in Afghanistan, die in geschmackloser Weise mit menschlichen Skelettteilen umgingen. Tagelang war von Leichenschändung und Störung der Totenruhe in der Presse zu lesen. In einer kleinen Notiz war erst jetzt die Aussage eines Staatsanwaltes zu lesen, dass dies im juristischen Sinne nicht zutrifft. Der Schaden war aber angerichtet und das Ansehen der Bundeswehr beschädigt. Vom Weißbuch wurde kaum noch Notiz genommen. Ein Schelm sei, wer Schlechtes dabei denkt!

Wie wird der Soldaten gedacht, die in Ausübung ihres Dienstes für ihr Vaterland ihr Leben gelassen haben? Seit Gründung der Bundeswehr sind es 2.600 Soldaten, 63 im Auslandseinsatz, davon 39 durch Fremdeinwirkung. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass man sich am Volkstrauertag ihrer erinnert. Genauso selbstverständlich muss ein Ehrenmal für sie geschaffen werden.

Die Welt ist nicht friedlicher geworden. Stichworte sind Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, Trägerraketen mit langer Reichweite, Gefährdung des freien Handels, Kampf um Rohstoffe. Die Bedrohung ist real vorhanden, auch bei uns. Nur durch technische Unzulänglichkeiten sind die Kofferbomben am 31. Juli dieses Jahres in den Regionalzügen bei Dortmund und Koblenz nicht explodiert. Wie schützen wir uns davor?

Parlament und Regierung haben 1999 deutschen Soldaten im Jugoslawien-Krieg erstmals nach Ende des zweiten Weltkriegs Kampfeinsätze befohlen, und dies ohne UN-Mandat. In Afghanistan ist es jüngst mit islamistischen Taliban-Freischärlern zu einem Feuergefecht gekommen. Die Marine ist zur Überwachung der libanesischen Küste befohlen. Ein Einsatz im Süden Afghanistans steht mit großer Wahrscheinlichkeit bevor. Für Heer, Luftwaffe und Marine werden weitere Einsätze folgen.

Wenn Politiker den Primat der Politik ausüben, dann müssen sie von der Sache auch so viel verstehen, dass sie dieser Aufgabe gerecht werden, aber nach Clausewitz ist auch das Militär gefordert: "Die oberste militärische Führung muss verhüten, dass die Politik Dinge fordert, die gegen die Natur des Krieges sind, dass sie aus Unkenntnis über die Wirkung des Instruments Fehler begeht im Gebrauch desselben".

"Man braucht kein Held zu sein, Soldaten in den Krieg zu schicken. Man muss jedoch ein Held sein, um zu denen zu gehören, die in den Krieg ziehen" sagte General Norman Schwarzkopf, der amerikanische Oberbefehlshaber des ersten Golfkrieges.

Wie aber verhält sich Politik und Gesellschaft? Ist es nicht so, dass man das Thema Militär möglichst meidet, schon gar nicht darüber redet, was bei einem robusten Mandat geschehen könnte, weil man fürchtet, Wählerstimmen zu verlieren? Und wer begeht schon politischen Selbstmord? Es gibt dankenswerter Weise auch Ausnahmen unter den Politikern. Sie sind aber Einzelkämpfer auf weiter Flur. Wer von der Politik ist denn zu unserem Kongress gekommen?

Es genügt aber nicht, wenn wir hier quasi in geschlossener Gesellschaft uns gegenseitig auf die Schulter klopfen. Wir müssen unser Wissen hinaustragen.

In der vergangenen Woche habe ich bei meinem Ortsverband der Europa Union einen Vortrag über NATO, EU und Bundeswehr gehalten. Der Vortrag war ganz gut besucht und es gab anschließend eine lebhaftige Diskussion. Auch unsere Lokalzeitung hat in einem Dreispalter mit Bild darüber berichtet. Bei der Veranstaltung wurde mir aber auch bewusst, wie gering die Kenntnisse über die sicherheitspolitischen Zusammenhänge sind und wie wenig man von der Bundeswehr weiß. Hier haben wir ein großes Betätigungsfeld. Es geht um unsere Sicherheit und unsere Zukunft.

Bundespräsident Horst Köhler, der Leutnant der Reserve ist, hat am 10. Oktober 2005 in seiner Rede auf der Kommandeurtagung der Bundeswehr in Bonn ausgeführt, die Deutschen würden der Bundeswehr vertrauen, aber ein wirkliches Interesse an ihr oder gar Stolz auf sie seien eher selten. Noch seltener seien der Wunsch und das Bemühen, den außen- und sicherheitspolitischen Wandel zu verstehen und zu bewerten, der auf die Bundeswehr einwirke. Als Gründe für dieses "freundliche Desinteresse" nennt er: "Die Deutschen sind nach 1945 ein wirklich friedliebendes Volk geworden und halten gern Distanz zu allem Militärischen. Die Wehrpflicht hat in der Praxis fast den Charakter der Freiwilligkeit angenommen. Auch das Bedrohungsgefühl hat sich auseinander entwickelt: Früher drohte den Bürger in Zivil und den Bürgern in Uniform dieselbe Kriegsgefahr, heute scheinen die Heimat friedlich und die Einsatzorte der Bundeswehr weit."

Desweiteren führte er aus: "Alle diese Einstellungen mögen gutartig sein; aber zeugen sie nicht auch von einem bedenklichen Mangel an Kenntnissen, an aufgeklärtem Eigeninteresse und an politischem Wirklichkeitssinn? Wenn die Deutschen so wenig vom Ernst des Lebens wissen, auf den die neue Bundeswehr eine Antwort ist, dann werden sie nur schwer einschätzen können, welchen Schutz die neue Sicherheitspolitik verspricht, welche Gefahren sie möglicherweise mit sich bringt, ob der Nutzen die Kosten wert ist und welche politischen Alternativen Deutschland und die Deutschen bei alledem eigentlich haben. Das müssen sie aber einschätzen können, damit sie die nötige demokratische Kontrolle ausüben können, damit sie innerlich gewappnet sind für die kommenden Herausforderungen und damit sie den Dienst ihrer Mitbürger in Uniform zu schätzen wissen und aus Überzeugung hinter ihnen stehen. Darum wünsche ich mir eine breite gesellschaftliche Debatte - nicht über die Bundeswehr, sondern über die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes."

Diesem Wunsche schließe ich mich an. Tragen Sie die Diskussion in die Gesellschaft hinein.

Klaus Naumann

Die Auswirkungen der globalen Herausforderungen und Bedrohungen für die NATO, die EU und die Bundeswehr



Es gilt das gesprochene Wort

Einführung

Ich bin gebeten worden über das Thema "Die Auswirkungen der globalen Herausforderungen und Bedrohungen für die NATO, die EU und die Bundeswehr" zu sprechen. Ich will dazu so vorgehen, dass ich zunächst versuche, die unruhige Welt in Flammen zu schildern, in der wir leben, die aber von den meisten Menschen in Deutschland einfach nicht wahrgenommen wird, und dann aufzeige, welche Konsequenzen daraus für die NATO, die EU und die Bundeswehr gezogen werden sollten. Auf die Bundeswehr und das neue Weißbuch werde ich nur kurz eingehen, denn morgen wird ja der Stellvertreter des Generalinspektors zu Ihnen sprechen und zum anderen habe ich mich bislang stets daran gehalten, mich weitgehend aus Stellungnahmen zur Entwicklung der Bundeswehr heraus zu halten, es sei denn Unerträgliches zum Thema Kampfeinsätze ließ mir den Kragen platzen. Doch zurück zum Thema.

Die Welt scheint an vielen Stellen aus den Fugen zu geraten, es wird immer schwieriger Krisen zu bewältigen und Konflikte zu verhindern, der Terrorismus ist nun auch bei uns angekommen und dennoch fragen viele unserer Mitbürger in naiver Sorglosigkeit: Müssen wir eigentlich über Sicherheit reden, wir leben doch in Sicherheit vor Angriffen auf Deutschland? Müssen wir über Konsequenzen für NATO, EU und Bundeswehr reden, ja Einige fragen noch immer: Sollten wir nicht lieber über deren Abschaffung sprechen?

Ich will diese Fragen beantworten und beginne dazu mit einem Blick auf die internationale Sicherheitslage.

Dr. h.c. Klaus Naumann, General a.D., geboren am 25. Mai 1939 in München, trat 1958 in die Bundeswehr ein und stieg nach Verwendungen in der Truppe, unter anderem als Bataillonskommandeur in Homberg/Efze und als Brigadekommandeur in Ellwangen, der Generalstabsausbildung in Hamburg und der Teilnahme am Lehrgang des Royal College of Defence Studies, London, Verwendungen im Verteidigungsministerium, zuletzt von 1988 bis 1991 als Stababteilungsleiter Militärpolitik, und in der NATO Ende 1991, von der Position des Kommandierenden Generals des I. Korps in Münster zum Generalinspekteur der Bundeswehr auf. In dieser Aufgabe hatte er die Reorganisation und Reduzierung der Bundeswehr, die Auflösung und Teilintegration der Nationalen Volksarmee der früheren DDR und die innere Umstellung der Bundeswehr von Heimatverteidigung auf Einsätze im Rahmen von UN und NATO zu bewältigen. In seine Amtszeit fielen die ersten Auslandseinsätze der Bundeswehr in Kambodscha, Somalia, Georgien, im Irak und auf dem Balkan. Er erlebte den Zerfall Jugoslawiens von den ersten Minuten an mit, hatte mitzuwirken an den entsprechenden Beratungen in der NATO und in der WEU und war an all den Entscheidungen beteiligt, die schließlich zur Teilnahme deutscher Truppen an den NATO-Operationen in Bosnien-Herzegowina führten. Von Februar 1996 bis Mai 1999 war Naumann Vorsitzender des Militärausschusses der NATO, des höchsten militärischen Gremiums der Allianz. In diese Zeit fielen die Erarbeitung einer neuen Strategie der NATO, die Öffnung der Allianz für neue Formen der Zusammenarbeit wie Partnerschaft für den Frieden und die Zusammenarbeit mit Russland und die Erweiterung der NATO um Polen, die Tschechische Republik und Ungarn, die Operationen in Bosnien und die Bewältigung der Kosovo-Krise, die im März 1999 zur Intervention der NATO führten.

Nach seiner Versetzung in den Ruhestand im Mai 1999 übernahm er eine Reihe ehrenamtlicher Aufgaben. In Deutschland war dies vor allem die Präsidentschaft der Clausewitz-Gesellschaft und der Deutsch-Britischen Offiziervereinigung. International wurde Naumann unter anderem vom IISS London in dessen Beirat, vom ICRC in Genf als International Advisor und von Kofi Annan in das so genannte Brahimi Panel berufen, das im Herbst 2000 Vorschläge zur Verbesserung von UN Friedensoperationen vorlegte. Dem folgte im Jahr 2001 die Berufung in die Internationale Kommission zu Intervention und staatlicher Souveränität (ICISS), die im Dezember 2001 Kofi Annan ihren Bericht mit dem Titel "The Responsibility to Protect" übergab. Präsident Gorbatschow bat ihn 2003, Gründungsmitglied des World Political Forum zu sein. Seit November 2003 ist er neben der nationalen Funktion als Vizepräsident der deutschen Atlantischen Gesellschaft auch Vizepräsident der Atlantic Treaty Association. Anfang 2004 wurde er von den VN gebeten in der Unterstützungsgruppe des High Level Panel mitzuarbeiten und im November 2004 erfolgte die Ehrenpromotion durch die Miklos Zrinyi Universität Budapest. Einer Aufforderung von Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt und des Vorstandes folgend, wird er im Herbst 2006 in den Senat der Deutschen Nationalstiftung aufgenommen.

Klaus Naumann ist verheiratet und hat mit seiner Frau Barbara eine Tochter und einen Sohn. Er lebt am Südrand von München. Er ist Verfasser einer Vielzahl von Fachveröffentlichungen, des Buches "Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch"(1994) und des im September 2002 erschienenen Buches "Frieden - der noch nicht erfüllte Auftrag". Er ist Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern und zahlreicher ausländischer Orden.

Die globalen Herausforderungen

Wir leben keineswegs in Sicherheit, wir leben in einer Welt voller Gefahren, doch die Mehrzahl verdrängt die Unsicherheit vor unseren Toren. Begeben wir uns dazu auf eine kurze virtuelle Reise durch Europa und sein Umfeld.

Europa hat ungelöste Krisen auf dem Balkan einer dauerhaften Lösung zuzuführen, hat mit Belarus eine der letzten Diktaturen auf der nördlichen Erdhälfte vor seinen heutigen Grenzen und hat sich bislang nicht ernsthaft mit der Grauzone von Moldawien bis in den Kaukasus beschäftigt. Leicht außer Kontrolle geratene Konflikte sind in jedem dieser Gebiete jederzeit möglich, vor allem im Kosovo und auch noch immer in Bosnien, insbesondere wenn man dort die Truppen von NATO und EU abzieht. Wir haben auf dem Balkan Protektorate geschaffen, aber keine haltbare Stabilität. Der zu erwartende Schiedsspruch zu Kosovo wird die Lage wohl kaum verbessern, er könnte vielmehr der Ausgangspunkt neuer Konflikte sein.

Im Kaukasus hat Russland Tschetschenien weitgehend platt gemacht, aber keine Ruhe geschaffen. Im Kaukasus liegt ein Pulverfass vor unseren Toren und unbedachtes Handeln, zum Beispiel in Georgien, kann die Lunte sein, die es explodieren lässt.

Gehen wir auf unserer Reise eine Flugstunde weiter nach Südosten, dann sind wir an den unruhigen Außengrenzen der NATO. Die Türkei ist um ihre Nachbarn Syrien, Irak und Iran nicht unbedingt zu beneiden, doch keines der in der Region bestehenden Probleme kann in Isolation gesehen werden und keines darf auf den Konflikt Israel/Palästina verengt werden. Insofern war es schon richtig, dass man in Washington schon vor 9/11 begann vom "Greater Middle East" zu sprechen. Der strategische Ansatz der USA aber, eine Lösung durch von außen erzwungene Demokratisierung zu suchen, wirft Fragen auf. Er ist noch nicht gescheitert, aber es gibt auch keinen schnellen Fortschritt und es wird viel länger als angenommen dauern bis neben der Türkei und Israel Demokratien im Nahen Osten entstehen. Es dürfte im Übrigen in Afghanistan viel länger dauern als im Irak, wo es trotz anhaltender Gewalt Funken von Hoffnung gibt, dass das Land doch noch nicht in landesweitem Bürgerkrieg und Spaltung versinken wird. Der jüngste Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah, vielleicht der erste Stellvertreterkrieg des 21. Jahrhunderts, hat die Lage noch schwieriger und instabiler gemacht. Ich fürchte, weitere Konflikte werden schon bald folgen, weil Israel durch sein militärisch nicht gerade erfolgreiches, zu sehr amerikanisch geprägtes Vorgehen an Abschreckungswert verloren hat, die westliche Welt sich durch Verzögerung und "ohne mich"-Denken herauszuhalten suchte und die UN das letzte bisschen Glaubwürdigkeit wohl verloren hat. Hinzukommt, dass der Iran, für den der Westen mit Saddam Hussein und den Taliban die Gegner beseitigt hat, nun zur Vormacht in der Region wird. Das reizt militante Islamisten zur Nachahmung und die haben täglich neuen Zulauf. Deutschlands Rolle in der ganzen Krise des Sommers möchte ich nicht im Einzelnen kommentieren. Ich halte die deutsche Angst vor Kampfeinsätzen für erbärmlich und für schädlich, weil ängstliches Zaudern Deutschlands Einfluss in Europa und in der Welt mindert. Doch gleich, ob es uns gefällt oder nicht, Deutschland und Europa müssen im erweiterten Nahen Osten strategische Interessen wahren.

Zum einen gilt es das Lebensrecht Israels als jüdischem Staat in der Region zu wahren.

Zum anderen dürfen die Europäer diese aus wirtschaftlichen Gründen zur Schlüsselregion der Weltpolitik aufgestiegene Region nicht den USA, China und Russland überlassen. Das ist für einige in Deutschland unerträglich zu hören, aber Tatsache ist nun einmal, dass Sicherheit der Energieversorgung ebenso wie der Zugang zu Wasser zu den Konfliktursachen dieses Jahrhunderts gehören dürfte. Katalpultiert man sich dann aus vorwiegend ideologischen Gründen auch noch freiwillig aus der Kernenergie heraus, dann wird die daraus entstehende Abhängigkeit allein schon beinahe gefährlich.

Weil Nahost eine Schlüsselregion ist, war und ist es richtig, dass Deutschland und die EU sich sehr früh um Lösungen im Streit mit dem seit fast 20 Jahren die Welt an der Nase herumführenden und betrügenden Iran bemühen. Natürlich hat der Iran formaljuristisch das Recht einen vollen Brennstoffzyklus für die zivile Nutzung der Kernenergie zu entwickeln, aber die iranischen Begründungen sind nicht glaubhaft. Zum einen besitzt der Iran die zweitgrößten Erdgasreserven der Welt und die viertgrößten Ölreserven und zum anderen macht die Aufbereitung von Brennstäben wirtschaftlich erst Sinn, wenn man deutlich mehr als zwei Dutzend Kernkraftwerke versorgt. Iran hat eines oder zwei im Bau und erwägt wohl den Bau von zwei weiteren. Im Übrigen war und ist die garantierte Versorgung der iranischen Kernkraftwerke mit Brennstoff von Anfang Teil der Verhandlungsangebote. Teheran hat die Gründe für den Verdacht, es wolle in Wirklichkeit Atomwaffen entwickeln, selbst erzeugt. Es strebt unverhohlen die Rolle einer Regionalmacht an, die durch Kontrolle der Gas- und Ölreserven dieser Region zur Weltmacht werden könnte. Iran unterstützt Terrorismus, negiert das Lebensrecht Israels und betreibt ein Raketenprogramm, das wohl dazu führen wird, dass noch vor Ende dieses Jahrzehnt auch Deutschland in der Reichweite iranischer Lenk Waffen liegt. Alles keine Anzeichen für ausschließlich friedliche Absichten und dennoch: Die Möglichkeiten einer friedlichen Regelung sind nach meiner Einschätzung keineswegs erschöpft. Es gilt allerdings den Druck auf Iran aufrecht zu erhalten, Geschlossenheit in der Haltung Europas und der USA zu wahren und zu versuchen, Russland und China mit an Bord zu halten. Dazu müssen allerdings alle Optionen einer Reaktion auf dem Tisch bleiben. Wer Optionen zu früh vom Tisch nimmt, verringert den Druck auf den Iran. Aufgeregte Äußerungen deutscher Politiker sollte man schnell vergessen. Sie sind nur ein weiterer Beweis für die immer noch fehlende deutsche Fähigkeit zu gelassenem Krisenmanagement.

Das Pokern des Iran wird noch eine Weile weitergehen. Eine friedliche Lösung ist in aller, auch des Iran, Interesse und hat Bedeutung weit über Nahost hinaus, denn sonst droht eine Runde atomaren Rüstens mit ähnlichen Programmen in Saudi-Arabien, in Ägypten und auch in der Türkei. Das wäre das Ende des Atomwaffen-Sperrvertrages.

Dieser Exkurs mag Ihnen gezeigt haben, dass Deutschlands und Europas Sicherheit ganz unmittelbar von Entwicklungen in dieser Schlüsselregion berührt sind. Wir können also nicht wegschauen, den Amerikanern das Handeln überlassen und sie anschließend kritisieren, weil sie gehandelt haben, weil aus Europa nichts als Geschwätz kam. Gerade jetzt, in einem Zustand der Selbstzweifel, der Gespaltenheit und der innenpolitischen Lähmung, darf Europa die USA nicht allein lassen. Wir müssen begreifen, dass Krisen in dieser Region uns viel eher und stärker als die USA beschädigen können. Bundespräsident Köhler hatte sehr Recht, als er darauf kürzlich hinwies und ein stärkeres Engagement Europas im Irak forderte, was keineswegs bedeutet, dort Militär einzusetzen.

Gehen wir auf unserer Reise in Europas Umfeld drei Flugstunden nach Süden, dann sind wir im oft übersehenen Afrika, einem Kontinent voller natürlichen Reichtums und voller unmenschlicher Krisen. Es sind Krisen höchst unterschiedlicher Natur, oft das Ergebnis des Handelns unfähiger Machthaber, oft die Folge willkürlicher Grenzziehung bei Auflösung der Kolonien. Diese Krisen sind fast immer regional begrenzt, fast alle aber führen zu einem unglaublichen Maß an barbarischer Gewalt und können nicht zuletzt dadurch Flüchtlings- und Migrationsbewegungen auslösen, die dann auch Europa erreichen und berühren können. Aussicht auf Besserung gibt es kaum, im Gegenteil, der Rohstoff- und Ölreichtum von Regionen wie des Golfs von Guinea könnten Teile Afrikas im nächsten Jahrzehnt zu einem ähnlichen Brennpunkt konkurrierender Interessen werden lassen wie es heute der Mittlere Osten ist. Unruhe droht Europa also auch von dort, auch weil China in seiner Gier nach Rohstoffen immer stärker in Afrika präsent ist und dort seine ungeheuren Währungsreserven von rund 1,2 Trillionen USD hemmungslos einsetzt, um sich Zugang zu sichern. Hinzukommen die Entvölkerung des Kontinents durch Aids und die Abwanderung der gut Qualifizierten. Afrika könnte so zum krisengeschüttelten Spielball der Großmächte und das vor unserer Türe werden.

Setzen wir unsere Reise auf den Krisenbögen nach Asien fort, dann landen wir in Afghanistan und auf dem indischen Subkontinent. Meine Skepsis hinsichtlich der Lage in Afghanistan habe ich schon angedeutet und meine Zweifel an den Erfolgsaussichten der NATO-Mission dort in überschaubarer Zeit sind auch nach einem Besuch in Kabul und Kandahar im Sommer nicht geringer geworden. Die überkommenen Strukturen dieser Stammesgesellschaft sind nicht überwunden, eine Lösung für das Drogenanbauproblem haben wir nicht und die Sicherheitslage außerhalb Kabuls scheint prekär. Ich wage keine Prognose, ob die Mission zu einem Erfolg werden wird, vor allem aber weiß ich nicht, wie lange der Einsatz dauern wird, und damit meine ich Jahre und nicht Monate. Sicher ist allerdings auch, dass es im vitalen deutschen Sicherheitsinteresse ist, ein Scheitern der NATO in Afghanistan zu verhindern, denn das Ergebnis wäre eine neue Brutstätte des Terrorismus und eine Entwertung der NATO, die Gefahr bedeuten könnte. Weil dies so ist, darf Deutschland allerdings auch nicht zum Scheitern beitragen, indem es seine Truppen mit Vorbehalten belegt, die es dem NATO-Befehlshaber vor Ort unmöglich machen, die insgesamt 31.000 Soldaten der NATO-Truppen so einzusetzen, dass er militärisch siegen kann.

In einer Allianz an eine Aufgabenteilung zu glauben, in der ein paar Nationen kämpfen und die anderen stabilisieren, ist mit den Prinzipien der Risikoteilung und der Solidarität nicht zu vereinen. Zu glauben, man könne Lösungen, die im Norden des Landes Erfolg bringen, einfach auf den ganz anders gearteten Süden übertragen, ist ein Irrglaube und ein bisschen von antiamerikanischer Überheblichkeit getragen. Grundsätze wie Risikoteilung und Solidarität aber halten die NATO zusammen, wer daran rüttelt, trägt zur Auflösung der NATO bei. Auch bei der in deutscher Verantwortung liegenden Polizeiausbildung ist reichlich Raum für Verbesserung, wenngleich der entscheidende Schritt, eine Korruption verhindernde Bezahlung der Polizisten, in der Verantwortung der Regierung Karzai liegt. Afghanistans Nachbar Pakistan ist, um es in unübertrefflicher englischer Kürze zu sagen, "only a bullet away from instability" und ist zugleich ein nicht

immer koscherer Spieler in Afghanistan und im Feld des islamischen Terrorismus. Würde Präsident Musharraf heute Opfer eines Anschlags, dann wäre eine Atommacht im Zustand eines zerfallenden Staates. Indien wäre davon ebenso unmittelbar betroffen wie der Iran, der Mittlere Osten und Zentralasien, aber auch in Europa und den USA bliebe dieses politische Erdbeben nicht ohne Folgen.

Indien, leider kaum auf dem Radarschirm deutscher Politik, verdient als eine der großen Mächte Asiens und als eine Weltmacht des Wissensexports, als eine Atommacht und möglicherweise schon bald das bevölkerungsreichste Land der Welt viel mehr Aufmerksamkeit als hierzulande üblich. Indien streckt seine Fühler nach Afrika aus, hat Ansprüche in Südwestasien und Indien will Hegemonialmacht in seiner Region sein. Konflikte, vor allem mit Indonesien, dem bevölkerungsreichsten moslemischen Land der Welt, könnten die Folge sein. Es wären Konflikte, die sich auch auf uns ganz unmittelbar auswirken würden.

Nordkorea muss ich wohl kaum diskutieren, doch auch hier gilt: Keine Sache der Amerikaner allein, denn die Raketen Nordkoreas können vermutlich schon Ende des Jahrzehnts Europa erreichen und wichtiger noch: Gelingt es nicht, Nordkoreas Griff nach Atomwaffen einzudämmen oder rückgängig zu machen, dann werden Japan und Südkorea, vielleicht sogar Australien, die Frage der nuklearen Rüstung neu überlegen. Die Folgen in der Region - wie weltweit - würden nur schwer beherrschbar sein.

So bleiben auf unserer Reise Südamerika, Russland und die VR China übrig, letztere keine Länder, die ich heute Krisengebiet nennen würde, die aber im Gegensatz zu Südamerika nicht außer Betracht bleiben dürfen, wenn man über die Sicherheit Europas spricht.

Europa und die USA müssen Russland auf seinem langen und vermutlich schwierigen Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit als Partner begleiten. Wir wollen und brauchen dauerhafte Stabilität, auch wenn wir es dabei wohl mit einem zunächst zunehmend autoritärer und nationalistischer, aber auch seiner selbst immer unsicherer werdenden Partner zu tun haben werden. Seiner selbst unsicherer wird Russland vor allem wegen der dramatischen Verringerung seiner Bevölkerung auf weniger als 100 Millionen im Jahre 2050 werden, eventuell noch verschärft durch Krankheiten und eine ungläubliche Selbstmordrate. Das riesige Land könnte unregierbar werden. Am frühesten könnte das im rohstoffreichen Sibirien geschehen, wo heute bereits knapp sechs Millionen Russen zusehen müssen, wie die Zahl illegaler chinesischer Siedler in den letzten Jahren auf mindestens zwei Millionen, manche Quellen sagen vier Millionen gestiegen ist.

In der Entwicklung einer Partnerschaft müssen beide Seiten noch lernen, Russland, dass man Partner nicht einschüchtert oder erpresst, und die Europäer, dass man von Russen niemals ernst genommen und respektiert wird, wenn man ihnen liebedienerisch nach dem Mund redet. Russland, an sich eine Großmacht zweiten Ranges, ein Koloss auf tönernen Füßen, der außer Gas und Öl und Atomwaffen nicht viel zu bieten hat, ist noch lange keine Demokratie, Rückfälle in sowjetisches Denken sind möglich. Aber Russland wird durch Gas und Öl zur Weltmacht und es könnte versucht sein, nun mit Energie-Export zu erreichen, was der Sowjetunion mit SS-20 nicht gelang: Europa zu dominieren. Fälle kalter Erpressung und Einschüchterung dürften daher bis auf weiteres Gegenstand russischer Politik bleiben. Krisen sind also auch im Verhältnis zu Russland möglich, allerdings wohl keine Krisen, die die Gefahr bewaffneter Konflikte in sich bergen.

Das gilt auch für China, sofern die Lage um Taiwan unter Kontrolle bleibt.

China wird weiteren wirtschaftlichen Aufschwung erleben und wird als Folge wirtschaftlicher Verflechtung zunehmend demokratischer werden, bleibt aber wegen seiner gigantischen inneren Probleme, beispielsweise dem Millionenheer von derzeit mehr als 150 Millionen Arbeitslosen, bis auf weiteres im Grundsatz nach innen orientiert, wird allerdings versuchen, sich den Einfluss zu sichern, den es braucht, um seinen Energiebedarf zu decken. Sieht man von den Atomwaffen ab, dann dürfte China in der vorhersehbaren Zukunft bis etwa 2015 keine nennenswerte Fähigkeit zur Machtprojektion nach außen besitzen, vor allem aber gar nicht den politischen Willen entfalten, sich nach außen zu wenden, selbst in der Taiwan-Frage nicht, sofern China nicht provoziert wird. Geduld wird man aber auch auf unserer Seite brauchen, denn Fortschritt in der Frage der Menschenrechte wird es allenfalls langfristig geben.

Soweit der kurze Blick auf die aktuellen Krisen, um die Europa sich heute zu kümmern hat. Sie werden verschärft durch die Gefahren, die durch Terrorismus, internationale organisierte Kriminalität, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und zerfallende Staaten drohen. Hinzu kommen die vielfältigen Diskrepanzen in unserer Welt. In unserer unruhigen Welt sehen wir die Entfesselung des Krieges sowie die Enthemmung und die Entrechtlichung von Gewalt. Krieg ist außerhalb Europas wieder führbar geworden. Besserung ist nicht in Sicht: Die meisten Friedens- und Konfliktforscher erwarten für die nähere Zukunft 25 bis 30 bewaffnete Konflikte jährlich. Unumkehrbare Entwicklungen wie der ständig wachsende Energiebedarf und die zum Teil dramatischen demographischen Entwicklungen deuten an, dass diese Prognose richtig sein dürfte.

Zusätzlich verändern sich die Erscheinungsformen von Krieg und bewaffnetem Konflikt. Neben Krieg zwischen Staaten und Bündnissen treten innerstaatliche Konflikte, die direkt oder indirekt zur Gefahr für die Nachbarn werden, es treten nichtstaatliche Akteure auf, die militärische Mittel nutzen, die Asymmetrien der Kriegführung nehmen zu und das Gewaltmonopol der Staaten scheint zu brechen. Gewalt richtet sich vorwiegend gegen Unbeteiligte. Es ist eine neue Form von Krieg, die heraufzieht, wir konnten sie im Libanon sehen. Einige nennen es "war amongst the people", andere asymmetrische Kriegführung.

Lassen Sie mich hier ein Wort zu Terrorismus einschleichen. Es ist nicht mehr der Terrorismus der Bader-Meinhofs, der IRA oder der ETA, es ist ein Terrorismus, der nicht zur Erzwingung von Veränderung, sondern als Waffe im Angriff auf die Staaten der so genannten westlichen Welt eingesetzt wird. Terrorismus ist Waffe einer ideologisch motivierten asymmetrischen Kriegführung geworden. Er entsteht aus der Frustration über die Rückständigkeit der früher so genannten Dritten Welt, aus Enttäuschung über die Untätigkeit der Welt, Lösungen des israelisch-palästinensischen Konfliktes zu finden, und aus Wut über die Arroganz des Westens, unter dem Deckmantel der Demokratisierung Ausbeutung und Unterdrückung fortzusetzen. Es ist ein Terrorismus, der in drei Formen auftreten kann: Als ein die Ordnung störender, als ein symbolischer und als ein auf Zerstörung zielender struktureller Terrorismus, eine Form, die wir gottlob noch nicht erlebt haben, die aber in den Köpfen radikaler Fundamentalisten herumpunkt. Der störende Terrorismus ist das, was der Nahe Osten seit Jahren und Irak und zunehmend auch Afghanistan täglich erleben, Selbstmord- und sonstige Attentate, die die Ordnung stören,

aber den Staat nicht zerstören. Symbolischen Terrorismus sahen wir an 9/11.

Was immer als Nächstes kommen mag, Terroristen wie Kriminelle können nahezu alle Mittel moderner Kriegführung erwerben und nutzen. Der Markt ist offen und rechtlichen Einschränkungen unterliegen Kriminelle ebenso nicht wie Terroristen. Im Gegensatz zu den meisten Streitkräften verfügen sie auch über nahezu unbegrenzte Geldmittel. Bedenken Sie nur, dass allein durch Drogenhandel weltweit ungefähr 500 Milliarden Dollar jährlich umgesetzt werden, das entspricht ungefähr sieben Prozent des Welthandels. Zieht man dann noch in Betracht, dass Terroristen wie Kriminelle sich an keinerlei Recht und Gesetz halten, die Ordnungskräfte dies aber sehr wohl tun müssen, dann werden Sie mir zustimmen, wenn ich diese Gefahr besonders hoch einschätze. Hinzukommt die Bindung an Recht und Gesetz auf unserer Seite, die wir nicht aufgeben dürfen, obwohl die andere Seite sich an Nichts gebunden fühlt. Wir können dieser Welt, in der die Konfliktursachen zunehmen, nicht mit den Spielregeln von gestern begegnen, aber wir können auch nicht handeln, als gäbe es keine Regeln, zumindest keine, an die wir uns halten müssen.

Diese wenigen Striche aus dem ungemain facettenreichen Bild der Sicherheitslage mögen Ihnen zeigen, wie unsicher unsere Welt ist. Die Wahrscheinlichkeit neuer Konflikte ist deutlich größer als die Aussicht auf dauerhaften Frieden. Soweit die Herausforderungen, nun zu den Auswirkungen auf NATO, EU und Bundeswehr.

Auswirkungen auf NATO, EU und Bundeswehr

Allein, das scheint offenkundig, kann Europa mit dieser Lage nicht fertig werden und so bleibt die Frage, was zu tun ist, um Sicherheit für Europa zu schaffen und ob es Entwicklungen gibt, die zusätzlich zu beachten sind.

Lassen Sie mich kurz und bündig sagen, Hoffnungen auf UN und OSZE als Konfliktlöser zu setzen, halte ich für weltfremd und das im Kalten Krieg bewährte Verfahren, Sicherheit in starkem Maße an die Verbündeten "outzusourcen", läuft auch nicht mehr, nicht zuletzt, weil Amerikas Rolle in der Welt sich verändert hat. Die USA haben viel von ihrer einstigen Glaubwürdigkeit verloren und das Land hat sich durch und in seiner Reaktion auf 9/11 tief verändert. In den Rauchwolken des einstürzenden World Trade Center versank der Traum von der Unverwundbarkeit Amerikas. Die USA sehen sich seit 9/11 in einem langen, globalen Krieg gegen den globalen Terrorismus und sie sind entschlossen ihn zu gewinnen. Sie wollen ihm aktiv und vorwiegend militärisch dort begegnen, wo er entsteht. Daran wird sich auch nach Bush nichts ändern, sollte allerdings die demokratische Partei die Wahlen 2008 gewinnen, dann wird sie der Forderung Europas entsprechend eine Politik des Multilateralismus verfolgen und von Europa größere Beiträge fordern.

Europas Haltung kommt dagegen manchmal Appeasement sehr nahe, obwohl Europäer Recht haben, wenn sie sagen, dass man die Konflikte unserer Zeit nicht mit militärischen Mitteln allein bewältigen kann und dass alles Handeln rechtmäßig sein muss.

Beide Seiten müssen daher anerkennen, dass man eine bessere Balance zwischen Zuckerbrot und Peitsche, also zwischen den nicht-militärischen und den militärischen Mitteln, braucht und dass man den globalen Kampf gegen den Terror nicht allein mit militärischen Mitteln und schon gar nicht ohne Verbündete gewinnen kann. Auch wir Europäer leben somit seit 9/11 keineswegs mehr im Frieden. Wir befinden uns völkerrechtlich zwar nicht im Krieg, wohl aber in einem Konflikt von unbekannter Dauer und unscharfer Dimension, ohne sichtbare Siege und gegen Gegner ohne

Gesicht, von denen einige unsere Art zu leben fanatisch hassen. Die Globalisierung beginnt nun auch in der Sicherheitspolitik und sie wird uns raue Stürme bringen.

Doch unser Europa steckt voller ungelöster Probleme und ist daher nur ein eingeschränkt handlungsfähiger Partner. Lesen Sie dazu nur den Bericht des früheren finnischen Ministerpräsidenten Aho, in dem er die fünf Defizite Europas auflistet:

- mangelnde Produktivität,
- mangelnde Nutzung der Informationstechnologie in Verwaltung, Transport und Gesundheitsdiensten,
- unzureichende Förderung von Forschung und Entwicklung,
- Fehlinvestitionen in der Ausbildung und
- Überalterung der Gesellschaften.

Die Staaten Europas stecken voller Reformnotwendigkeiten. Aber je größer sie sind, desto weniger geschieht, wie man hierzulande sehen kann. Die politische Organisation Europas, die EU, ist angeschlagen und sie hat sich selbst handlungsunfähig gemacht, weil die Staaten der EU die Gemeinschaft gleichzeitig vertiefen und erweitern wollten, für beide Prozesse aber keine klaren, vor allem keine konsensfähigen Zielvorstellungen hatte.

Wissen wir denn, wo die Grenzen Europas sind und haben wir die Kraft, mit einer immer kleiner und immer älter werdenden Bevölkerung des Europas der heutigen EU die Lebensbedingungen vom Atlantik - vielleicht eines Tages bis zum Ural und in fünfzehn Jahren bis zu den Bergen Ostanatoliens - einander anzugleichen?

Wissen wir eigentlich was die EU in ganz ferner Zukunft einmal werden soll, ein Staatenbund, eine Föderation von Staaten oder ein Bundesstaat, also die Vereinigten Staaten von Europa?

Die Zielvorstellungen der Staaten Europas, so es sie denn überhaupt gibt, sind meilenweit voneinander entfernt und die Staats- und Regierungschefs, wissend wie kontrovers eine Diskussion in den einzelnen Nationen wäre, vermeiden darüber zu sprechen. Fest steht in meinen Augen, dass kaum ein anderer Staat Europas so bereit ist wie noch immer Deutschland, in einem europäischen Bundesstaat aufzugehen, wir damit allerdings ziemlich alleine in Europa sind und auch bei uns diese Bereitschaft von Tag zu Tag abnimmt. Wenn auch mit Verspätung, aber doch wahrnehmbar, gewinnen auch bei uns die an Gewicht, die dem nationalen Interesse - bis hin zum Egoismus - Vorrang vor dem Interesse der Gemeinschaft geben. Die EU, so mein Befund, ist politisch gelähmt, in ihr ist der Nationalismus auf dem Vormarsch, und sie wird bis auf weiteres eher mit sich selbst als mit den Krisen der Welt beschäftigt sein. Sie spricht nicht mit einer Stimme und sie ist ein Akteur mit eingeschränkten Handlungsoptionen, weil sie trotz mancher Fortschritte seit 1999 im Bereich der militärischen Fähigkeiten allenfalls zu kleineren Operationen in der Lage ist.

Wo immer wirkliche Krisen zu meistern sind, sei es im Nahen Osten, sei es im Iran, Europa allein wird als Akteur nicht für voll genommen, ein Grund mehr für das Festhalten an der NATO, wie es nun auch wieder die Bundesregierung betont.

Der Grund hierfür ist ebenso einfach wie einleuchtend: Die Gefahren kommen von außerhalb Europas und sie sind globaler Natur. Europa, selbst global kaum handlungsfähig, braucht einen globalen Partner, denn Europa

muss den Gefahren da begegnen, wo sie entstehen und kann das nur gemeinsam mit den USA.

Was muss man tun und was braucht man dazu?

1. den Willen, sich zu behaupten,
2. eine sinnvolle, Gefahren verringernde Strategie und
3. die Instrumente, die Strategie umzusetzen.

Der Wille

Unsere freien, postmodernen Gesellschaften müssen anfangen nachzudenken, wie sie sich gegen die Herausforderungen der Globalisierung wehren wollen. Sie müssen dazu als erste und wichtigste Voraussetzung den Willen entwickeln, sich zu behaupten. Das fängt damit an, dass man sich zu seiner Identität als Europa, auch als ein christliches Europa, bekennt und dessen Werte zu schützen bereit ist. Dazu müssen auch wir, die an ernste Krisen kaum noch gewöhnten Deutschen, uns wohl wieder erinnern, dass Verteidigung noch nie die Angelegenheit einiger weniger, sondern immer die erste Pflicht des Staates und letztlich die Angelegenheit aller war und noch immer ist. Wir müssen statt auf dem Hochsitz der Moral sitzend besserwisserisch zu behaupten, alle Konflikte ließen sich friedlich lösen, das klare Signal geben, dass wir uns nicht einschüchtern oder erpressen lassen und dass wir uns wehren werden, notfalls auch durch Kampf. Tun wir das, dann werden wir auch wieder der respektierte Partner auf den man hört, weil man weiß, dass er Risiken und Lasten mit seinen Verbündeten teilt und nicht immer danach trachtet, sich aus der Schusslinie zu nehmen und Partnern die Konfliktlösung zu überlassen. Ein solcher Partner würde bei aller vielfach gerechtfertigten Kritik an der gegenwärtigen amerikanischen Regierung auch wieder zu einem vernünftigen Verhältnis zu den USA finden, denn sicher ist bei aller Ungewissheit über die Zukunft: Sicherheit für Europa gibt es nur mit Amerika, mit einer endlich auch politisch transformierten NATO und mit einem Deutschland, das sich im Bündnis aktiv einbringt und dort das Gewicht nutzt, das ihm sein Potential, darunter eben auch eine moderne Bundeswehr, verschafft.

Die Mittel

Dazu, zu einer modernen Bundeswehr, ist allerdings noch viel zu tun: Denken Sie nur einen Moment daran, was moderne Technik heute leisten kann: Heute machbar ist, in einem Gebiet von 360X360 km ein Objekt von weniger als einem Kubikmeter Größe innerhalb weniger Sekunden erkennen, identifizieren und mit Genauigkeiten unter einem Meter orten und, abhängig von der Flugzeit, binnen Minuten mit Präzisionswaffen bekämpfen zu können. Doch, obwohl die Bundeswehr und alle europäischen Streitkräfte noch Jahre davon entfernt sind dies zu können, hat die nächste technische Revolution in vielen Laboren, leider aber kaum in europäischen, schon begonnen. Sie wird auf Nano-Technologie und neuen Werkstoffen, Biotechnologie, Robotik und neuen Antriebstechniken beruhen und sie könnte ab etwa 2020 eine Strategie der strategischen Lähmung möglich machen, die Sun Tzu)¹ endlich Wirklichkeit werden lassen könnte: Einen Gegner zu besiegen, ohne einen Schuss abzufeuern. Der Schlüssel zum Erfolg - in allen Formen moderner Einsätze, vom humanitären bis zum Kampf - ist Informationsüberlegenheit. Sie haben morgen sicher Gelegenheit zur Entwicklung der Bundeswehr etwas aus berufenerem Munde zu hören. Ich möchte hier nur sagen, es ist kein Gegensatz, wenn man Streitkräfte plant, die zur Operationen hoher

¹ Sun Tzu (auch Sun Tse oder Sunzi) * um 500 v. Chr. in Wu war ein chinesischer General und Militärstrategie. Sein Buch „Die Kunst des Krieges“ gilt als frühestes Buch über Strategie und ist bis zum heutigen Tage eines der bedeutendsten zu diesem Thema.

Intensität außerhalb des Bündnisgebietes und zu nachfolgenden Stabilisierungseinsätzen befähigt sind und wenn man gleichzeitig an dem Auftrag Bündnis- und Landesverteidigung festhält. Truppe, die in Afghanistan oder sonst wo kämpfen kann, kann auch an den Außengrenzen der NATO Deutschland verteidigen oder unmittelbare Landesverteidigung übernehmen.

Umgekehrt geht das allerdings nicht, denn einer auf Landesverteidigung optimierten Truppe fehlt fast alles, was man zum Erfolg unter den ganz anderen Bedingungen einer Koalitionsoption außerhalb des Bündnisses braucht. Die Planung des Verteidigungsministers und des Generalinspektors geht darum in die richtige Richtung. Sie verdient breite politische Unterstützung und damit auch die Unterstützung unserer Reservisten, ohne die weder heute noch in der Zukunft die Aufgaben der Bundeswehr zu erfüllen sind.

Die Streitkräfte müssen modern ausgerüstet sein und sie müssen zur Intervention, zur Stabilisierung eines Interventionsgebietes und zur Verteidigung des Bündnisgebietes fähig sein. Doch mehr Geld für Verteidigung wird es nicht geben, man muss deshalb aus den gegebenen Mitteln das Beste machen, d.h. sie sinnvoll ausgeben und die Streitkräfte zukunftsgerecht modernisieren.

Ich glaube angesichts der knapp bleibenden Mittel für Verteidigung nicht, dass man diese Aufgabe noch im nationalen Rahmen lösen kann, ich glaube aber auch nicht an ferne Utopien wie eine Europaarmee oder eine Aufgabenteilung. Ich meine, der Schlüssel zur finanzierbaren Modernisierung liegt schon heute darin, in Schlüsselbereichen multinational bemannte und gemeinsam finanzierte und betriebene europäische Komponenten aufzustellen, die nach Hinzufügen entsprechender nordamerikanischer Komponenten als NATO-Kontingente eingesetzt werden könnten. Das setzt den politischen Willen zu mehr internationaler Zusammenarbeit und die Bereitschaft voraus, in begrenzten Teilbereichen Souveränität auf internationale Organisationen zu übertragen. Ich setze also auf das Zusammenwachsen von unten und nicht auf die von oben verordnete, aber nicht umsetzbare Utopie.

Gesundung von NATO und EU

Es gilt beide Organisationen zu stärken und dazu ist mein Heilmittel Nummer 1 Verlässlichkeit. Gelingt es uns mehr Verlässlichkeit als in den vergangenen sieben Jahren einer anderen Regierungskonstellation zu zeigen und wagt unsere Regierung, gestützt auf unsere Fähigkeiten, auch unsere militärischen, unsere Interessen in NATO und EU so zu vertreten, dass wir diese Organisationen nicht länger spalten, sondern wieder im Einklang mit unseren Verbündeten handeln, dann können wir beide Organisationen stärken und den transatlantischen Verbund festigen. Dann kann man daran gehen eine wirkungsvolle, auf Friedenserhalt und Konfliktverhinderung zielende Strategie zu entwickeln und da geht mein Blick nach Brüssel, nicht primär zur EU, sondern zur NATO, der derzeit weltweit einzigen handlungsfähigen Organisation. Dabei wird man herauszufinden müssen, was Europa und die USA derzeit trennt, und dazu gilt es die Bereitschaft beider Seiten zu entwickeln ihre jeweiligen Beiträge zu leisten: Die Europäer müssen endlich ihren Verpflichtungen nachkommen und die USA müssen begreifen, dass sie ihre Verbündeten am Entscheidungsprozess zu beteiligen haben. Könnte man sich darauf im ersten Schritt verständigen, dann könnte man daran gehen endlich eine neue, den Bedingungen unserer Zeit ent-

sprechende Strategie der NATO zu entwickeln. Ausgangspunkt muss dabei die Erkenntnis sein, dass man den Gefahren unserer Tage nicht mit militärischen Mitteln allein begegnen kann. Man braucht einen breiten, alle Instrumente der Politik nutzenden Ansatz, der zentral plant, aber dezentral ausführt. Eine solche Strategie könnte dazu führen den Auftrag der Streitkräfte neu zu fassen, auf jeden Fall aber wäre die unmittelbare Konsequenz, endlich die Versprechen einzulösen, die die NATO- wie die EU-Nationen hinsichtlich der Modernisierung ihrer Streitkräfte gegeben haben. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass Visionen ohne Strategie politische Irreführung, Strategie ohne Entschlossenheit Betrug und Sicherheit ohne Macht Illusion sind.

Zusammenfassung

Meine nüchterne Beschreibung der Lage mag erschrecken, doch es besteht kein Anlass zu verzagen. Europa und Nordamerika können durchaus Sicherheit in dieser unruhigen Zeit erreichen. Man muss allerdings auf beiden Seiten des Atlantiks begreifen, dass es Sicherheit für Europa nur mit Amerika gibt und dass auch die übermächtigen USA nur im Bündnis mit Europa gewinnen können. Dazu braucht man auf beiden Seiten des Atlantik politische Führer mit Mut und Visionen, mit denen sie die Menschen auf eine lange Reise mitnehmen können, eine Reise, die nicht frei von Gefahren sein wird und die Opfer verlangen wird, an deren Ende aber die Zuversicht steht, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder in Freiheit leben können.

Lassen Sie mich aber nochmals sagen, die Schlüsselfrage ist der Wille, in den rauen Winden einer globalisierten Welt zu bestehen, sich zu stellen und nicht sich weg zu ducken, wenn es ungemütlich wird. Um das in Deutschland wieder mehrheitsfähig zu machen, braucht man Menschen wie Sie, die Reservisten unserer Bundeswehr, denen unsere Mitbürger immer wieder für Ihr Engagement danken sollten.

Zeigen wir Deutschen den Willen zur Behauptung, dann können wir die Globalisierung auch als Chance begreifen und nutzen und dann werden wir auch in Zukunft in Frieden und Freiheit leben können.

Claire Marienfeld-Czesla

Grußwort



Anrede

Der heutige Kongress will sich mit der Frage beschäftigen: Wie steht es um unsere Sicherheit?

Es gibt keine konkrete Bedrohung unserer Sicherheit durch feindliche Staaten. Wir müssen uns allerdings mit einer Reihe von Gefährdungen, Unabwägbarkeiten und Risiken auseinandersetzen, die die Sicherheit Deutschlands mittelbar oder auch unmittelbar betreffen können.

Aus der einst nahezu absoluten Sicherheit ist eine relative Sicherheit geworden. Für den modernen Staat, der seine Legitimation nicht zuletzt daraus bezieht, dass er seine Bürger zu schützen imstande ist, hat das weitreichende Konsequenzen. Das Leben mit dem Risiko von Terroranschlägen wird zur dauerhaften Herausforderung für die freie Welt. Und dennoch müssen die politischen Handelnden ihren Bürgern vermitteln, dass im Zeitalter des Terrorismus ein allumfassender Schutz nicht möglich ist.

Gleichzeitig brauchen sie deren Einverständnis, unter Umständen Waffengewalt frühzeitig und umfassend einsetzen zu können; häufig außerhalb Europas.

Es wird die Aufgabe der kommenden Jahre sein, dem Bürger zu vermitteln, weshalb solche Missionen unmittelbar relevant für die eigene nationale Sicherheit zu begreifen sind.

Die deutsche Bevölkerung fordert von sich aus keine gesellschaftspolitische Debatte. Sie ist aber erforderlich, wenn die Entscheidungen, deutsche Soldaten überall auf der Welt einzusetzen, von der Bevölkerung nicht nur akzeptiert, sondern mitgetragen werden müssen.

Wir stellen aber fest, dass die Akzeptanz nicht mehr in allen Fällen gegeben ist. Doch die Folgerungen für eine nationale Sicherheitskonzeption sind vielfältig.

Vor diesem Hintergrund ist es für mich schwer verständlich, dass die Entscheidung der Europäischen Union für einen militärischen Einsatz im Kongo - mit deutscher Beteiligung - kaum öffentlich diskutiert wurde.

Die Politik darf sich nicht darauf beschränken, ihre Entscheidungen nachträglich legitimieren zu lassen. Nein, denn sie bringt sich um die Chance, für die ohnehin komplexen Sachverhalte Zustimmung zu erzielen.

Diese Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung sind nicht zuletzt deshalb so wichtig, weil als Reaktion auf unsere Geschichte eine grundsätzliche Skepsis gegenüber allem Militärischen festzustellen ist.

Tatsache ist aber, die Voraussetzungen für staatliche Sicherheit sind vielfältig, ein Instrument ist das Militär.

Meine Damen und Herren, die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik mit ihren 104 aktiven Sektionen will dazu beitragen, diese erforderliche öffentliche Aufklärung, Vermittlung und Diskussion zu führen.

In weiten Teilen unseres Landes machen wir das gemeinsam mit dem Verband der Reservisten. Lassen Sie uns diese Arbeit fortsetzen und aktivieren. Die heutige Veranstaltung ist ein Zeugnis dafür.

Claire Marienfeld-Czesla ist die Präsidentin der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.

Nach Ausbildung zur Pharmazeutisch-Technischen Assistentin arbeitete sie in diesem Beruf 1960 bis 1963 bis zur Geburt ihres ersten Kindes. Seit 1972 war sie Mitglied der CSU und ab 1974 stellvertretende CSU-Kreisvorsitzende in Fürstfeldbruck. Nach Umzug nach Nordrhein-Westfalen trat sie 1976 der CDU bei und war dort ab 1990 Mitglied im CDU-Landesvorstand.

Von 1990 bis 1995 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages und in dieser Zeit auch Mitglied der Parlamentarierversammlung der KSZE. Vom 28. April 1995 bis zum 11. Mai 2000 war Marienfeld Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages.

Erich Staudacher

Grußwort



Es gilt das gesprochene Wort!

Begrüßung

Mit großer Freude und Dankbarkeit nahm ich die Einladung der baden-württembergischen Sektionen des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. (VdRBw) und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW) zu diesem - dem 13. - Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress entgegen. Mit Freude, weil ich um die Hochwertigkeit dieser Veranstaltung weiß - der bisherige Verlauf bestätigt meine Erwartung ein weiteres Mal. Mit Dankbarkeit, weil Sie mir als dem Beauftragten für Reservistenangelegenheiten im Wehrbereich IV damit die Chance geben, das sicherheitspolitische Engagement der Reservisten zu würdigen und auf einige meiner Anliegen einzugehen. Auch deshalb komme ich Ihrer Bitte um ein Grußwort gern nach.

Zunächst einmal darf ich nicht nur die Hochwertigkeit, sondern auch die Aktualität des Themas des diesjährigen Kongresses bewundern! Ich hatte Herr Oberst Dr. Idler bereits meine Hochachtung ausgedrückt - und zugleich Abbitte für mein Zweifeln geleistet -, weil er die Herausgabe des Weißbuchs monatsgenau für diesen Kongress voraussah, Kommentatoren auch noch genügend Zeit für die Reflexionen über dessen Bedeutung zubilligte und es, kaum erschienen, schon zum Diskussionsgegenstand in diesem Rahmen machte.

Ich will den vielen Kommentaren Berufener und auch den Anmerkungen mancher Unberufener über das Weiß-

buch keine neue Eloge hinzufügen, möchte Sie aber bitten, verehrte Anwesende, sofern Sie das nicht schon getan haben, das Weißbuch als Ganzes zu lesen. Denn nur so vermag es seine beabsichtigte Wirkung als gemeinsame Positionsbestimmung der Bundesregierung zu entfalten. Und nur so können wir einer Tendenz in der veröffentlichten Meinung entgegenwirken, sich in der Wertung auf gefällige oder missliebige Auszüge aus diesem Dokument zu beschränken.

"Knowledge is the beginning" lautet ein jüngster Filmtitel. Die in diesem Titel zum Ausdruck kommende Ambivalenz gilt auch und gerade für die Auseinandersetzung mit sicherheitspolitischen Themen. Sicherheitspolitische Informationsarbeit ist unbestritten die vornehmste, vielleicht auch die schwierigste Aufgabe der freiwilligen, beordnungsunabhängigen Reservistenarbeit. Einer flächendeckenden Vermittlertätigkeit nachkommen zu können, sicherheitspolitische Information entsprechend dem Auftrag der Bundeswehr geben zu können, setzt also eigenes Wissen, Glaubwürdigkeit und Wertungsfähigkeit der Reservisten voraus.

Die heutige Veranstaltung trägt meines Erachtens ganz erheblich zu dieser Voraussetzung bei. Den Organisatoren und den Vortragenden daher an dieser Stelle meinen Dank und meine Anerkennung für ein hervorragendes Gespür und Engagement in der Gestaltung dieses Kongresses.

Zugleich weist "beginning" auch auf eine noch offene Fortsetzung hin, auf das Weitertragen der Erkenntnisse. Das Licht einer solchen Leuchtturm-Veranstaltung, wie es der heutige Kongress ist, reicht ja sprichwörtlich auch nur bis zum Horizont. Darüber hinaus muss es jemand geben, der das Licht weiter trägt, also die Debatte fortsetzt.

Hier richte ich meinen Appell an alle anwesende Reservisten im Saale. Tragen Sie Ihr heute gewonnenes Wissen in die Untergliederungen des VdRBw, ins "Ländle" hinaus und tragen Sie so dazu bei, das oft beklagte Fehlen einer sicherheitspolitischen Diskussion in der Fläche, am Arbeitsplatz, in der Reservistenkameradschaft zu beseitigen. Gelegenheiten gibt es sicher genug. Den Mut, Stellung zu beziehen, auch. Und mit dem Weißbuch gibt es sogar nun noch eine aktuelle Grundlage dazu.

Wenn ich bislang nur die Reservisten angesprochen habe, so will ich die Rolle der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik keinesfalls gering schätzen. Beide, die GfW und der VdRBw, sind wichtige Pfeiler und ein gutes Forum für die Diskussion aktueller Fragen der deutschen Sicherheit. Sicherheitspolitische Informationsarbeit haben Sie in Ihrer gemeinsamen Zielvereinbarung festgelegt, ich bin dankbar für diese Zusammenarbeit. Und ich weiß mich mit Ihnen einig: Sicherheitspolitik ist nicht einfach und funktioniert nicht nach Kochbuch-Rezept, sondern ist komplex und verlangt eine stetige Auseinandersetzung. Sie kann sowohl eine Wertedebatte als auch eine Erörterung von verteidigungspolitischen Fragen im Verständnis der vernetzten Sicherheit umfassen. Lassen Sie mich daher einmal mehr meine, von der heutigen Veranstaltung unabhängige Anerkennung für Ihr Engagement aussprechen, das Sie gerade in einer Zeit entfalten, in der der Einsatz der Bundeswehr z.B. in Afghanistan allenfalls in Verbindung mit Sensationsmeldungen Aufmerksamkeit erfährt. Oder ein anderes Beispiel: Gemäß einer Umfrage des Sozialwissenschaftlichen Instituts der

Bundeswehr glauben immerhin 11% der Befragten, die Bundeswehr sei im Irak eingesetzt, nur 2% ist hingegen bekannt, dass Bundeswehrangehörige im Rahmen von UNOMIG in Georgien tätig sind. Es eröffnet sich als ein weites Betätigungsfeld in der Verbreitung sicherheitspolitischen Wissens ...

Meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir, noch kurz ein anderes Feld des freiwilligen Einsatzes zu streifen, auf dem wir Sie, die Reservistinnen und Reservisten, ganz einfach brauchen, um den Auftrag der Bundeswehr erfüllen zu können! In aller Kürze deshalb einige aktuelle Informationen zur neuen zivil-militärischen Zusammenarbeit im Rahmen der territorialen Aufgaben der Bundeswehr am Beispiel Baden-Württembergs.

Bis zur Jahresmitte 2007 wird die bisherige territoriale Wehrorganisation im "Ländle" mit ihren zwei Verteidigungsbezirkskommandos (Stuttgart und Karlsruhe) sowie den aktiven Verbindungskommandos aufgelöst sein. An ihre Stelle tritt das dem WBK IV direkt unterstellte Landeskommando Baden-Württemberg mit Wirkung zum 01.01.2007. Auch wenn sich dessen Sitz in Stuttgart befindet, so stellt dies m. E. doch keine "feindliche Übernahme" des verdienten badischen VBK durch die Schwaben dar, sondern eine Verschmelzung, sozusagen ein "joint adventure". Wesentliche Bausteine, die die Wirksamkeit der Organisation in die Fläche hinein entfalten werden, sind 48 nicht-aktive, d.h. aus Reservisten bestehende Verbindungskommandos zu den Landkreisen, kreisfreien Städten und den Regierungsbezirken. Hinzu kommen noch mit Blick auf die subsidiäre Hilfeleistung der Bundeswehr im Innern sogenannte ZMZ-Stützpunkte für pionier-technische Unterstützung sowie ZMZ-Spezialstützpunkte für ABC-Abwehr und Sanitätsdienst.

Ich weiß, dass es bei unseren zivilen Gesprächspartnern noch eine Menge Fragezeichen und Vorbehalte gibt, ob das denn alles so klappt, wie wir uns das vorstellen oder so gut wie in der Vergangenheit. Auch das Wehrbereichskommando, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat nicht für alles eine Patentantwort und die Vergangenheit lässt sich ohnehin nicht wiederholen. Aber mein Appell lautet: Geben Sie der neuen Organisation und damit den Frauen und Männern, die sich als Beauftragte für die zivil-militärische Zusammenarbeit bereit erklärt haben, eine Chance, schenken Sie ihnen das für den Erfolg notwendige Vertrauen. Sie haben dieses Vertrauen verdient.

Zur Personalsituation kann ich heute feststellen, dass wir insgesamt gut aufgestellt sind. 80 % der maximal möglichen Beorderungen werden wir insgesamt erreichen. Die entscheidend wichtigen Funktionen der Leiter und stellvertretenden Leiter sind zu etwa 75 % besetzt. Wir sind zuversichtlich, dass wir das Ergebnis bis zum Jahresende weiter verbessern können.

Mit der Besetzung der Dienstposten in den Verbindungskommandos gehen wir sehr sorgfältig um. In der Regel wurden die Kandidaten von den VBK vorgeschlagen, wobei aktive Truppenteile beteiligt waren. Das Personalamt der Bundeswehr hat dann in einem weiteren Schritt die abschließende Auswahl vorgenommen. Alle Beauftragten der Bundeswehr für die zivil-militärische Zusammenarbeit, die in Kürze vom Befehlshaber ernannt werden, sind durch die Inspektoren der Teilstreitkräfte in ihrer kommandeurswertigen Position akzeptiert worden.

Hervorragend läuft übrigens die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten für die Kommandos. Ich kann mich

nur nochmals ganz herzlich beim Innenministerium in Stuttgart, den Bezirksregierungen und den Kommunen bedanken!

Ich bin überzeugt, es sind insgesamt gute Voraussetzungen gegeben, um auch künftig in Baden-Württemberg effektiv zivil-militärisch zusammenzuarbeiten. Mit dem neuen territorialen Netzwerk

- gestalten wir eine tragfähige Zusammenarbeit auf Länderebene sowie zu Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen;
- tragen wir angemessen zur zivilen Notfallplanung im Sinne einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge bei;
- und gewährleisten wir mit den nicht im Auslandseinsatz gebundenen Kräften einen wirkungsvollen Beitrag zur Unterstützung der zivilen Katastrophenabwehr.

Seien es nun Stabilisierungseinsätze im Ausland oder Katastrophenhilfe im Inland: Mit unseren engagierten Mitbürgern, gleich ob in Uniform oder in Zivil, treten wir zu diesen Themen aus den Expertenzirkeln heraus an die Öffentlichkeit und versuchen, die Unterstützung der Gesellschaft als unabdingbare Legitimation für das Handeln der Bundeswehr zu erlangen. Lassen Sie uns diesen Weg auch mit dem heutigen Kongress gemeinsam beschreiten. Ich wünsche Ihnen und mir dabei viel positive Erfahrung!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!



Internet als Pausengespräch: Landesschriftführer HptFw d.R. Johann Michael Bruhn (l.) im Gespräch mit Bezirksschriftführer Nordwürttemberg HptFw d.R. Peter Jodat (r.).

Ehrung für Oberst Walter Engelhardt



Mit der Anerkennungsmedaille der Landesgruppe Baden-Württemberg in Gold zeichnete unter allgemeinem Beifall der Landesvorsitzende Oberstlt d.R. Michael Sihler den Kommandeur VBK 52 Baden Oberst Walter Engelhardt aus.



Oberst Franz Arnold (l.), Kommandeur VBK 51 (künftig Kommandeur Landeskommando Baden-Württemberg), im Pausengespräch mit Oberst Anton Söllner, Inspizient Freiwillige Reservistenarbeit Streitkräfteamt.



Die Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Michael Sihler (l.) und Oberst Dr. Roland Idler (M.) im Gespräch mit Oberstlt a.D. Joachim Pachale vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.



In der Kreisgruppe Franken ist der Platz von Oberst d.R. Gerhard Kohout (Bildmitte vorn) als Beauftragter Sicherheitspolitik in dieser Sache oftmals am Rednerpult.



Brigadegeneral Walter Spindler, Stellvertretender Kommandierender General EUROCORPS beim Pausengespräch mit Reservisten.

Johannes Schmalzl

Bedrohung durch den Islamismus - Eine Gefahr für den Weltfrieden



Anrede

Am frühen Vormittag des 11. September 2001 verübten 19 Attentäter die bislang schwersten und folgenreichsten Terroranschläge. Es sterben beinahe 3.000 Menschen.

Unter dem Titel "Muhammeds ansigt" ("Das Gesicht Mohammeds") wurde am 30. September 2005 in der Jyllands-Posten, der größten dänischen Tageszeitung, eine Serie von zwölf Karikaturen veröffentlicht. Der weltweite Protest kostete mehr als 140 Menschenleben.

Um Bedrohungen durch den Islamismus angemessen abzuschätzen, sind vorab die Begriffe Islam, Islamismus und Djihadismus zu klären. Sodann sind Entwicklung und Erscheinungsformen des Islamismus an den Beispielen Muslimbruderschaft, Salafiya und Internet-Propaganda aufzuzeigen. Die eigentliche terroristische Bedrohung ist anhand von Anschlägen, aktuellen Vorfällen und Täterprofilen darstellen. Abschließend sind noch Problemfelder, Krisenherde und die kommende Entwicklung zu beschreiben.

Weltweit gibt es etwa 1,4 Milliarden Muslime. Davon sind 85 % Sunniten und 15 % Schiiten, wobei der Schiitenanteil in verschiedenen Quellen auch mit 25 % oder nur 10 % benannt wird. Lediglich 20 % der Muslime sind Araber und etwa 5 % der Araber sind keine Muslime.

Eine Mehrheit stellen die Schiiten nur im Iran, in Teilen des Südirak und in Zentralafghanistan. Landstriche mit

merklichen Vorkommen sind noch im Jemen, an der syrischen und der benachbarten türkischen Mittelmeerküste zu finden.

Die Hauptverbreitungsländer der Muslime liegen in Asien und Afrika. Der afrikanische Anteil erstreckt sich nahezu lückenlos über West- und Nordafrika sowie an der Ostküste bis nach Mosambik. In Asien reicht die Ausdehnung von der Türkei bis nach Indonesien und von den Malediven bis nach Kasachstan. In Europa gibt es Siedlungsgebiete der Muslime am Südrand und an den nördlichen Ausläufern des Kaukasus, im europäischen Teil der Türkei, im ehemaligen Jugoslawien, in Albanien und Teilen von Bulgarien und Rumänien.

Nicht auf diese Länder beschränkt ist der Islamismus, also

- die aktive Befürwortung und Durchsetzung von Glaubensinhalten, Vorschriften, Gesetzen und Politik-inhalten, die als wahrhaft islamisch betrachtet werden und
- dieses Islamverständnis orientiert sich dabei maßgeblich an der überlieferten Glaubenspraxis von Muhammad und seinen unmittelbaren Gefährten (Sahaba).

Da diese Überlieferung aus verschiedenen Lebenssituationen stammt und die Sahaba nicht gleichberechtigt sind, ergeben sich bei der Anwendung auf aktuelle Probleme recht unterschiedliche Lösungsmöglichkeiten.

Innerhalb des Islam kann zwischen Traditionalismus (orthodox, konservativ), Modernismus (Laizismus, Säkularismus) und Sufismus (Mystik) unterschieden werden.

Der Islamismus findet sich in politischen Bewegungen und Parteien sowie in Dawa-Bewegungen (Salafiyya, Tabligh, Wahabiyya), also der islamischen Missionsarbeit, zu der jeder Muslim berufen ist. Der Islam praktiziert in der Mission grundsätzlich keine Gewalt, was diese von der historischen Christianisierung merklich unterscheidet. Somit ist auch hier zwischen gemäßigten und gewaltbereiten Islamisten zu unterscheiden.

Bei den Formen des Islamismus kennzeichnet den politischen Islamismus insbesondere:

- Hauptziel ist die Erlangung der politischen Macht auf nationalstaatlicher Ebene (z.B. Muslimbruderschaft).
- Der Gewalt als Mittel der Politik wird öffentlich abgeschworen.
- Der politische Ansatz ist nicht so sehr von Revolution als vielmehr von Reform geprägt.
- Der charakteristische Akteur ist der Parteiaktivist.

Den missionarischen Islamismus kennzeichnen dagegen folgende Prinzipien:

- Im Zentrum des Tätigkeitsfeldes steht bei dieser Form des Islamismus die Konvertierung sowohl Andersgläubiger (Christen, Juden, Heiden) als auch säkular orientierter Muslime zu einem als „authentisch“ betrachteten Islam (al-Da`wa).
- Zwei Strömungen: die hochstrukturierte Tablighi-Bewegung und die sehr heterogen strukturierte salafitische Bewegung (am Vorbild der „Altvorderen“, d.h. an der islamischen „Urgemeinde“ orientiert).

Johannes Schmalzl ist seit 2005 Präsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Baden-Württemberg.

Er studierte 1987-1993 Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Würzburg, Bonn und Lausanne (Schweiz). 1996 wurde er Beauftragter des Justizministeriums in der baden-württembergischen Landesvertretung in Bonn und Berlin, 2000 Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart und 2000 bis 2005 war er Leiter der Zentralstelle (Leitungsstab) im Justizministerium Baden-Württemberg.

- Die Ergreifung der politischen Macht ist nicht das primäre Ziel. Vielmehr geht es um den Erhalt der muslimischen Identität und die Verbreitung des islamischen Glaubens.
- Dem sogenannten „Unglauben“ (Kufr) wird eine als höherwertig betrachtete islamische moralische Ordnung gegenübergestellt.
- Typische Akteure sind Missionare (Du`at) und Rechtsgelehrte (`Ulama).

Eine zumindest grundsätzliche Gewaltbereitschaft findet sich unter den Djihadisten. Zwar bedeutet Djihad ursprünglich „das Bemühen auf dem Wege Gottes“, aber eben auch „anstrengen“ und „kämpfen“. Man unterscheidet nationale, irredentistische und transnationale Terrorgruppen oder gar ganze Netzwerke. Irredentistische Bewegungen entstehen dann, wenn Minderheiten nicht allein als Personen, sondern mit ihren Wohnplätzen einem anderen Staat angehören wollen.

In der Praxis kennzeichnet den djihadistischen Islamismus:

- Primäres Aktionsfeld ist der bewaffnete Kampf (Djihad in engerem Sinn), der in drei Formen existiert.
- Charakteristischer Akteur ist hierbei der islamische Kämpfer (Mudjahid).

Die drei Formen des bewaffneten Kampfes sind der interne, der irredentistische und der internationale.

Der interne Djihadismus bezieht sich auf einen Staat:

- Es wird ein Kampf gegen die Herrscher und Regierungen sogenannter „islamischer Staaten“ geführt, die als „ungläubig“ und „apostatisch“ (vom Glauben abgefallen) betrachtet werden.
- Nach Ansicht der Djihadisten fungieren diese Regierungen als „Handlanger“ des Westens gegen die Muslime und werden dadurch für den Niedergang des Islam verantwortlich gemacht.
- Folglich sind solche Regierungen und ihre Unterstützer legitime Ziele, die nach Rechtsauffassung der Djihadisten mittels Djihad bekämpft werden dürfen.



Irredentistischer Djihadismus:

- Der Kampf wird vornehmlich dazu geführt, um Gebiete, die als dem islamischen Kulturkreis zugehörig betrachtet werden, von „nicht islamischer“ Herrschaft zu befreien und diese wieder der islamischen Umma zuzuführen (Dar al-Islam).
- Beispiele sind Palästina (Hamas), Afghanistan (Taliban), Tschetschenien, Kaschmir.

- Der räumliche Aktionsradius ist hierbei zumeist regional eingeschränkt.
- Bei dieser Form des Kampfes gibt es häufig Überschneidungen mit den Zielen anderer Gruppierungen, z.B. in Palästina (Islamisten versus Nationalisten), Irak (Nationalisten und regionale Islamisten versus global agierende Islamisten), Afghanistan (afghanische Kämpfer versus arabische Kämpfer/al-Qa`ida).

Der globale Djihadismus zeigt sich noch radikaler:

- Weltweiter Kampf gegen den Westen und seine Verbündeten, insbesondere Israel, z.B. al-Qa`ida.
- Oppositionelle Muslime werden zu Ungläubigen erklärt (Takfir).
- Die Muslime sollen die Menschheit als bestimmende Kraft anführen.
- Schaffung eines transnational übergreifenden Weltreiches.
- Der Einsatz von Gewalt/Terrorismus wird als einziges probates Mittel angesehen.
- Keine Unterscheidung zwischen Militär und Zivilisten. Andersdenkende Muslime werden wie Ungläubige behandelt und können ebenfalls getötet werden.
- Der Djihad wird als sechste Säule des Islams¹ betrachtet und ist für alle Muslime verbindlich - Glorifizierung von Märtyrern.
- Die westlichen Mächte werden als Besatzer betrachtet und es wird ihnen unterstellt, einen christlich motivierten Kreuzzug zur Vernichtung des Islams zu führen.

Kabul: Konvertit droht Todesstrafe

KABUL dpa - Einem aus Deutschland 2005 nach Afghanistan zurückgekehrtem Exmuslim droht wegen seiner Konvertierung zum Christentum die Todesstrafe. Abdul Rahman sei vor 15 Jahren zum Christentum übergetreten, sagte der zuständige Richter Ansarullah Mawlawisada gestern in Kabul. "Ich habe ihn aufgefordert, zum Islam zurückzukehren, aber er hat leider abgelehnt." Sollte der 40-jährige Rahman dabei bleiben, habe das Gericht keine andere Wahl, als ihn zum Tode zu verurteilen. Die Verfassung des offiziell islamischen Staates räumt religiösen Minderheiten das Recht ein, ihre Religion zu praktizieren, Muslime müssen aber strikt der Lehre des Islam folgen, was Konvertierung ausschließt. Rahmans Familie hatte ihn angezeigt.

taz vom 21.3.2006, S. 11, 26 Z. (Agentur)

Einerseits steht im Koran dazu:

„Es soll kein Zwang sein im Glauben.“ (Sure 2 Vers 257) und

„Die Wahrheit ist es von eurem Herrn: darum lass den gläubig sein, der will, und den ungläubig sein, der will.“ (Sure 18 Vers 30),

aber auch

„Und wenn sie sich abwenden, dann greift sie und tötet sie, wo immer ihr sie findet, und nehmt euch niemand von ihnen zum Freund oder Helfer.“ (Sure 4 Vers 89)

Muhammad bin Saleh Al-Utheimin gelangt in seinem Werk „Die Glaubenslehre der Sunnitischen Gemeinschaft“ zu noch weitreichenderen Überzeugungen:

„Es ist unsere Meinung, dass wer auch immer die Annehmbarkeit bei Allah irgendeiner heute existierenden Religion - eine andere als der Islam - wie z.B. das

¹ Die fünf Säulen des Islam bilden den Rahmen des Lebens eines Muslim. Sie sind das Glaubensbekenntnis, Gebet, Zakat geben (Unterstützung der Bedürftigen), Fasten im Monat Ramadhan und einmal im Leben die Pilgerreise nach Makkah für die, die es sich leisten können. (<http://www.islam-guide.com/de/ch3-16.htm>)

Judentum, Christentum usw., behauptet, ein Ungläubiger ist. Er sollte aufgefordert werden, zu bereuen, tut er dies nicht, muss er als ein Abtrünniger (Murtad) hingerichtet werden, weil er den Qur'an verleugnet."

Als Beispiel für die angestrebte Islamisierung der Gesellschaft sei hier die Muslimbruderschaft genannt, deren Grundüberzeugung ist:

„Allah ist unser Ziel. Der Prophet unser Führer. Der Koran ist unser Gesetz. Der Dihad unser Weg. Auf Allahs Weg zu sterben ist unsere höchste Hoffnung.“

Hassan al-Banna (1906-1949) gründete 1928 diese Organisation, um gegen die Kolonialmacht vorzugehen. Sayyid Qutb (1906-1966) gilt als der einflussreichste Vordenker bei islamistischen Gruppierungen weltweit. Die Kandidaten der Muslimbruderschaft haben 88 Sitze bei den ägyptischen Parlamentswahlen 2005 errungen, bei der sie erstmals als Partei antreten durfte und damit zur stärksten Oppositionskraft wurde. Im Wahlkampf befürworteten ihre Vertreter ausdrücklich die Grundsätze von Demokratie und Pluralismus. Die Bruderschaft hatte in Deutschland im Jahr 2005 laut des Verfassungsschutzes Niedersachsen 1800 Mitglieder.

Innerhalb unserer Gesellschaft bewirkt eine Islamisierung unterschiedlich gewichtige Wirkungen. In der Erziehung zeigt sich ein recht ambivalentes Verhältnis zur Gewaltanwendung. Die patriarchalen Strukturen sind mit der Gleichberechtigung von Mann und Frau kaum vereinbar. In Kindergärten und Schulen entsteht durch die Ablehnung von Kindergeburtstagen, christlichen Liedern und Feiertagen, Klassenfahrten, Sport-, Schwimm- und Biologieunterricht eine weitere Ausgrenzung. Das Tragen von Kopftüchern durch Lehrerinnen beschäftigte hohe Gerichte, weil damit die beamtenrechtliche Neutralitätspflicht verletzt wäre und das Schächten von Tieren als rituelle Schlachtmethode stößt nicht nur bei Tierschützern auf Kritik, sondern widerspricht auch einschlägigen Gesetzen.

Kopftuch, Barttracht und Moscheebesuch kennzeichnen keinen Djihadi, aber sie wahren und fördern eine äußere und innere Distanz und Denkweisen, die eine Integration beträchtlich erschweren und das Feld für die ideologische und praktische Arbeit der Djihadisten bereiten. Deren weitere Arbeit wird in Idarat at-Tawahusch („Management der Barbarei“ oder auch „die Phasen des Übergangs zu einem islamischen Staat“) beschrieben. Dieses Strategiepapier von Abu Bakr Nadji zirkulierte im Frühjahr 2005 in arabischen Foren und beschreibt die Strategie bis zum Jahr 2020: Ziel ist die Errichtung eines islamischen Staates auf der Arabischen Halbinsel, in Nigeria, Jordanien, im Maghreb, in Pakistan oder im Jemen und danach die weltweite Expansion.

1. Phase der „Spaltung und Erschöpfung“
2. Phase der „Behandlung der Barbarei“
3. Phase der „Machtergreifung“

Die erste Phase der „Spaltung und Erschöpfung“ dient der Mobilisierung der Gewaltbereiten und ist gekennzeichnet durch Terroranschläge, die

- a) die fremden Truppen in einen asymmetrischen Kleinkrieg zermürben sollen und
- b) der Jugend ein Beispiel des Kampfeswillens und der Erfolge geben sollen (wie in Bali, al-Muhayya und Djerba).

Die **Macht der Bilder** und deren Bedeutung werden diskutiert. Damit kann die Zunahme und Professionalisierung der Propaganda erklärt werden. Gegenreaktionen sollen provoziert werden, die wiederum als „Kreuzzüge“ entlarvt werden.



Am 1. September 2005 zeigt der arabische Fernsehsender Al Dschasira ein Video auf dem zu einem Standbild in englischer Sprache Stellung genommen wird. In Übersetzung wird dieser Text am Folgetag in Deutschland veröffentlicht:

„Eure demokratisch gewählten Regierungen unterstützen mein Volk auf der ganzen Welt. Ihr seid verantwortlich für die Unterstützung (für diese Regierungen) für das, was muslimischen Brüdern und Schwestern angetan wird. Ich bin dafür verantwortlich, meine muslimischen Brüdern und Schwestern zu schützen und zu rächen. Solange ihr nicht aufhört, werden wir diesen Kampf nicht beenden. Unsere Religion ist der Islam.“

Erst ein weiterer Sprecher stellt einen Zusammenhang mit den Bombenattentaten vom 7.7.2005 in London und den Anschlägen in New York, Washington und Madrid her. Dieser zweite Sprecher ist keiner der Londoner Attentäter, aber Ayman Al-Sawahiri, also kommt hier al-Qaida zu Wort.

Wenn - wie behauptet - der oben wiedergegebene Text von Mohammad Sidique Khan (20.10.1974 bis 7.7.2005) aus Leeds stammt, wird die Suche nach potentiellen Bomberlegern ungemein schwierig, denn der verheiratete Vater einer acht Monate alten Tochter galt in seiner Umgebung als unauffällig und als „a very pleasant person“, bevor er sieben Menschen und sich selbst mit einer Bombe tötete.

Auch sonst misslingt der Versuch, für einen islamistischen Terroristen - einen Djihadi - ein einheitliches Täterprofil zu erstellen. Zu vielfältig sind die Erscheinungsformen, wie die Bezeichnungen aus den jeweiligen Straftaten zeigen: Militanter Islamist, Mudjahidin, Schläfer, homegrown-Terrorist, flown-in-Terrorist, Selbstmordattentäter, Bombenleger, Kofferbomber, Propagandist, Sesseldjihadi, Hass-Prediger, Djihad-Veteran, Rekrutierer.

Auch in der Diplomatie tut man sich nicht leicht, wie der Spiegel berichtet:

Als nach dem 11. September das deutsche Außenministerium in fast alle islamisch geprägten Staaten gut ausgebildete „Islam-Beauftragte“ für einen kritischen Dialog aussandte, ... sprach der Abgesandte bei einem Dialogforum in Riad von der „gegenseitigen Befruchtung der Weltreligionen“; der oberste Mufti aus Mekka entgegnete: „Natürlich können wir gerne reden. Aber über welche gegenseitige Befruchtung denn? Wir sind doch im Besitz der Wahrheit.“

Spiegel 38/2006 S. 84

Auch die Kooperation mit Sicherheitsbehörden läuft nicht zu beiderseitiger Zufriedenheit, wie sich bei einem Treffen zwischen den Betroffenen in Berlin zeigte. Der Zentralrat der Muslime in Deutschland ZMD sowie die Vereinigung türkisch geprägter Moscheen DITIB beriet mit den Vertretern der Landeskriminalämter und des Bundeskriminalamt sowie der

Islamistische Theorien im Konflikt

Die „islamistische Ordnung“ im Verhältnis zum Grundgesetz

- | | |
|---|--|
| • Alle Souveränität geht von Gott aus | Keine Volkssouveränität
Keine Gewaltenteilung |
| • „Schura“: Prinzip des beratenden Gelehrtenremiums | Kein Parlamentarismus
Keine gewählten Volksvertreter |
| • Absolutheitsanspruch des Islamverständnisses | Kein Pluralismus
Keine Meinungsfreiheit |
| • Keine Parteien, da sie die Muslime spalten | Kein Mehrparteiensystem |
| • Menschenrechte im Islam | Keine grundgesetzlich geschützten Menschenrechte |
| • Islamisches Recht („Scharia“) als Hauptquelle des Verfassungsrechts | Keine körperliche Unversehrtheit
Keine allgemeine Handlungsfreiheit
Keine Gleichberechtigung |

Landesämter und des Bundesamt für Verfassungsschutz im September 2005 in Berlin.

„Gucken die Muslime in Deutschland weg, wenn sich in ihren Moscheen Radikale outen, die man später als islamistische Terroristen überführt? Melden die Verbände der Muslime verdächtige Vorfälle nicht oder zu selten an Polizei und Verfassungsschutz? Wie könnte eine engere Kooperation zwischen den Verbänden und den Sicherheitsbehörden aussehen?“ fasste die taz unter dem Titel „Muslime treffen Verfassungsschutz“² in ihrem Bericht die Problematik zusammen.

ZMD-Sprecher Mounir Azzaoui bestätigte der taz im Vorfeld, dass zwar in manchen Moscheen „eine gewisse Radikalisierung“ anzutreffen sei, doch von dort sei es noch ein weiter Weg zu Gewalt, der nur durch gesamtgesellschaftliche Anstrengungen zu begegnen sei.

Ein libanesisches Sprichwort lautet: „Küsse die Hand, die du nicht beißen kannst, und bete darum, dass sie gebrochen wird.“ Zum Gebet ist jeder gläubige Muslim fünfmal am Tage verpflichtet, zu viele Aufrufe und Anleitungen im Internet befassen sich aber nicht mit dem Handkuss, sondern mit dem Bau von Sprengsätzen.

Lassen Sie mich die zentralen Thesen zusammenfassen.

Der islamistisch motivierte Terrorismus stellt die derzeit größte Bedrohung für die innere Sicherheit in Deutschland dar. Es ist weiterhin von einer hohen abstrakten Gefährdung auszugehen. Die Frage ist nicht, ob in Deutschland erneut ein Anschlagversuch unternommen wird, sondern wann, wo und wie. Im Fokus islamistisch motivierter Attentäter stehen vorrangig „weiche Ziele“ (z.B. Verkehrsinfrastruktur) mit möglichst vielen Anschlagsoffern.

Vorsicht vor Vereinfachung: Es existiert in diesem Bereich des islamistisch motivierten Terrorismus kein einheitliches sozioethnisches Täterprofil. So kann z.B. bei Anschlagversuchen in Europa trotz zunehmend zu beobachtender autonom agierender Klein- und Kleinststrukturen (Zellen nach Londoner oder Madrider Muster) auch ein Anschlag mit zentraler Steuerung durch al-Qaida nicht gänzlich ausgeschlossen werden.

Es muss zwischen fundamentalistischen Strömungen im Islam und islamistischen Bewegungen differenziert werden. Als Erscheinungsformen des Islamismus sind zu

beobachten: der politische Islamismus (Hauptziel ist die Erlangung politischer Macht, z.B. Muslimbruderschaft in Ägypten), der missionarische Islamismus (z.B. durch die Tablighi-Bewegung) und der djihadistische Islamismus (z.B. al-Qaida). Es gibt Übergänge zwischen den verschiedenen Erscheinungsformen.

Ziele des globalen djihadistischen Terrorismus sind die Schaffung eines transnational übergreifenden Weltreiches und auf diesem Weg dorthin der weltweite Kampf gegen die westlichen Mächte, die als Besatzer betrachtet werden und denen unterstellt wird, einen christlich motivierten Kreuzzug zur Vernichtung des Islam zu führen. Der Einsatz von Gewalt wird als einziges probates Mittel angesehen.

Ziel so genannter legalistischer Strukturen (islamistische Organisationen, die Gewalt ablehnen) in westlichen Ländern ist eine Islamisierung auch der westlichen Gesellschaft.

Eine islamistische Gesellschaftsordnung ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einer westlichen Demokratie nicht vereinbar: Während Kennzeichen einer Demokratie Herrschaft des Volkes, Parlamentarismus, Pluralismus und universelle Menschenrechte sind, geht in einer islamistisch verfassten Gesellschaft alle Souveränität von Gott aus, gilt das Absolutheitsverständnis des Islam und die Scharia als Hauptquelle des Rechts. Beim "Dialog" mit Vertretern solcher Organisationen ist darauf zu achten, dass unsere freiheitlich demokratische Grundordnung nicht disponibel ist.

Die Motivation islamistisch motivierter Gewalttäter hat einer der Londoner Attentäter, Mohammed Sidique Khan, so formuliert: "Eure demokratisch gewählten Regierungen unterdrücken mein Volk auf der ganzen Welt. Ihr seid verantwortlich für die Unterstützung für das, was muslimischen Brüdern und Schwestern angetan wird. Ich bin dafür verantwortlich, meine muslimischen Brüder und Schwestern zu schützen und zu rächen. Solange Ihr nicht aufhört, werden wir diesen Kampf nicht beenden."

Das Internet hat über seine Propaganda- und Rekrutierungsfunktion hinaus als "virtuelles Ausbildungslager" eine enorme Bedeutung für den internationalen Terrorismus. Potentielle Attentäter besorgen sich über das Internet das know-how und die Zutaten zum Bombenbau sowie eine Fatwa³ zur religiösen Rechtfertigung.

Die Finanzierung stellt heute keine entscheidende Hürde mehr für die Realisierung von Terroranschlägen dar.

² <http://www.taz.de/pt/2005/09/22/a0080.1/tex>

³ Islamisches Rechtsgutachten, das von einem Mufti (Spezialist für islamische Jurisprudenz) zu einem speziellen Thema herausgegeben wird.

Johann-Georg Dora

Aktuelle Aspekte der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik



Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

Ich freue mich ganz besonders, heute bei Ihnen zu aktuellen Aspekten der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik vorzutragen.

Bevor ich das tue, will ich aber nicht versäumen, Ihnen die Grüße des Generalinspektors, General Wolfgang Schneiderhan, zu übermitteln. Die Zusammenarbeit und der Dialog mit Ihnen liegen ihm sehr am Herzen und er bedauert es nicht nur aus nahe liegenden landsmannschaftlichen Gründen, heute nicht selbst hier sein zu können.

Ich bin der Aufforderung, an seiner Stelle zu Ihnen nach Karlsruhe zu kommen, aus mehreren Gründen sehr gerne gefolgt. Zum einen freue ich mich, bei dieser Gelegenheit gerade die Reservistinnen und Reservisten unserer Bundeswehr in Baden-Württemberg näher kennen lernen zu können. Ihr Landesverband leistet, wie ich finde, seit vielen Jahren eine hervorragende Arbeit und ist eine ganz ausgezeichnete Visitenkarte des Reservistenverbandes in diesem schönen Bundesland, das Tradition und Zukunftsfähigkeit gleichermaßen überzeugend repräsentiert.

Zum anderen liegt dem Reservistenverband ebenso wie der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik die sicherheitspolitische Arbeit besonders am Herzen.

Die langjährige Tradition Ihres heutigen Kongresses ist sichtbares Zeichen hierfür. Vor dem Hintergrund der Herausgabe des neuen Weißbuches der Bundesregierung sind Sie damit einmal mehr auf der Höhe der Zeit – dazu beglückwünsche ich Sie ganz ausdrücklich!

Generalleutnant Johann-Georg Dora wurde 1948 in Mainroth/Lichtenfels (Bayern) geboren. Er trat 1967 als Offizieranwärter fliegerischer Dienst in die Bundesluftwaffe ein und durchlief Offizierausbildung, fliegerische Auswahl-schulung, Grund- und Fortgeschrittenenausbildung in den USA und Deutschland.

Von 1973 bis 1980 war er Jagdbomber- und Aufklärungsflugzeugführer auf dem Lufffahrzeug Fiat G-91. Von 1980 bis 1982 folgte die Generalstabsausbildung an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Von 1982 bis 1984 war er Staffelpatrimoine der ACE Mobile Forces (AMF) Staffel des Jagdbombergeschwaders 43, Oldenburg, ausgerüstet mit dem Waffensystem Alpha-Jet. Danach folgte bis 1987 eine integrierte Verwendung als Einsatzgeneralstabs-offizier im NATO Hauptquartier BALTAP, Karup, Dänemark.

Von 1987 bis 1989 war er Referent im Bundesministerium der Verteidigung, Führungsstab der Luftwaffe (Fü L III). 1989 wurde er in RAF Cottesmore auf das Lufffahrzeug Tornado umgeschult. Dem schloss sich eine zweijährige Verwendung als Kommandeur, Fliegende Gruppe, Jagdbombergeschwader 38 "Friesland" in Jever an.

Im Jahr 1991 kehrte er als Tutor und Dozent für Luftkriegführung an die Führungsakademie der Bundeswehr, nach Hamburg zurück.

Von 1994 bis 1996 war er Kommandeur des Jagdbombergeschwaders 32 (ECR) auf dem Lechfeld. Im Sommer 1995 formte er aus Teilen seines Geschwaders und des Aufklärungsgeschwaders Immelmann das Einsatzgeschwader I, das er aus Piacenza, Italien, in den ersten Einsatz der Luftwaffe im Rahmen von UNPF und IFOR auf dem Balkan führte.

1996 folgte eine anderthalbjährige Verwendung im Luftwaffenführungskommando in Köln-Wahn als Abteilungsleiter für Planung und Operation (A3). 1997 übernahm er, mittlerweile zum Brigadegeneral befördert, für weitere anderthalb Jahre den Dienstposten des Chef des Stabes, Luftwaffenführungskommando. Seine nächste Verwendung brachte ihn nach Bayern zurück wo er im Jahr 1999 Kommandeur der Offiziersschule der Luftwaffe in Fürstenfeldbruck wurde. Während des Kosovokrieges (Operation ALLIED FORCE) hatte er das Kommando über die Einheiten der Bundesluftwaffe in Italien.

Im September 2000 wurde er, nunmehr Generalmajor, zum Kommandeur der NATO Airborne Early Warning & Control Force bei SHAPE ernannt. Unter seinem Kommando unterstützten AWACS-Flugzeuge der NATO die Luftraumüberwachung der Vereinigten Staaten von Amerika in der Operation Eagle Assist nach den Anschlägen des 11. September 2001.

Von Oktober 2003 bis April 2005 war er Stellvertretender Befehlshaber des Einsatzführungskommandos der Bundeswehr in Potsdam nahe Berlin.

Seit 01. April 2005 ist er in der Funktion als Stellvertreter des Generalinspektors der Bundeswehr fachlich zuständig für die Einsätze sowie die Transformation der Bundeswehr, für Militärpolitik und das Militärische Nachrichtenwesen.

Generalleutnant Dora verfügt über mehr als 3400 Stunden Flugerfahrung auf den Lufffahrzeugmustern T 37, T 38, Fiat G-91, Alpha-Jet, Tornado ECR und Boeing 707 / E-3A.

Generalleutnant Dora und seine Frau Ingrid haben einen Sohn, eine Tochter und zwei Enkelkinder.

Als der erste Stellvertreter des Generalinspektors bin ich in erster Linie für Einsätze, für die Transformation der Bundeswehr und seit April diesen Jahres – wie Sie vielleicht wissen – auch für die Reservistenangelegenheiten der Bundeswehr zuständig. Alle diese Themenbereiche sind ganz wesentliche Aspekte der heutigen und auch der künftigen deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wie sie miteinander zusammenhängen und wo wir bei diesen Themen – insbesondere natürlich beim Thema Reservisten – aktuell stehen, will ich Ihnen heute erläutern.

Wandel der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Lassen Sie mich zu Beginn zunächst auf die neuen Risiken und Bedrohungen eingehen. Sie formen nach meiner Überzeugung die entscheidenden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für die aktuellen und künftigen Herausforderungen unserer Bundeswehr.

Zu diesen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen zählen innerstaatliche Konflikte, die zu Migrationsbewegungen und Flüchtlingsströmen führen, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Raketentechnologie, internationaler Terrorismus, einschließlich des islamistisch motivierten Terrors, zerfallende Staaten und die internationale organisierte Kriminalität.

Überwunden geglaubte Kriegsursachen, wie z.B. religiösen Fanatismus und ungewohnte Konfliktursachen wie etwa der Zugang zu Rohstoffen und kritischen Ressourcen wie Erdöl und Erdgas, aber auch Trinkwasser, gewinnen zunehmend an Bedeutung, und hier reden wir nicht nur über GAZPROM, eine Pipeline oder das Jordanwasser.

In einer globalisierten Welt bieten nationale Grenzen und große Distanzen nur noch bedingten Schutz gegen destabilisierende Entwicklungen und Gefahrenherde. Mittels Internet, moderner Kommunikationsmittel und durch einen gewachsenen internationalen Handel immer dichter vernetzt, erscheint uns der Erdball gleichsam kleiner geworden zu sein.

Mit immer größerer Regelmäßigkeit berühren uns Kriege und Krisen anderer Erdteile überraschend und unvorhersehbar konkret auch hier in Deutschland. Wer hätte beispielsweise im Sommer 2001 ernsthaft daran gedacht, dass erste Kräfte der Bundeswehr bereits zum Ende des Jahres zum Einsatz nach Afghanistan aufbrechen würden? Oder denken Sie an Naturkatastrophen wie den Tsunami vom Dezember 2004, der schließlich bis in unsere Wohnzimmer spülte und zu einem Einsatz der Bundeswehr führte. Ich erinnere mich noch gut an die nachweihnachtliche Zeit, als ich mit meinem Stab in Potsdam erste Vorbereitungen traf.

Auf diese Globalisierung der Risiken und Bedrohungen eine überzeugende Antwort zu finden, erfordert ein gewandeltes Verständnis von Sicherheit in Politik, Streitkräften und Gesellschaft. Wir benötigen – wie im neuen Weißbuch beschrieben – eine zeitgemäße, national und international vernetzte Sicherheitspolitik, deren Ziel es ist, Gefährdungen unserer Sicherheit bereits am Entstehungsort zu begegnen.

Mit zivilen aber auch militärischen Mitteln, die aufeinander abgestimmt und konzertiert sind, müssen Bedrohungen auf Distanz bewältigt werden, bevor sie uns in Deutschland ereilen. Das ist die eigentliche Herausforderung an eine moderne, ressortübergreifende Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Mit dem neuen Weißbuch hat die Bundesregierung vor gut einem Monat ein gemeinsames, transparentes Konzept vorgelegt, wie sie die Sicherheit Deutschlands künftig

schützen wird und würdigt dabei auch die herausragende Rolle der Bundeswehr. Lassen Sie mich festhalten, dass Anzahl, Intensität und Dauer der Einsätze der Bundeswehr aufgrund einer veränderten sicherheitspolitischen Weltlage und Deutschlands Interessen, Verantwortung und internationaler Verpflichtungen stetig zugenommen haben.

Einsätze

Inzwischen sind weit über 200.000 Soldaten und Reservisten der Bundeswehr im Einsatz gewesen und es gibt kaum noch militärische Vorgesetzte auf allen Ebenen, die noch keine Einsatzerfahrungen sammeln konnten.

Waren es in 2000 noch drei bis vier Einsätze (KFOR, SFOR, UNOMIG, INTERFET), sind es heute bereits elf (ISAF, KFOR, EUFOR, UNMIS, AMIS, UNOMIG, UNMEE, OEF, OAE, EUFOR RD KONGO, UNIFIL). Ein Journalist beschrieb diese Situation wie folgt: „So selbstverständlich wie die Bundeswehr in Zeiten des Kalten Krieges Kasernendienst nach Vorschrift machte, leisten die Soldatinnen und Soldaten heute ihren Dienst in Afghanistan, Afrika oder im Nahen Osten“. Das Einsatzspektrum der Bundeswehr reicht dabei von sanitätsdienstlicher und logistischer Unterstützung in Kambodscha, Somalia und Osttimor über Beobachtermissionen wie in Georgien bis zu Embargoüberwachungsmaßnahmen.

Als Folge der Ereignisse des 11. September 2001 leistet die Bundeswehr weiterhin einen Beitrag zu den Antiterrormaßnahmen im Rahmen der Operation „Enduring Freedom“. Auch friedenssichernde Einsätze auf dem Balkan wie EUFOR in Bosnien und Herzegowina und KFOR im Kosovo sowie auf dem afrikanischen Kontinent mit EUFOR im Kongo gehören dazu. Zurzeit sind etwa 9.000 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich möchte im Folgenden nicht jeden einzelnen der Auslandseinsätze abhandeln, sondern etwas detaillierter auf Afghanistan und Libanon eingehen.

Vor wenigen Wochen hat der deutsche Bundestag das Mandat für den ISAF-Einsatz der Bundeswehr verlängert. Er hat dies mit großer Mehrheit getan. Dabei wurde – und wird – noch intensiv auch in den Medien über die schwierige Sicherheitslage, insbesondere im Süden und Südosten des Landes, diskutiert. Dies ist eine Entwicklung, die uns allen Sorgen bereitet und die wir sehr ernst nehmen. Ich komme darauf zurück.

Ich denke, man darf bei allen kritischen Fragen zur aktuellen Lageentwicklung in Afghanistan nicht verkennen, was dort innerhalb der letzten fünf Jahre, seit dem Sturz des Taliban-Regimes, geleistet worden ist. Es gibt eine Verfassung, es gab Präsidentschaftswahlen und vor fast einem Jahr fanden die Parlamentswahlen statt.

Mit den Wahlen wurde auch ein mit der Petersberger Konferenz im Jahr 2001 initiiertes Prozess erfolgreich abgeschlossen – eine Entwicklung, die wohl nur wenige damals für realistisch möglich gehalten haben.

Anfang dieses Jahres verabschiedete die Londoner Afghanistan-Konferenz den sogenannten „Afghanistan Compact“ als politischen Pakt zwischen der internationalen Gemeinschaft und der Islamischen Republik Afghanistan. An den Zielen dieses „Afghanistan Compact“ wird sich auch der deutsche Beitrag in den kommenden fünf Jahren orientieren. Das deutsche Engagement war und ist eingebettet in die internationalen Aufbaubemühungen für Afghanistan. Der Einsatz der Bundeswehr war von Anfang an wesentlicher Bestandteil dieses Engagements.

Im vergangenen Jahr hat Deutschland einvernehmlich mit allen beteiligten Nationen die Verantwortung für die Nordregion Afghanistans übernommen. Schwerpunktauftrag unserer Regionalen Wiederaufbauteams – den „neudeutsch“ sogenannten Provincial Reconstruction Teams, kurz: PRT – in Kunduz und Feysabad ist es, den Wiederaufbau staatlicher, ziviler und gesellschaftlicher Strukturen zu unterstützen. Denn nur sichtbare Aufbauleistungen, die die Lage der Bevölkerung spürbar verbessern, können den Einwohnern eine friedliche Perspektive aufzeigen.

Wir haben mit unserem PRT-Konzept, das neben unserem Ressort auch Auswärtiges Amt, Innenministerium und Entwicklungshilfeministerium bei der Bewältigung der in Afghanistan anfallenden Aufbauarbeiten einbindet, bisher beachtliche Erfolge erzielt und, wie ich meine, zu recht allseits Anerkennung erfahren.

Wie gefährlich der Einsatz der Bundeswehr in Kabul und im Norden Afghanistans sein kann, haben aber auch wir leidvoll erfahren müssen. Deutsche Soldaten sind mehrfach Opfer von Selbstmordattentaten und Anschlägen geworden. Insofern greift der in den letzten Wochen in den Medien hier und da geäußerte Vorwurf, dass wir unsere Soldaten nur im vermeintlich sicheren Norden einsetzen, ins Leere. Im Gegenteil: Unser Engagement dort zeigt eindeutig – Einsätze zur Konfliktverhütung und Krisenbewältigung sind keine Routine. Sie sind und bleiben Ernstfall.

Worum geht es also bei der Diskussion um Einsätze im Süden und Osten Afghanistans und was ist aus unserer Sicht bei der Meinungs- und Entscheidungsfindung zu beachten? Die Verantwortung von ISAF erstreckt sich mittlerweile auf Gesamtafghanistan. Die Übernahme der Ostregion erfolgte am 5. Oktober diesen Jahres als letzter Erweiterungsschritt.

Neben den der NATO unterstehenden ISAF-Kräften (über 30.000 Soldaten aus 37 Ländern) stehen in Afghanistan zusätzlich noch Kräfte der Operation Enduring Freedom (OEF) unter US-amerikanischer Führung.

Inbesondere unsere Verbündeten aus Großbritannien, Kanada und den USA, die, wie wir im Norden, in den Süd- und Ostregionen die Verantwortung tragen, haben zunehmend Verletzte und Tote zu beklagen. Dies hat natürlich Auswirkungen auf die öffentliche Meinung in diesen Ländern. Als Folge daraus entsteht ein zunehmender Druck in den Medien und auch im Bündnis, die bisherige Aufgabenteilung zu Lasten bisher dort nicht eingesetzter Nationen zu verändern. Diese Forderungen sind daher auch ein wichtiges Thema beim NATO-Gipfel der kommenden Woche in Riga.

Die durch die Medien projizierte Forderung unserer Verbündeten, dass z.B. auch wir Deutschen künftig ein erhöhtes Risiko im Südosten Afghanistans tragen sollten, ist aus menschlicher Sicht nachvollziehbar. Aber dies ist zunächst eine emotionale Begründung. Mit einfachem „Bodycounting“ kommen wir nicht weiter. Ohne ein angepasstes bzw. überarbeitetes Gesamtkonzept der NATO lediglich Personal – und dies wären für einen Kampfeinsatz wenig geeignete Aufklärungs- und Sicherungskräfte – aus dem Norden in den Süden zu verlagern, hilft niemandem weiter. Erst recht nicht den Afghanen!

Das deutsche Kontingent ist „tailored to the mission“, also optimiert auf den Stabilisierungseinsatz und seine Besonderheiten. Wenn diese deutschen Kräfte beispielsweise im Norden reduziert werden, dann würde zwangsläufig die bisher sehr erfolgreiche Entwicklung dort aufs Spiel gesetzt. Vor diesem Hintergrund gilt es im Auge zu behalten, dass der Gesamtansatz des Afghanistan-Enga-

gements weitaus mehr ist als nur der Einsatz von Militär. Dies wird gerade bei dem von uns sehr erfolgreich verfolgten ressortübergreifenden Ansatz des PRT-Konzepts besonders deutlich.

Die Frage also, ob mit zwei bis drei zusätzlichen Bataillonen und nur darum kann es sich handeln, die Lage im Süden des Landes wirklich verbessert werden kann, ist deshalb genau in diesem größeren Kontext zunächst in der NATO zu diskutieren und zu beantworten und dass dies ein anderes Mandat des Deutschen Bundestages erfordert, ist glaube ich auch klar.

Wir leisten unter Inkaufnahme erheblicher Gefahren für Leib und Leben unserer dort eingesetzten Soldatinnen und Soldaten einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung und Stabilisierung. Und ich füge noch in aller Deutlichkeit hinzu: Wir verweigern uns – entgegen mancher Verlautbarung – Hilfe- und Unterstützungsersuchen im Rahmen unseres vom Deutschen Bundestag gegebenen Mandates definitiv nicht!

Ebenfalls müssen wir uns vor Augen führen, dass die Konfliktlage in Afghanistan regional einen deutlich unterschiedlichen Stabilisierungsgrad aufweist, der jeweils unterschiedliche Fähigkeiten erforderlich macht. Dem ursprünglichen Konzept folgend, sind Struktur, Ausbildung und Ausrüstung unserer Kontingente derzeit auf exakt eine Stabilisierungsoperation im Norden Afghanistans ausgerichtet. Ein Einsatz im Süden, der auch den Bedingungen eines Guerilla-Kampfes Rechnung tragen müsste, verlangte zwangsläufig eine grundlegende Umorientierung für die Truppe, weil noch intensivere Ausbildungs- und Vorbereitungsmaßnahmen zwingend erforderlich wären, als sie für Stabilisierungseinsätze z.B. auf dem Balkan ausreichend sind.

Es kommt also in der militärischen und politischen Diskussion darauf an, einen kühlen Kopf zu bewahren und sich nicht vorschnell von durch die Medien gesteuerten emotionalen Argumenten leiten zu lassen. Dass Deutschland für den Norden zuständig ist, ist eine sehr frühzeitig gemeinsam getroffene Entscheidung in der NATO und eine sehr frühzeitig verabredete Aufgabenteilung, die nichts mit Ängstlichkeit zu tun hatte und hat.

Deutschland war übrigens, das möchte ich an dieser Stelle einmal betonen, im Jahr 2002 eine der ersten Nationen, die in Afghanistan Verantwortung übernommen hatte – zu einem Zeitpunkt, wo die NATO als Bündnis noch nicht in Erscheinung getreten war.

Es ist – gerade auch in der innerdeutschen Diskussion – zu berücksichtigen, dass wir in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg eine andere Entwicklungslinie beim Einsatz von Streitkräften zur Verteidigung des eigenen Staatsgebietes weit entfernt im Ausland haben, als z.B. Großbritannien, USA oder Frankreich. Ein Einsatz von deutschen Kampftruppen im Süden Afghanistans bedürfte einer umfassenden Debatte in Politik und Öffentlichkeit. Die bloße NATO-Solidarität alleine dürfte als alleiniger Grund noch nicht überzeugen.

Ein kurzer Blick noch, meine Damen und Herren, auf unseren aktuellen Einsatz im Libanon. Unser Marinekontingent unterstützt seeseitig bei der Sicherung der libanesischen Grenzen und Einreisepunkte mit dem Ziel, das Verbringen von Waffen oder anderer Wehrmaterialien in den Libanon ohne Zustimmung der dortigen Regierung zu verhindern.

Der UNIFIL-Einsatz verläuft bisher sehr erfolgreich und unsere Zusammenarbeit mit dem Libanon ist problemlos und kooperativ. Wir tragen dazu bei, dass auf der Grundlage eines stabilen Waffenstillstandes die grundlegenden

Probleme zwischen Israel und dem Libanon und in der Region angepackt werden können; mit der Perspektive, dass langfristig

- Israel in Sicherheit und Frieden mit seinen Nachbarn in der Region leben kann,
- der Libanon die Kontrolle über sein Staatsgebiet in voller Souveränität ausübt und
- die Palästinenser einen lebensfähigen Staat in guter Nachbarschaft zu Israel erhalten.

Über die herausragende historische Bedeutung unserer Beteiligung an einem Einsatz im Nahen Osten sind wir uns, glaube ich, alle im Klaren. Dies ist ein Ereignis, das ich in seiner Bedeutung für unseren Staat genauso einschätze wie die kürzlich erfolgte erste Ordination von Rabbinern in Deutschland seit dem Holocaust, bei der ich als Mitglied des Stiftungsrates der Leo Baeck Foundation teilnehmen durfte, und die Einweihung der neu erbauten Synagoge mitten im Herzen von München. Es kehrt Normalität ein.

Lassen Sie mich einige Sätze zur Transformation der Bundeswehr sagen. Ich sagte eingangs, ein zentraler Aspekt unserer aktuellen wie künftigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Die auf die aktuellen Rahmenbedingungen der Einsätze ausgerichtete Neuorientierung der Bundeswehr ist eine notwendige Reaktion auf die Veränderungen der sicherheitspolitischen Lage sowie der Einsatzrealität. Sie ist kein Selbstzweck, sondern zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr. Wir konnten nicht einfach „klassisch“ weitermachen – wir wären von den Ereignissen überrollt worden.

Deshalb verläuft die Transformation parallel zu laufenden Einsätzen und zur Bereitstellung von Kräften für NATO, EU und Vereinte Nationen. Stichworte sind z.B. NATO Response Force (NRF) und EU Battle Groups. Ich wehre mich allerdings davor, von einer Reparatur am laufendem Motor zu sprechen.

Was bislang im Rahmen der Transformation der Bundeswehr erreicht wurde, ist beträchtlich und bemerkenswert. Es kommt jetzt darauf an, die praktische Umsetzung auf allen ihren Handlungsfeldern voranzutreiben.

Lassen Sie mich auf einige wenige Aspekte kurz eingehen, die in besonderer Weise der Verbesserung der Einsatzfähigkeit dienen – denn das ist es, worauf es für die Bundeswehr als Armee im Einsatz vorrangig ankommt.

Mit dem sogenannten Berliner Erlass hat der Bundesminister der Verteidigung die Verantwortlichkeiten der militärischen Spitzengliederung nach mehr als 30 Jahren angepasst. Der Generalinspekteur der Bundeswehr steuert heute im Rahmen seiner konzeptionellen und gesamtplanerischen Verantwortung den Transformationsprozess der Bundeswehr und ist dem Minister zudem für die Planung, Vorbereitung, Führung und Nachbereitung von Einsätzen der Bundeswehr verantwortlich. Einsätze und Transformation liegen damit in einer Hand.

Die vorbereitende Ausbildung für Einsätze wurde neu geordnet. Die Forderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit sowie an einsatzwichtige Fertigkeiten sind in den Bereichen Schießen, Selbst- und Kameradenhilfe und ABC-Schutz verbindlich für alle Soldaten festgelegt. Darüber hinaus wurden erstmals in einer zentralen Jahresausbildungsweisung die Abholpunkte für die Ausbildung in den militärischen Organisationsbereichen festgelegt.

In der Material- und Ausrüstungsplanung hat die Verbesserung der Einsatzfähigkeit eindeutig Priorität. Alles

andere ist nachrangig. Die knappen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, verlangen allerdings, dass wir diese äußerst zielgerichtet einsetzen, um das Fähigkeitspektrum unserer Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte kontinuierlich und abgestimmt zu entwickeln. Eine noch leistbare, aber keine leichte Aufgabe, wie Sie sich vorstellen können.

Verletzung oder Tod von Soldatinnen und Soldaten im Einsatz, die wegen vorhersehbarer Ausrüstungslücken entstehen, sind grundsätzlich nicht hinnehmbar. Unseren Soldaten ist in den Einsätzen daher die erforderliche bestmögliche Ausrüstung unter Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten einer modernen Industriegesellschaft zur Verfügung zu stellen. Nur so können die Verantwortung der Leitung und der militärischen Führung und das Risiko in vertretbaren Grenzen gehalten werden. Besondere Schwerpunkte liegen derzeit z.B. beim Feldlagermaterial und im Bereich der geschützten Fahrzeuge. Ich habe mich erst letzte Woche bei der wehrtechnischen Erprobungsstelle in Greding davon überzeugen können, dass die Einführung von „Jammern“¹ gegen funkgesteuerte IEDs)² kurz bevorsteht.

Auch beste Ausbildung, Vorbereitung und Ausrüstung können das Risiko von Verletzung, Verwundung oder gar Tod nicht ausschließen. Soziale Absicherung im Einsatz ist daher für unsere Soldatinnen und Soldaten und deren Angehörige von größter Bedeutung – und sie hat daher auch für die Leitung wie für die militärische Führung im Ministerium höchsten Stellenwert.

Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen das Bewusstsein einer guten Absicherung, um im Vertrauen darauf ihren schwierigen Einsatzaufgaben vor Ort nachkommen zu können. Gott sei Dank haben wir mit dem rückwirkend zum Dezember 2002 in Kraft gesetzten Einsatzversorgungsgesetz die finanzielle Absicherung im Einsatz deutlich verbessern können. Weiterhin ist beabsichtigt, das Einsatzversorgungsgesetz durch ein Weiterverwendungsgesetz zu ergänzen, damit Einsatzverletzten grundsätzlich die gesundheitliche und berufliche Rehabilitation ermöglicht wird.

Sie sehen, die deutschen Streitkräfte im 21. Jahrhundert stehen einer Fülle von Aufgaben im In- und Ausland gegenüber. Und damit bin ich bei vielen von Ihnen, meine Damen und Herren. Denn einige dieser Aufgaben können bereits heute nur mit Unterstützung qualifizierter Reservisten und Reservistinnen geleistet werden.

Reservistenkonzeption

Um diesem Anspruch zu genügen, musste sich auch die Reserve an den heutigen und zukünftigen Erfordernissen orientieren und weiterentwickeln. Die Reserve ist in Teilbereichen bis heute in ihren nichtaktiven Strukturen und anderen Teilbereichen immer noch an den Erfordernissen der herkömmlichen Landesverteidigung ausgerichtet. Die zunehmende Diskrepanz zu den tatsächlichen Aufgaben der Streitkräfte in Auslandseinsätzen war nicht länger akzeptabel. Die Reserve war in ihrer Ausrichtung nicht mehr zukunftsfähig. Dies hat einen Paradigmenwechsel erforderlich gemacht. Es gab keine Alternative.

Im Sinne einer effektiven Reserve müssen die Reservisten und Reservistinnen dringend und konsequent in die Transformation der Bundeswehr einbezogen werden. Das sind wir den leistungsbereiten Männern und Frauen in der Reserve und ihrem Engagement schuldig. Dies erwarten

¹) Störsender

²) IED steht für *improvised explosive device* und bezeichnet eine selbstgefertigte Sprengladung. Der Begriff wurde vom US-Militär geprägt und trifft oft im Kontext des internationalen Terrorismus auf.

aber zu Recht auch die aktiven Soldatinnen und Soldaten von ihren Reservisten. Die Konzeption für die Reservisten und Reservistinnen der Bundeswehr stellt deshalb die Leitidee für das Verhältnis der Bundeswehr zu ihren Reservisten und Reservistinnen dar.

Erstmalig wird die Freiwilligkeit des Reservistenengagements ebenso betont wie die besondere Bedeutung der Arbeitgeber in allen Teilen der Wirtschaft. Letztere werden gebeten, ihre Arbeitnehmer freiwillig für Übungen und Einsätze abzustellen. Damit tragen sie zur Einsatzfähigkeit der Streitkräfte bei und letztlich zur Sicherheit und Stabilität unseres Landes und zum Erhalt unserer wirtschaftlichen Grundlagen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle etwas näher auf die Freiwilligkeit eingehen. Zu Zeiten des Kalten Krieges waren alle Aktivitäten von Reservisten auf die schnelle Mobilmachung im Verteidigungsfall ausgerichtet. Das Grundgesetz gab hierfür den Rahmen vor, innerhalb dessen das Wehrpflichtgesetz die rechtlichen Vorgaben für pflichtgemäße Beordnungen und Pflichtwehrübungen zur Vorbereitung des Verteidigungsfalles enthielt.

Die aktuellen, wahrscheinlicheren Aufgaben der Bundeswehr zielen aber nicht auf die Vorbereitung eines Verteidigungsfalles ab, sondern sind vorrangig Einsatzaufgaben, die bereits im Frieden wahrzunehmen sind. Die Verwendung und der Einsatz von Reservisten für diese Aufgaben kann aufgrund fehlender rechtlicher Voraussetzungen daher nicht erzwungen werden. Aus diesem Grund musste die gültige Reservistenkonzeption das Prinzip der Freiwilligkeit verfolgen.

Mit den Änderungen des Wehrpflichtgesetzes, des Soldatengesetzes, des Wehrgesetzes und anderer Gesetze zum 30. April 2005 sowie der Anpassung von Weisungen und Erlassen über das Streitkräftenreserve-Neuordnungsgesetz wurden die in der Reservistenkonzeption angeregten Anpassungen verwirklicht. So wurde z.B. die Hilfeleistung im Innern als neue Wehrdienstart eingeführt.

Darüber hinaus haben wir eine Prämie für Reserveoffizieranwärter eingeführt und den Auslagenersatz für diejenigen, die als Kommandeure und Einheitsführer beordert sind, erhöht. Im Soldatengesetz wurden wesentliche Regelungen des Wehrpflichtgesetzes auf die Dienstleistungen der nicht wehrpflichtigen Reservistinnen übertragen.

Reservisten und Reservistinnen spielen für die Zukunftsfähigkeit und Einsatzorientierung der Bundeswehr eine wichtige Rolle. Heute leisten die Reservisten bereits im Frieden im engen Schulterschluss mit den aktiven Soldaten einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Bewältigung der Auslandseinsätze und der Aufgaben im Inland. Hier können die Reservisten ihre Fähigkeiten – und besonders auch ihre zivile Kompetenz gewinnbringend einsetzen.

Das hat außerdem den Effekt, dass die bisherigen Unterschiede zwischen aktiven Soldaten und Soldatinnen und den Angehörigen der Reserve zunehmend verblassen. Aktive und Reservisten finden ihre gemeinsame militärische Heimat in den aktiven Truppenteilen – im gleichen Offizier- oder Unteroffizierkorps.

Die intensive Einbindung der Kräfte der Bundeswehr in Einsätze führt – besonders in den großenteils bestehenden Übergangsstrukturen – zu personellen Vakanz im Inland. Das Erfüllen von Aufgaben aktiver Soldaten und Soldatinnen, die im Auslandseinsatz gebunden sind, ist deshalb die vorrangige Aufgabe der Reservisten und Reservistinnen der neuen Bundeswehr. Sie tragen so ganz maßgeblich zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes der Streitkräfte im Inland bei, wobei wir hier einen grund-

sätzlichen Nachholbedarf haben. Zunehmende Transformation kann auch am herkömmlichen Grundbetrieb nicht spurlos vorübergehen. In erster Linie wird diese Aufgabe von Reservisten und Reservistinnen erfüllt, die aufgrund freiwilliger Erklärung beordert sind, also wegen ihrer militärischen, militärfachlichen und zivilberuflichen Kenntnisse der Verstärkungsreserve und der Personalreserve der aktiven Truppenteile zugeordnet sind. Übergeordnetes Ziel ist es, Reservisten und Reservistinnen dort zu beordern, wo ihre Qualifikationen den größten Nutzen für die Streitkräfte gewährleisten.

Besondere Bedeutung kommt der intensiven Information und Abstimmung mit den Reservisten und Reservistinnen sowie mit deren Arbeitgebern zu. Das Verständnis der Unternehmer für die Notwendigkeit der Freistellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu Wehrdienstleistungen und die Unterstützung des freiwilligen Engagements der Reservisten und Reservistinnen hängen wesentlich davon ab. Derzeit erarbeiten wir im BMVg ein neues Kommunikationskonzept, wieder unter Einbindung von Reservisten, mit denen wir in Kürze die relevanten Informationen an die jeweilige Zielgruppe kommunizieren wollen. Die Zielgruppe Arbeitgeber verlangt noch erhebliche Dialoganstrengungen. Mit bloßen Worten wird eine positive Übereinstimmung allein nicht erreicht werden können.

Die Weichen für die neue Reserve sind damit gestellt. Auch für die Zukunft gilt, wie im neuen Weißbuch beschrieben, dass die Reserve integraler Bestandteil der Bundeswehr bleibt.

Ich komme nun zur

Zivil-Militärischen Zusammenarbeit im Inland

Wie im Weißbuch beschrieben, orientiert sich das Konzept der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) im Inland am Auftrag der Bundeswehr zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und wird weiter fortentwickelt und ausgebaut.

Der im Weißbuch dargelegte Ansatz einer „Vernetzten Sicherheit“ zielt auf eine gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge unter neuen Vorzeichen. Dabei geht es nicht nur um eine bessere Zusammenarbeit der unterschiedlichen zivilen und militärischen Akteure in den Auslandseinsätzen. Genauso notwendig ist eine vernetzte Zusammenarbeit bei Sicherheitsfragen im Inland.

Ging es früher darum, durch ZMZ den originären militärischen Auftrag der bündnisgemeinsamen Landesverteidigung zu unterstützen, ist es heute die Hauptaufgabe der ZMZ, dafür zu sorgen, dass militärische Hilfe für die Erfüllung eines zivilen Auftrages möglichst ohne Friktionen gewährleistet werden kann.

Dabei ist es wichtig, daran zu erinnern, dass

- Hilfeleistung im Frieden originäre Aufgabe der Länder ist,
- die Länder ihr Hilfeleistungssystem von unten nach oben, also von den Gemeinden über die Kreise und Bezirke aufbauen und dass
- Hilfeleistung grundsätzlich nur ein subsidiärer Auftrag für die Bundeswehr ist.

Daraus ergeben sich für die Bundeswehr Konsequenzen: Die zivilen Stellen der jeweiligen Ebene und nicht etwa Dienststellen der Bundeswehr koordinieren und führen alle Einsätze im Katastrophenfall; die Bundeswehr führt nur ihre eigenen Kräfte – entsprechend der Unterstützungsforderungen der zivilen Stellen.

Die Bundeswehr benötigt ein System, welches zur Kooperation mit den auf der zivilen Seite Verantwortlichen

spätestens ab der Kreisebene befähigt ist, also die ZMZ im eigentlichen Sinne durchführt. Die Bundeswehr hält grundsätzlich keine Ressourcen ausschließlich für die Hilfeleistung vor. Es war daher für die Territorialen Kommando-behörden unabdingbar, ihre an den Aufgaben des Kalten Krieges ausgerichtete Struktur weiterzuentwickeln.

Die neue Struktur wurde in einem breit angelegten Modellversuch bis Ende letzten Jahres erprobt. Aufgrund der vielversprechenden Ergebnisse hat der Bundesminister der Verteidigung die Genehmigung erteilt, die erprobten Strukturen in die Fläche „auszufächern“. Die Umsetzung soll bis Mitte 2007 zum Abschluss gebracht werden. Damit ist dann die im Weißbuch beschriebene zukunftsweisende Zusammenarbeit von territorialen Kommando-behörden, Bezirks- und Kreisverbindungs-kommandos mit regionalen Planungs- und Unterstützungs-elementen möglich. Lassen sie mich die einzelnen Elemente kurz erwähnen.

Neu aufgestellt wird in jedem Bundesland ein Landeskommando als Dienststelle der Streitkräftebasis; die Grenzen der Verantwortungsbereiche sind mit den Grenzen des zugeordneten Bundeslandes identisch. Ihre Aufgabe wird in erster Linie die Beratung der jeweiligen Landesregierung in allen Fragen mit Bundeswehrbezug sein. In allen Bundesländern, in denen ein WBK stationiert ist, wird das jeweilige Landeskommando mit diesem räumlich zusammengefasst.

Zur Aufstellung werden 15 der noch bestehenden Verteidigungsbezirkskommandos (VBK) und das Standortkommando Berlin herangezogen. Die übrigen VBK und die noch bestehenden 50 aktiven Verbindungskommandos werden aufgelöst.

Die regionalen Planungs- und Unterstützungstrupps sind sozusagen das „mobile Auge“ der Landeskommandos. Sie sammeln vor Ort Lageinformationen und bringen diese in das militärische Lagebild ein. Sie können außerdem ein-treffende Kräfte der Bundeswehr am Schadensort einweisen und durch Dokumentation von Schadensereignissen Grundlagen für die spätere Auswertung schaffen. Diese können anschließend genutzt werden, um Einsatzabläufe zu optimieren.

Außerhalb von Einsätzen zur Hilfeleistung werden sie von den Landeskommandos zu Erkundungen herangezogen und können im Rahmen des Host Nation Support und zur Übungsüberwachung eingesetzt werden. Insgesamt werden 32 Trupps im gesamten Bundesgebiet aufgestellt.

31 Bezirksverbindungskommandos (BVK) und 426 Kreisverbindungskommandos (KVK) werden aufgestellt, um ein flächendeckendes Beziehungsgeflecht auf und zwischen allen Führungsebenen zu erreichen. Dieses dient der eigenen Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit und unterstützt die zivilen Entscheidungsträger. Das Besondere an diesen Verbindungskommandos ist, dass sie ausschließlich mit Reservisten besetzt werden. Damit wird eine wesentliche Verstärkung des tatsächlich verfügbaren Personals zur ZMZ im Rahmen der Hilfeleistung und deren Vorbereitung auf den Ebenen Landkreis, kreisfreie Stadt und Regierungsbezirk erreicht. Dies wäre mit aktivem Personal im Rahmen der bestehenden Personalobergrenzen nicht möglich gewesen.

Darüber hinaus bewirkt die entsprechende Reservisten-auswahl eine wesentlich bessere lokale Einbindung und örtliche Kompetenz, die so mit aktivem Personal nicht zu erreichen wäre.

Die Verbindungskommandos haben eine Stärke von jeweils zwölf Soldaten und sind damit schichtfähig. Sie

werden auf Bezirksebene durch einen Oberst der Reserve und auf Kreisebene durch einen Oberstleutnant der Reserve geführt. Eingegliedert in die Verbindungskommandos ist ein vom Sanitätsdienst der Bundeswehr ausgeplantes Element, das aus einem Sanitätsstabsoffizier und einem Sanitätsfeldwebel besteht.

Die Verbindungskommandos sind ständige Mitglieder der lokalen Krisenstäbe. Sie werden mit einer eigenen IT-Ausstattung versehen, die ihnen die Kommunikation mit Bundeswehrdienststellen, den Abruf aller notwendigen dienstlichen Informationen, die mobile Kontaktaufnahme und die Erstellung eines Lagebildes ermöglicht.

Besondere Bedeutung kommt dem Leiter des Verbindungskommandos zu, dem Beauftragten der Bundeswehr für die Zivil-Militärische Zusammenarbeit (BeaBwZMZ). Dieser soll auch außerhalb von Hilfeinsätzen Arbeitsbeziehungen zu den zivilen Ansprechpartnern pflegen, um

- diese bei der Katastrophenschutzplanung zu grundsätzlichen Unterstützungsmöglichkeiten der Bundeswehr zu beraten,
- an Besprechungen und Übungen ziviler Stellen zum Thema „Hilfe im Großschadensfall“ teilzunehmen,
- erste Bewertungen und Unterstützungsersuchen entgegennehmen zu können,
- sein Verbindungskommando vor Ort weiterzubilden.

Die Besetzung der Verbindungskommandos mit Reservistinnen und Reservisten hat eine neue Qualität für die Bundeswehr, da sie hier eine verantwortungsvolle Aufgabe allein in die Hände von Reservisten legt. Diese Aufgabe verlangt von den Reservisten, insbesondere von den BeaBwZMZ, ein erhebliches Engagement, auch hinsichtlich der zeitlichen Inanspruchnahme. Während Sachauslagen abgegolten werden können, ist dies für den Zeitaufwand, den ein BeaBwZMZ erbringt, zurzeit noch nicht möglich.

Bei der Bekämpfung der Vogelgrippe in Mecklenburg-Vorpommern wie auch bei Unterstützungsleistungen der Bundeswehr für die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Rheinland-Pfalz haben die in diesem Rahmen aktivierten Verbindungskommandos ihre erste Bewährungsprobe im Einsatz bestanden.

Natürlich gibt es, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch in diesem Bereich noch offene Handlungsfelder. So benötigt die Bundeswehr zur personellen Aufstellung der Verbindungskommandos insgesamt fast 5.500 Reservisten und Reservistinnen. Der Personalbedarf konnte bisher im Gesamtdurchschnitt nur zu knapp 60 Prozent gedeckt werden. In den Neuen Bundesländern fehlt noch die gewachsene Reservistenstruktur, daher liegt dort der Deckungsgrad teilweise nur bei knapp 40 Prozent. Ich bin heute nicht hier in Karlsruhe, um bei Ihnen Ersatz abzuwerben, dafür müssen wir uns schon etwas anderes einfallen lassen.

Schluss

Lassen Sie mich zum Abschluss noch einige Worte zur sicherheitspolitischen Diskussion in unserem Land sagen, weil wir alle deshalb heute hier sind und weil uns das besonders am Herzen liegt.

Derzeit sorgen – Sie erinnern sich – mehr als 9.000 deutsche Soldaten weltweit für Sicherheit und Stabilität. Erfreulich dabei ist, dass sich die Bundeswehr in ihren Einsätzen nicht nur einer überwältigenden Unterstützung durch den Deutschen Bundestag erfreut, sondern auch in der Bevölkerung breiten Rückhalt findet.

Aber hier findet sich auch ein Aspekt, der nachdenklich

stimmt. Untersuchungen unseres Sozialwissenschaftlichen Instituts zum sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbild in Deutschland zeigen: Während die Zustimmung in der Bevölkerung zu den Auslands-



Nach dem Vortrag von Generalleutnant Johann-Georg Dora meldeten sich Zuhörer zu Wort: So auch der Vorsitzende des Beirats Freiwillige Reservistenarbeit Generalmajor a.D. Ekkehard Richter (oben) und der stellvertretende Landesvorsitzende Oberstleutnant d.R. Ralf Bodamer (unten).



einsätzen der Bundeswehr nahezu gleich bleibend hoch ist, fühlt sich ein Großteil der Bevölkerung über die Einsätze selbst nicht ausreichend informiert. Der Mangel an ausreichender Information kann zu dem von Bundespräsident Köhler festgestellten „freundlichen Desinteresse“ an der Bundeswehr führen.

Um dem entgegenzuwirken, ist vor allem eine lebendig geführte sicherheitspolitische Debatte notwendig. Diese steht in unserem Land oft im Schatten der Debatten über andere wichtige Fragen, wie die der Zukunft unseres Gesundheits- oder unseres Sozialsystems. Wir dürfen aber die notwendige Diskussion über Ziele und Ausrichtung deutscher Sicherheitspolitik nicht verdrängen. Dies ist insbesondere dann notwendig, wenn es gilt, über besonders gefährliche Einsätze, wie beispielsweise in Afghanistan, nachzudenken und zu entscheiden. Vor dieser Entscheidung steht aktuell unsere Politik.

Auch aus diesem Grund hat die Bundesregierung erstmals seit 12 Jahren wieder ein neues Weißbuch vorgelegt. Es ist eine Bilanz der Sicherheitspolitik Deutschlands in den letzten Jahren und zugleich Programm für die Zukunft. Es lädt vor allem die Bevölkerung ein, die wichtige sicherheitspolitische Diskussion zu begleiten und mit zu führen. Darum brauchen wir gerade Sie, meine Damen und Herren, die Sie der Bundeswehr in besonderer Weise verbunden sind. Denn Sie sollen wissen, warum die Bundeswehr in den Einsatz geht und was unsere Soldaten leisten.

Ich versichere Ihnen, unsere Soldaten können stabilisieren, aber sie können auch kämpfen. Es ist an der Politik zu entscheiden, wann und wie ihre Soldaten eingesetzt werden. Hinter vermeintlich mangelnden militärischen Fähigkeiten kann man sich nicht verstecken.

Was nun nach Herausgabe des Weißbuches zu leisten ist, ist die Konkretisierung und Umsetzung seines Grundkonzeptes – und zwar im Lichte der Ergebnisse der beginnenden Debatte.

Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik hier in Baden-Württemberg dem Vortrag von Paul Elmar Jöris zum Thema „Weißbuch“ einen prominenten Platz beim heutigen Kongress eingeräumt hat.

Lassen Sie mich an dieser Stelle Ihnen noch einmal ausdrücklich für Ihre Verbundenheit und Ihr Interesse an unserer Bundeswehr danken. Es ist nicht zuletzt Ihnen, den Mitgliedern des Reservistenverbandes und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, zu verdanken, dass die Bundeswehr einen festen Platz im gesellschaftlichen Leben in Baden-Württemberg hat und sicher auch in Zukunft behalten wird.

Dafür danke ich Ihnen herzlich und bitte Sie, darin nicht nachzulassen. Denn es geht um ein zentrales Ziel: Die Sicherheit Deutschlands – heute und morgen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die Diskussion mit Ihnen.



Dank geeigneter Vorbereitungen war die Anmeldung mit Eintrag in die Anwesenheitsliste und Übergabe der Namensschilder in der Eingangshalle des Best Western Queens Hotels problemlos.



Transatlantischer Verfassungsschutz (v.l.): Colonel(R) Dr. Stephen T. Cochrane vom US-Verbindungsamt Baden-Württemberg im Gespräch mit dem Präsidenten des Landesamts für Verfassungsschutz Baden-Württemberg Johannes Schmalzl.



Herastreten zur Kaffeepause: Generalleutnant Johann-Georg Dora (l.) vor dem Tagungshotel im Gespräch mit Maj d.R. Willibert Wilkens.



In diesem Jahr standen nahezu allen Teilnehmern Tische zur Verfügung, was Mitschriebe wesentlich erleichterte. Da die Teilnehmer eine Multiplikatorenfunktion in ihren Untergliederungen ausüben, ist dies notwendig. Für ausführlichere Informationen dient die vorliegende Dokumentation.



Sicherheitspolitik im Wandel: Fragen zu den Vorträgen stellte sowohl der langjährige Landesbeauftragte für Sicherheitspolitik Oberstf d.R. Dr. Johannes Leclerque als auch sein Nachfolger Hptm d.R. Karlheinz Würz. Dr. Leclerque wurde 1974 zum Landesschriefführer gewählt, 1977 und 1980 wiedergewählt, 1983 bis 1989 war er Stellvertretender Landesvorsitzender. Er kann somit auf fast 33 Jahre Landesvorstandsarbeit zurückblicken.



Gut vorbereitet: Bezirkskassenwart Südwestfalen-Hohenzollern Oberstf d.R. Harry-Rolf Roperitz bei der Morgenlektüre im Tagungsraum.

Paul Elmar Jöris

Ist das neue Weißbuch ausreichend für einen parteiübergreifenden Konsens in der deutschen Sicherheitspolitik?



Sicherheitspolitischer Konsens zwischen Parteien

Verteidigungsminister Franz Josef Jung war sichtlich erleichtert und stolz als er das Weißbuch endlich vorstellen konnte. Das kann ich gut verstehen. Schließlich war es nach zwölf Jahren das erste Weißbuch. Seine beiden Vorgänger – Rudolf Scharping und Peter Struck – hatten beide jeweils ein Weißbuch angekündigt, aber es war ihnen nicht gelungen, eine solche Standortbestimmung der deutschen Sicherheitspolitik durch das Kabinett zu bringen. Dabei war sich Rudolf Scharping seiner Sache so sicher, dass er bereits das Hochglanzpapier hatte besorgen und einlagern lassen. Doch dann blieb die politische Einigung über den Text aus.

Ich will die Verdienste von Minister Franz Josef Jung in keiner Weise schmälern, aber ganz nüchtern feststellen, dass der Konsens über alle Fragen der Sicherheitspolitik zwischen den Unionsparteien einerseits und den Sozialdemokraten andererseits größer ist, als das Maß an Gemeinsamkeiten zwischen Union, FDP und Grünen oder zwischen SPD, FDP und Grünen. Das heißt nicht, dass die großen Parteien einer Meinung sind, aber das Maß an Übereinstimmung ist größer. Dies betrifft einerseits die Frage der allgemeinen Wehrpflicht, aber nicht nur diese. Beide große Parteien gehen grundsätzlich von einer ähnli-

chen Analyse der Risiken aus und kommen dann zu ähnlichen Folgerungen. Das bedeutet nicht, dass die Auffassungen der beiden Großen kongruent sind, aber sie zeichnen sich bei der Beschreibung der Mittel durch einen durchgehenden Pragmatismus aus. Dieses hohe Maß an Übereinstimmung ist nicht einfach vom Himmel gefallen, sondern beide Seiten haben sich in den unterschiedlichen Konstellationen von Verantwortung in Regierung und Opposition über die Jahre immer wieder darum bemüht.

Die Streitkräfte als Instrument der Sicherheitspolitik

Ganz augenfällig ist natürlich die Übereinstimmung im Kapitel „Allgemeine Wehrpflicht“ und im gesamten zweiten Teil des Weißbuches „Die Bundeswehr – Instrument deutscher Sicherheitspolitik“. Da steht ja im Prinzip nichts Überraschendes drin. Grundsätzlich finden wir dort das, was wir aus den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ und der „Konzeption der Bundeswehr“, beides unter Struck erarbeitet, kennen. Es bleibt bei den operativen Vorgaben und den Verpflichtungen, die die Bundesrepublik gegenüber der NATO, der Europäischen Union und gegenüber den Vereinten Nationen eingegangen ist. Alle Verpflichtungen stammen übrigens, nur zur Erinnerung, aus der Zeit von Bundeskanzler Schröder, also aus rot-grüner Zeit: Im einzelnen heißt das: Beteiligung an den NATO Response Force. Das bindet rund 15.000 Soldatinnen und Soldaten. Zweitens hat Deutschland zugesagt, im Rahmen des European Headline Goal ein erstes streitkräftegemeinsames Kontingent mit bis zu 18.000 Soldatinnen und Soldaten zu stellen. Dazu gehören auch die deutschen Beiträge für die EU-Battlegroups. Hinzu kommen die Kräfte, die den Vereinten Nationen im Rahmen des „United Nations Standby Arrangement-System“ zugesagt worden sind, nämlich bis zu 1.000 Soldatinnen und Soldaten.

Gestatten sie mir eine kurze Randbemerkung. Wenn ich solche Zahlen lese, bin ich immer tief beeindruckt, dass diese Rechnungen immer perfekt aufgehen. Alles was die Deutschen zusagen, das halten sie auch. Wenn man dann mit einem Planer auf der Arbeitsebene redet, stellt man gelegentlich fest, dass bestimmte Fähigkeiten, die zugesagt worden sind, nur für eine gewisse Anzahl von Stunden dargestellt werden können. Ebenso lange, wie ein Pressetag dauert. Aber das ist nichts besonders, weder in der NATO noch in der Europäischen Union.

Geblichen ist auch die Einsatzorientierung der Bundeswehr und die Gliederung in drei Kräfte-kategorien. Nämlich Eingreifkräfte mit 35.000 Soldatinnen und Soldaten, die Stabilisierungskräfte mit 70.000 Soldatinnen und Soldaten sowie den Unterstützungskräften mit 147.500. Die Stabilisierungskräfte tragen im wesentlichen die heutigen Einsätze. Ziel ist es, gleichzeitig bis zu 14.000 Soldatinnen und Soldaten, auf bis zu fünf verschiedenen Einsatzgebieten stellen zu können. Diese Formulierung ist eine Zielvorgabe, sie beschreibt nicht

Paul Elmar Jöris ist seit 2003 landespolitischer Korrespondent beim Westdeutschen Rundfunk in Düsseldorf. Er studierte politische Wissenschaft und Soziologie, wurde 1978 Redakteur und Reporter für verschiedene aktuelle politische Sendereihen und langjähriger verteidigungspolitischer Korrespondent des Westdeutschen Rundfunks in Bonn, Brüssel und Berlin. Er ist Mitglied des Beirats für Fragen der Inneren Führung, Autor von Aufsätzen zu Fragen der Sicherheitspolitik und Mitautor des Buches "50 Jahre Bundeswehr".

die Gegenwart. Da will die Bundeswehr hin, nämlich im Jahr 2010 will sie da ankommen, aber da ist sie noch nicht. Die Passage ist eindeutig im Futur, sie beschreibt die Zukunft. Sie ist nicht im Präsens, das ist noch nicht Realität. Warum betone ich das so? Nur wenige Tage nach Vorlage des Weißbuches hatten wir im Nachgang zur „Totenkopf-Affäre“ die Debatte über den Rückzug aus Bosnien und die Gefahr einer Überforderung der Bundeswehr. Da wurde dem Verteidigungsminister selbst von höchster Stelle im Staate Erstaunen entgegengebracht. Was will der Mann? 9.000 Soldaten sind im Einsatz, er kann 14.000 schicken, folglich warten 5.000 Soldatinnen und Soldaten darauf in den nächsten Einsatz geschickt zu werden. So die einfache Rechnung. Dass die Bundeswehr heute schon in mehr als fünf Einsatzgebieten gleichzeitig engagiert ist, fiel dabei übrigens auch unter den Tisch. Diese freihängige Interpretation militärischer Fähigkeiten gehört übrigens auch zu den Konstanten in der sicherheitspolitischen Debatte. Doch aus das nur am Rande.

Ziele und Interessen

Kommen wir zurück zum Weißbuch. Die größten Änderungen hat es, wenn man einmal den Entwurf aus dem April mit der endgültigen Fassung vergleicht, ja im ersten Teil gegeben. In der Gesamtschau hat mir persönlich, wenn ich das einmal anfügen darf, der Entwurf in einem Punkt besser gefallen: Er war in seinen Formulierungen eckiger, kantiger, im Wortsinne „anstößiger“. Die Endfassung ist weitaus eleganter formuliert oder, wenn sie so wollen, rund geschliffen. Manches springt nicht direkt ins Auge, wo man im Entwurf geradezu darüber gestolpert ist. Vergleichen sie einmal die Passagen „Ziele und Interessen“ in der deutschen Sicherheitspolitik im Entwurf mit den Aussagen über „Werte, Interessen und Ziele“ in der endgültigen Fassung. Verteidigungsminister Jung wollte ja, dass mit dem Weißbuch eine breite gesellschaftliche Debatte über die zentralen Fragen der Sicherheitspolitik befördert wird. Diese diplomatischeren Formulierungen der endgültigen Fassung fordern nicht so sehr einen Widerspruch heraus, aber vielleicht helfen sie, die Debatte sachlicher zu führen.

Lassen sie uns einen Augenblick bei dem Punkt „Interessen“ bleiben. Das deutsche Interesse wird im Weißbuch breit und vage formuliert. Bezogen wird es auf den Auftrag des Grundgesetzes zur Wahrung des Friedens, zur Einigung Europas, zur Beachtung und Stärkung des Völkerrechts, zur friedlichen Streitbeilegung und zur Einordnung in ein System gegenseitiger kollektiver Sicherheit. „Die Sicherheitspolitik Deutschlands“, heißt es im Weißbuch, „wird von den Werten des Grundgesetzes und dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren“.

Folgende Interessen werden dann genannt:

- Recht und Freiheit, Demokratie, Sicherheit und Wohlfahrt für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu bewahren und sie vor Gefährdungen zu schützen,
- die Souveränität und Unversehrtheit des deutschen Staatsgebietes zu sichern,
- regionalen Krisen und Konflikten, die Deutschlands Sicherheit beeinträchtigen können, wenn möglich vorzubeugen und zur Krisenbewältigung beizutragen,
- globalen Herausforderungen, vor allem der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, zu begegnen,

- zur Achtung der Menschenrechte und Stärkung der internationalen Ordnung auf der Grundlage des Völkerrechts beizutragen,
- den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes zu fördern und dabei die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen überwinden zu helfen.

Die Bestimmung dessen, was das deutsche Interesse ist, liegt in der Argumentationslinie, die uns schon aus den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ vertraut ist. Lediglich der sechste Punkt: „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstandes zu fördern“ ist in der Akzentsetzung ein wenig deutlicher.

Den Einwand, diese Definition der „Interessen“ sei vage, ist richtig, hilft aber nicht. Es ist nicht möglich in einem Weißbuch klare Kriterien zu nennen, aus denen sich ableiten lässt, wann Soldaten in Auslandseinsätze geschickt werden und wann nicht. Jede Entscheidung ist und bleibt eine politische Entscheidung, in der viele Aspekte abgewogen werden müssen. Würde man das in einem Weißbuch anders formulieren, käme früher oder später der eine oder andere auf die Idee einen Auslandseinsatz auf dem Klagewege zu erzwingen.

Die Streitkräfte sind also Instrument deutscher Sicherheitspolitik und sie werden im deutschen Interesse eingesetzt. Diesen Gedanken finden sie bereits in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ von Peter Struck. Er ist also nicht wirklich neu. Doch ich kann mich noch erinnern, dass ich in meinen Berichten über die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ das auch gesagt habe und umgehend empörte Anrufe bekam. Was ich denn für ein Mensch sei, wurde ich gefragt, zu behaupten, die Bundesrepublik würde Soldaten ins Ausland schicken, um nationale Interessen zu verfolgen? An den Einsatz im Ausland und außerhalb des NATO-Vertragsgebietes hatte man sich bereits gewöhnt, aber bitte ausschließlich zur Verfolgung ethisch hoch stehender Ziele und nicht um deutsche Interesse zu verfolgen. Wir sind uns hier einig, dass es nicht darum geht, einem neuen Kolonialismus oder Imperialismus das Wort zu reden, aber die zentrale Frage, über die wir uns verständigen müssen, ist doch die: Warum geben wir Jahr für Jahr Milliarden für Streitkräfte aus? Was sollen Soldaten in unserem Auftrag und in unserem Namen tun, was sollen sie lassen? Die Allergie gegen den Begriff „Interessen“ im Zusammenhang mit Auslandseinsätzen, kommt nicht zuletzt von der Art und Weise, wie die ersten Auslandseinsätze begründet wurden.

Allgemeine Wehrpflicht

Das Weißbuch bekennt sich eindeutig zur Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht. Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass dies gemeinsame Überzeugung von Union und SPD ist, während Grüne und FDP sie möglichst bald aussetzen wollen. Für die Grünen ist die Reform der Bundeswehr erst vollendet, wenn sie in eine Berufsarmee umgewandelt worden ist.

Im Weißbuch heißt es: „Die allgemeine Wehrpflicht hat sich für Deutschland auch unter wechselnden sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen uneingeschränkt bewährt.“ Die intelligente Kombination aus Berufs- und Zeitsoldaten, Grundwehrdienst Leistenden und freiwilligen zusätzlichen Wehrdienst Leistenden sowie den Reservisten und Reservistinnen garantieren hohe Professionalität und gesellschaftliche Integration.

Bemerkenswert ist auch die ausführliche Begründung der allgemeinen Wehrpflicht. Also nicht nur der Hinweis, dass durch sie die Bundeswehr in einen ständigen Austausch mit der Gesellschaft und der jungen Generation bleibt. Sondern

ausdrücklich wird auf die Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht für die Mannschaften verwiesen. Dies wird in den Diskussionen gerne übersehen. Die wehrpflichtigen Mannschaften nehmen vielfältige Aufgaben wahr. Sie bringen dabei ein breites Spektrum von beruflichen und schulischen Qualifikationen ein. Damit wird der Ausbildungsaufwand verringert und die personelle Qualität der Streitkräfte verbessert.

Ihre besondere Bedeutung hat die Wehrpflicht für den Schutz Deutschlands. Dadurch kann die Bundeswehr wenn – im Wortsinne – Not am Mann ist, schnell an jeden beliebigen Ort unseres Landes eine Vielzahl von Helfern stellen. Zudem sichert die allgemeine Wehrpflicht auch die Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr. Wenn ich gelegentlich aktive Offiziere – hinter vorgehaltener Hand – darüber reden höre, welche Vorteile doch eigentlich eine Berufsarmee böte, vermisse ich die absehbaren Nachteile. Woher bei rapide sinkenden Jahrgangsstärken qualifizierte Mannschaften und qualifizierter Nachwuchs kommen soll, wird dabei nicht bedacht. Diejenigen, die die allgemeine Wehrpflicht ablehnen, machen sich im Traum nicht klar, wie schnell und gründlich sich die Bundeswehr ändern würde, wenn sie ausschließlich aus Freiwilligen bestünde. Die Gesellschaft würde sich auf dem Fuß umdrehen und von der Bundeswehr abwenden.

Die Debatten bei den Grünen nehmen die US-amerikanische Diskussion auf, die dort nach Ende des Vietnamkrieges geführt wurde und in der Interventionsarmee des Donald Rumsfeld endete. Diese Armee soll keine Stabilisierungskräfte stellen und wie schwer sie sich tut, wenn sie solche Aufgaben übernehmen muss, bedarf keiner weiteren Ausführung. Obwohl die Grünen in den Debatten über eine Streitkräftereform, die Argumentationsmuster der US-amerikanischen Debatte aufnehmen, wird das überhaupt nicht reflektiert.

Ich möchte ihnen an dieser Stelle eine Erfahrung weiter geben, die wir im Beirat für Fragen der inneren Führung gemacht haben. Als wir anfangs über unsere Empfehlung zur „allgemeinen Wehrpflicht“ berieten, waren wir zwar dafür, sie beizubehalten, aber wir fragten uns, ob diese Schlacht nicht längst geschlagen sei, ob es nicht viel sinnvoller sei, in den Mittelpunkt der Empfehlung zu stellen, was tun, wenn die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft sei. Wenn Sie unsere Empfehlung kennen, wissen sie, dass wir uns anders entschieden haben. Wir haben dann dem Verteidigungsminister vorgeschlagen, ihm unsere Empfehlung öffentlich zu überreichen und anschließend vor der Bundespressekonferenz zu erläutern. Als nächstes haben wir dann einen Wehrpflichtkongress in Berlin organisiert und dazu kleine Filme drehen lassen, in denen sich Prominente zur Wehrpflicht bekannten. Loyal hat das dann aufgegriffen und fortgesetzt. Man merkte dann in Berlin, dass die Stimmung anfang, sich zu drehen. Diejenigen, die für Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht waren, meldeten sich wieder zu Wort. Ich glaube, das ist eine gute Erfahrung, manchmal sind öffentliche Debatten noch gar nicht zu Ende. Und ich kann sie nur ermuntern, beharrlich, ruhig und sachlich zu argumentieren. Man kann nicht alle überzeugen, aber manchmal hat man mehr Mitstreiter als man denkt.

Einsatz im Inneren

Bei der Frage, unter welchen Bedingungen darf die Bundeswehr im Inland eingesetzt werden, lassen sich die größten Differenzen zwischen den Koalitionspartnern

ausmachen. Sicherlich wären Verteidigungsminister Jung, Innenminister Schäuble und die Unionsparteien gerne ein Stück weiter gegangen. Aber andererseits habe ich den Eindruck, dass die Partner einem Kompromiss näher sind, als es die Kommentare über das Weißbuch vermuten lassen. Vor allen Dingen muss man sich eines deutlich vor Augen halten, in keiner anderen politischen Konstellation gibt es eine politische Mehrheit für die Position, die beispielsweise Innenminister Schäuble vertritt.

Im Weißbuch heißt es, dass die Verflechtungen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmen. Wenn man im Koalitionsvertrag nachschaut findet man folgende Passage:

„Neben der Teilnahme an der internationalen Konfliktbewältigung bleibt die Landesverteidigung unter veränderten Bedingungen und Aufgabenstellungen der verfassungsgemäße Kernauftrag der Bundeswehr. Gerade im Hinblick auf asymmetrische Formen der Bedrohung, die insbesondere aus terroristischen Aktivitäten bestehen, ist die äußere von der inneren Sicherheit nicht mehr trennscharf zu unterscheiden. Soweit für besondere Gefährdungen der Sicherheit unseres Landes gesetzlicher oder verfassungsmäßiger Regelungsbedarf besteht, wird die Bundesregierung Initiativen vorlegen. Effiziente Landesverteidigung erfordert verlässliche regionale Strukturen sowie zivil-militärische Zusammenarbeit bei Nutzung vorhandener Kapazitäten. Das Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit wird weiter ausgebaut.“

Im Weißbuch wird die jetzige Verfassungsrechtslage beschrieben. Danach ist die Abwehr terroristischer und asymmetrischer Bedrohungen innerhalb Deutschlands vorrangig eine Aufgabe der Behörden von Bund und Ländern, die für die innere Sicherheit zuständig sind. Es folgt der Hinweis auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Februar 2006. Danach sind die Streitkräfte auf die Waffen beschränkt, die das jeweils einschlägige Recht für Polizeikräfte vorsieht.

Es folgt schließlich die Ankündigung, einer Grundgesetzergänzung. „Die Bundesregierung sieht die Notwendigkeit einer Erweiterung des verfassungsrechtlichen Rahmens für den Einsatz der Streitkräfte. Infolge der neuartigen Qualität des internationalen Terrorismus sowie des gewachsenen und territorial weitgehend unbeschränkten Gewaltpotentials nichtstaatlicher Akteure sind heute auch in Deutschland Angriffe vorstellbar, die aufgrund ihrer Art, Zielsetzung sowie ihrer Auswirkungen den bestehenden tatsächlichen und rechtlichen Rahmen der klassischen Gefahrenabwehr überschreiten.“

Einigkeit herrscht zwischen den Partnern, dass im Falle einer terroristischen Bedrohung aus der Luft oder über See, die Polizei mit ihren Möglichkeiten überfordert ist, und die Bundeswehr mit ihren Waffen eingreifen können muss. Die Formulierung im Weißbuch ist aber offener. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Sozialdemokraten soweit gehen werden, die Bundeswehr zu einer allgemeinen Personalreserve der Polizei zu machen. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sich auch mittlerweile entsprechend geäußert.

Aber die Formulierung im Weißbuch ist auch ein Hinweis, dass die Partner diese Frage umfassender behandeln als das bislang erwartet wird. Warten wir ab, was das Ergebnis sein wird.

**Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. - Landesgruppe Baden-Württemberg
Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. - Landesbereich Baden-Württemberg**

13. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress am 24./25. 11. 2006 in Karlsruhe

Weißbuch 2006: Wie steht es um unsere Sicherheit?

Resolution

Reservistenverband und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik Baden-Württemberg begrüßen, dass das in den Koalitionsverhandlungen beschlossene Weißbuch als Dokument nun vorliegt, in welchem die grundsätzlichen Positionen zur deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik festgelegt werden, unter anderem auch die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht.

Dennoch ergeben sich Anregungen und Forderungen:

1. Wir erwarten von der Politik, dass sie sich vermehrt mit den Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik unseres Landes befasst und damit eine breite gesellschaftliche Debatte entfacht wird, wie dies Bundespräsident Horst Köhler gefordert hat. Das Weißbuch ist hierfür eine gute Grundlage. Ein "freundliches Desinteresse" (Bundespräsident Köhler) der Gesellschaft an der Bundeswehr führt zur Ausgrenzung.
2. Im Weißbuch wird die Aussage vermisst, ob Deutschland bereit ist, sich aktiv, notfalls unter Einsatz der Waffen, weltweit für Freiheit, Demokratie, Recht und Frieden zu engagieren. Will Deutschland als gleichwertiger Partner innerhalb der NATO und der EU weiterhin wahrgenommen werden, so sollte es sich angemessen an gemeinsamen Operationen beteiligen. Wie die Krise im Kosovo im März 2004 deutlich zeigt, sollen multinationale Operationen nicht durch nationale Auflagen oder Alleingänge so behindert werden, dass die effiziente Erfüllung des Auftrags in Frage gestellt wird.
3. Der Verteidigungsetat ist zur Finanzierung des Transformationsprozesses, der angestrebten Kompatibilität und Interoperabilität sowie der laufenden und künftigen Einsätze deutlich zu erhöhen. Mit einem Anteil von 1,5% am Bruttosozialprodukt liegt er deutlich unter dem Durchschnitt der 25 EU Staaten mit 1,9% und dem der USA mit 3,7%.
4. Der Einsatz der Bundeswehr im Innern wird bei besonderen Gefährdungslagen wie Abwehr terroristischer Gefahren und Verteidigung bei asymmetrischer Bedrohung als notwendig angesehen. Wo die Polizei die entsprechenden Fähigkeiten nicht besitzt, wie beim Küstenschutz und bei der Luftraumsicherung, ist der Einsatz der Bundeswehr erforderlich. Das Grundgesetz ist entsprechend zu ergänzen. Für die Soldaten muss Rechtssicherheit bestehen. Rechtssicherheit ist auch für robuste Mandate in Auslandseinsätzen herzustellen.
5. Der europäische Pfeiler der NATO ist weiter auszubauen. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der EU kann dazu einen besonderen Beitrag leisten. Der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) kommt zur Harmonisierung europäischer Rüstungsgüterherstellung und damit verbundener Kosteneinsparungen eine besondere Bedeutung zu und ist durch weiteren Ausbau und Übertragung von Zuständigkeiten zu stärken.
6. Es darf für die NATO-Mitgliedsstaaten keine Bereiche mit unterschiedlichen Schutzgarantien geben. Eine effektive Zusammenarbeit unter den Staaten, besonders im Bereich der Weltraumforschung, der nuklearen Absicherung und der Raketenabwehr, ist dazu erforderlich.
7. Die Landesverteidigung darf nicht vernachlässigt werden. Bei einer lang anhaltenden Gefährdungslage ist die Polizei nicht in der Lage, den Objektschutz zu gewährleisten. Die Übernahme derartiger Aufgaben ist planerisch vorzusehen und die zivil-militärische Zusammenarbeit zu üben.
8. Im Gegensatz zu einer großen Anzahl von Jugendlichen leisten Wehrpflichtige (rd. 6 % junge Männer eines Jahrganges (männlich und weiblich)) einen besonderen Dienst an der Gemeinschaft, durch den sie keinen Nachteil erfahren dürfen. Für die Dienstleistenden wird ein Ausgleich gefordert, z.B. vorrangige Zulassung zum Studium oder Ausbildungsplatz oder ein entsprechender finanzieller Ausgleich.
9. Es muss eine ausreichende Anzahl von Dienstposten und Wehrübungsplätzen in der aktiven Truppe vorgesehen werden, damit motivierte Reservisten vor allem in den Funktionen Kommandeur, Kompaniechef, Kompaniefeldwebel und Zugführer sowie auch in Stäben als Ersatz für im Einsatz befindliche aktive Soldaten üben können.
10. Die Anregung von Verteidigungsminister Jung, an einem herausragenden Platz in Berlin ein Ehrenmal für Soldaten, die im Auslandseinsatz ihr Leben gelassen haben, zu errichten, wird mit dem Wunsch unterstützt, auch der Soldaten zu gedenken, die seit Gründung der Bundeswehr im Dienst tödlich verunglückten.



NEUESTE NACHRICHTEN

“Kriege wahrscheinlicher als Frieden”

Drastische Warnung von General a.D. Naumann / Bundeswehr löst Kommandos auf

Von unserem Mitarbeiter
Johannes Leclerque

Karlsruhe. "Neue Kriege sind wahrscheinlicher als dauerhafter Frieden". Das erklärte General a. D. Klaus Naumann, der frühere Bundeswehr-Generalinspekteur und Vorsitzende des Nato-Militärausschusses, in Karlsruhe. Kriege außerhalb Europas seien wieder "führbar" geworden - "und Besserung ist nicht in Sicht". Terroristen und andere Kriminelle könnten (mit Drogengeldern) nahezu alle Mittel der modernen Kriegsführung erwerben. Deshalb brauche Europa einen globalen Partner, die USA, betonte Naumann unter Hinweis auf zahlreiche Krisenherde unter

anderem in Afghanistan, Israel, Irak, Iran und Nordkorea. Auch die frühere Wehrbeauftragte Claire Marienfeld-Czesla und Johannes Schmalzl, der Präsident des Stuttgarter Landesamtes für Verfassungsschutz, sehen im Terrorismus eine "dauerhafte Herausforderung", so Marienfeld. Auf dem 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress des Reservistenverbandes und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik in Karlsruhe kündigte Generalleutnant Johann-Georg Dora, der stellvertretende Generalinspekteur, für 2007 einen weitgehenden Rückzug der Bundeswehr aus der "Fläche" an. So werden die Verteidigungsbezirkskommandos (VBK) aufgelöst und nur teilweise durch

neue Landeskommandos oder durch nur mit Reservisten besetzte Verbindungskommandos ersetzt. Davon betroffen ist auch das VBK 52 in Karlsruhe. Brigadegeneral Erich Staudacher, stellvertretender Befehlshaber im Wehrbereich IV (Süddeutschland), bat die Badener deshalb, in der Schaffung eines Landeskommandos in Stuttgart keine "feindliche Übernahme" zu sehen. In einer Resolution forderte der Kongress ein deutliches Bekenntnis zur Bereitschaft Deutschlands, sich "weltweit für Freiheit, Demokratie, Recht und Frieden zu engagieren". Das Grundgesetz sei so zu ergänzen, dass für die Soldaten Rechtssicherheit auch bei einem Einsatz im Landesinneren bestehe.



<http://www.streitkraefteunterstuetzungskommando.bundeswehr.de>



Auch in Zukunft effektive ZMZ in Baden-Württemberg Reservisten immer wichtiger Brigadegeneral Erich Staudacher beim 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe



Brigadegeneral Erich Staudacher (li.) im Gespräch mit dem Stellvertreter des Generalinspektors, Generalleutnant Johann-Georg Dora (Quelle Johann Michael Bruhn)

„Ich bin überzeugt, es sind insgesamt gute Voraussetzungen gegeben, um auch künftig in Baden-Württemberg effektiv zivil-militärisch zusammenzuarbeiten.“ Brigadegeneral Erich Staudacher, der Stellvertreter des Befehlshabers im Wehrbereich IV, schaut trotz aller Fragezeichen und Vorbehalte bei den zivilen Gesprächspartnern optimistisch in die gemeinsame zivil-militärische Zukunft. Das Wehrbereichskommando (WBK) IV – Süddeutschland - habe nicht für alles eine Patentantwort und die Vergangenheit lasse sich ohnehin nicht wiederholen. Sein Appell aber laute: „Geben Sie der neuen Organisation und damit den Frauen und Männern, die sich als Beauftragte für die zivil-militärische Zusammenarbeit bereit erklärt haben, eine Chance, schenken Sie ihnen das für den Erfolg notwendige Vertrauen.“



Im Gespräch: (v.l.n.re.) Paul Elmar Jöris, Korrespondent WDR, Brigadegeneral Erich Staudacher, Stellvertretender Befehlshaber im WB IV, Generalleutnant Johann-Georg Dora, Stellvertreter des Generalinspektors.
(Quelle Johann Michael Bruhn)

Stellung beziehen in der sicherheitspolitischen Diskussion

Staudacher äußerte sich am vergangenen Wochenende im Rahmen des 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongresses in Karlsruhe. Eingeladen zu dieser sicherheitspolitischen „Hochwertveranstaltung“ hatten die baden-württembergischen Sektionen des Verbandes der Reservisten der Bundeswehr e.V. (VdRBw) und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW). „GfW und VdRBw,“ so Staudacher, der auch Beauftragter für Reservistenangelegenheiten im Wehrbereich IV ist, „sind wichtige Pfeiler und ein gutes Forum für die Diskussion aktueller Fragen der deutschen Sicherheit“.

Es gelte nun, so der General an die Reservisten gewandt, das während des Kongresses gewonnene Wissen ins ‚Ländle‘ hinaus zu tragen und so mitzuhelfen, „das oft beklagte Fehlen einer

sicherheitspolitische Diskussion in der Fläche, am Arbeitsplatz, in der Reservistenkameradschaft zu beseitigen. Gelegenheiten gibt es sicher genug. Den Mut, Stellung zu beziehen, auch.“

ZMZ: Planungen laufen auf Hochtouren

Breiten Raum in Staudachers Grußwort nahm die Information über den aktuellen Sachstand der Umstrukturierung der zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) ein. Keineswegs ein spezielles Thema Baden-Württembergs oder Süddeutschlands, sondern ein solches für die gesamte Bundesrepublik Deutschland. Das Wehrbereichskommando IV - Süddeutschland - trägt für die ZMZ in Bayern und Baden-Württemberg die Verantwortung.

Die Planungen für die Zukunft laufen auf Hochtouren. Staudacher: „Bis zur Jahresmitte 2007 wird die bisherige territoriale Wehrorganisation in Baden-Württemberg mit ihren zwei Verteidigungsbezirkskommandos (Stuttgart und Karlsruhe) sowie den aktiven Verbindungskommandos aufgelöst sein. An ihre Stelle tritt mit Wirkung zum 1. Januar 2007 das dem WBK IV direkt unterstellte Landeskommmando Baden-Württemberg.“ Auch wenn sich, so der gebürtige Stuttgarter Staudacher weiter, „dessen Sitz in der Landeshauptstadt befände, „so stellt dies meines Erachtens doch keine ‚feindliche Übernahme‘ des verdienten badischen VBK durch die Schwaben dar, sondern eine Verschmelzung, sozusagen ein ‚joint adventure‘.“

ZMZ: Personell gut aufgestellt

Staudacher ging auch auf die Organisation in der Fläche ein: „Wesentliche Bausteine sind 48 nicht-aktive, d.h. aus Reservisten bestehende Verbindungskommandos zu den Landkreisen, kreisfreien Städten und den Regierungsbezirken. Hinzu kommen noch mit Blick auf die subsidiäre Hilfeleistung der Bundeswehr im Innern so genannte ZMZ-Stützpunkte für pioniertechnische Unterstützung sowie ZMZ-Spezialstützpunkte für ABC-Abwehr und Sanitätsdienst.“

Die nicht-aktiven Verbindungskommandos seien zu rund 80 Prozent personell aufgestellt, die besonders wichtigen Funktionen der Leiter und stellvertretenden Leiter dieser Dienststellen zu etwa 75 Prozent. „Insgesamt,“ gibt sich Staudacher überzeugt, „sind wir damit personell gut aufgestellt.“ Man sei zuversichtlich, das Ergebnis bis zum Jahresende weiter verbessern zu können.

Erich Staudacher abschließend: „Ich bin überzeugt, es sind insgesamt gute Voraussetzungen gegeben, um auch künftig in Baden-Württemberg effektiv zivil-militärisch zusammenzuarbeiten. Mit dem neuen territorialen Netzwerk gestalten wir eine tragfähige Zusammenarbeit auf Länderebene sowie zu Regierungsbezirken, kreisfreien Städten und Landkreisen. Wir tragen angemessen zur zivilen Notfallplanung im Sinne einer gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge bei und gewährleisten mit den nicht im Auslandseinsatz gebundenen Kräften einen wirkungsvollen Beitrag zur Unterstützung der zivilen Katastrophenabwehr.“



Rege Teilnahme beim Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress (Quelle Johann Michael Bruhn)



Regierungspräsidium Karlsruhe

Pressemitteilung

24.11.2006

13. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress

Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner: „Der Verband der Reservisten und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitstechnik halten die Sicherheitspolitik im Bewusstsein der Menschen präsent“

„Baden-Württemberg ist stolz auf die Bundeswehr. Alle hier im Land wissen, dass sie stets bereit ist, in größter Not zu helfen.“ Das sagte Regierungspräsident Dr. Rudolf Kühner am Freitag, 24. November 2006, in Karlsruhe beim 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress. Die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik habe zusammen mit dem Verband der Reservisten ein anspruchsvolles und vielseitiges Programm für die Tagung zusammengestellt. Dafür danke er den Organisatoren und Helfern. Mit ihrer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit bliebe die Sicherheitspolitik im Bewusstsein der Menschen präsent. Als Vertreter der Landesregierung überbrachte der Regierungspräsident die besten Grüße und Wünsche von Ministerpräsident Günther H. Oettinger und Innenminister Heribert Rech.

Bestimmendes Thema des Kongresses war das „Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr 2006“, das vor einem Monat durch den Bundesminister für Verteidigung vorgestellt wurde. Mit diesem neuen sicherheitspolitischen Programm der Bundesrepublik wird auf die veränderte Sicherheitslage reagiert. „Die Bundeswehr hat sich zu einer Interventionsarmee entwickelt, um zu mehr Freiheit und Frieden in dieser Welt beizutragen. Der international vernetzte Terrorismus unterscheidet nicht zwischen innerer und äußerer Sicherheit, er muss dort abgewehrt werden, wo er entsteht“, so Dr. Kühner. Zur Abwehr dieser Bedrohung und in Friedensmissionen leisteten rund 9.000 Soldatinnen und Soldaten, darunter 2.500 Reservisten, ihren Dienst im Ausland.

„Solche speziellen Fähigkeiten soll die Bundeswehr künftig auch im Inland einsetzen, um uns alle vor Terror zu schützen - immer dann, wenn Anschläge nicht mit Mitteln der Polizei abgewehrt werden können“, sagte der Regierungspräsident. Die Bundeswehr würde damit nicht zu einer Ersatzpolizei. Allerdings habe nur sie die notwendigen Mittel und das Know-how, um terroristischen Bedrohungen aus der Luft oder auf See wirksam zu begegnen. Das Weißbuch dokumentiere die Notwendigkeit, die Verfassung zu erweitern, um den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu ermöglichen. Dies sei ein wichtiger Schritt zu mehr Sicherheit in Deutschland.

Die Bevölkerung fühle sich dank der engagierten und professionellen Arbeit von Polizei und Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg sicher. Dies bestätige auch eine Emnid- Umfrage, wonach 87 Prozent der Bevölkerung der Bundeswehr „positiv“ oder „eher positiv“ gegenüberstehen würden. „Zu diesem guten Sicherheitsgefühl tragen die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr und die Reservisten wesentlich bei“, betonte Dr. Kühner. Die Bundeswehr helfe bei Katastrophen und stehe wie bei der Fußballweltmeisterschaft bereit, ihre besonderen Fähigkeiten einzusetzen. Die Reservisten leisteten hilfreiche Arbeit im zivil-militärischen Bereich. „Der Verband der Reservisten und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik trägt in großem Maß zum hohen Ansehen der Bundeswehr bei“, sagte der Regierungspräsident.

<http://www.rp-karlsruhe.de/servlet/PB/menu/1195231/index.html>

Kriege wahrscheinlicher als Frieden

Drastische Warnung von General a.D. Dr. Klaus Naumann

„Die Wahrscheinlichkeit neuer Konflikte ist deutlich größer als die Aussicht auf dauerhaften Frieden“. Das erklärte General a.D. Dr. Klaus Naumann, der frühere Bundeswehr-Generalinspekteur und Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, beim 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe. Kriege außerhalb Europas seien wieder „führbar“ geworden - und „Besserung ist nicht in Sicht“. Terroristen und andere Kriminelle könnten (mit Drogengeldern) nahezu alle Mittel der modernen Kriegsführung erwerben.

Deshalb brauche Europa einen globalen Partner, die USA, betonte Naumann unter Hinweis auf zahlreiche Krisenherde, unter anderem in Afghanistan, Israel, Irak, Iran und Nordkorea. Naumann hielt sich mit einer Stellungnahme zur Entwicklung der Bundeswehr zurück, fand aber klare Worte zum Einsatzspektrum: „Ich halte die deutsche Angst vor Kampfeinsätzen für erbärmlich und für schädlich, weil ängstliches Zaudern Deutschlands Einfluss in Europa und in der Welt mindert.“

Auch die frühere Wehrbeauftragte Claire Marienfeld-Czesla und Johannes Schmalzl, der Präsident des baden-württembergischen Landesamtes für Verfassungsschutz, sehen im Terrorismus



Bedrohung durch den Islamismus: Präsident Johannes Schmalzl vom Landesamt für Verfassungsschutz zeigte die Gefährdung im eigenen Lande auf.

eine „dauerhafte Herausforderung“, so Marienfeld. Schmalzl zeigte auf, was aus einem Muslim einen Islamisten oder gar einen Djiihadisten macht, und dass derartige Abgrenzungen durchaus problematisch sind: Es gibt wohl mehr gemäßigte



Redner in der ersten Reihe (v.l.): Paul Elmar Jöris, Brigadegeneral Erich Staudacher, Generalleutnant Johann-Georg Dora, General a.D. Dr. Klaus Naumann.

Islamisten als gewaltbereite und Djihad ist nicht allein der Kampf mit Andersgläubigen, sondern auch das Bemühen um den eigenen rechten Glauben. Diesen Kampf mit sich selbst sah der Prophet Mohammed als die größere Anstrengung an. Auch wenn Schmalzl nur weniger als ein Prozent der Muslime im Lande als eigentliche Zielgruppe seines Amtes ausmachte, mag dies nicht beruhigen, denn Material und Wissen für den Bombenbau sind im Prinzip frei zugänglich.

Generalleutnant Johann-Georg Dora, Stellvertreter des Generalinspektors und Beauftragter für Reservistenangelegenheiten, kündigte für 2007 einen weitgehenden Rückzug der Bundeswehr aus der „Fläche“ an. So würden die Verteidigungsbezirkskommandos (VBK) aufgelöst und nur teilweise durch neue Landeskommandos oder durch mit Reservisten besetzte Verbindungskommandos ersetzt. Davon betroffen sei auch das VBK 52 in Karlsruhe. Brigadegeneral Erich Staudacher, stellvertretender Befehlshaber im Wehrbereich IV (Süddeutschland), bat in seinem Grußwort die Badener deshalb, in der Schaffung eines Landeskommandos in Stuttgart keine „feindliche Übernahme“ zu sehen.

In einer Resolution forderte der Kongress ein deutliches Bekenntnis zur Bereitschaft Deutschlands, sich „weltweit für Freiheit,

Demokratie, Recht und Frieden zu engagieren“. Das Grundgesetz sei so zu ergänzen, dass für die Soldaten Rechtsicherheit auch bei einem Einsatz im Landesinneren bestehe.

Johannes Leclerque/
Johann Michael Bruhn



Sieben Generale führten die Grußliste des Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Michael Sihler bei seiner Begrüßungsrede zum 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress an.

Teilnehmer am 13. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress

Name	Vorname	Dienstgrad	Amt/Aufgabenbereich
App	Rolf	Hptm d.R.	Vors RK Bruchsal
Arnold	Franz	Oberst	Kommandeur VB 51
Assheuer	Hans Bernhard	Oberst d.R.	AKRO Südwürttemberg-Hohenzollern
Balkheimer	Klaus	Oberstlt d.R.	
Baron	Rolf	Hptm d.R.	Stv.BezVors Südbaden
Barth	Jürgen	Oberstlt d.R.	Vors RK Donau-Süd
Baumgartner	Rudolf	OStFw d.R.	
Beck	Helmut	OFw d.R.	
Benedikt	Rolf	Oberst d.R.	GfW Sektionsleiter Franken
Benninghoff	Burkhard	Lt d.R.	Vors RK Turmberg
Bittner	Dr. Alfred	OLt d.R.	
Blümlein	Hans-Jürgen	StFw d.R.	1. Stv Landesvorsitzender
Bodamer	Ralf Alexander	Oberstlt d.R.	Stv Landesvorsitzender
Bög	Karl Heinz	StFw a.D. d.R.	BezVors Baden im Deutschen Bundeswehrverband
Bowitz	Dr. Hans-Hermann	Oberstlt d.R.	Vorsteher Finanzamt Ludwigshafen
Brandt	Reinhold	StUffz d.R.	Staatsanwalt Konstanz
Brenner	Georg	StUffz d.R.	Kassenwart KrsGrp Ostwürttemberg
Brenner	Klaus	StFw d.R.	StvVors KrsGrp Mittlerer Oberrhein
Bröckel	Roland	OFw d.R.	Vors RK Steinheim
Bruhn	Johann Michael	HptFw d.R.	Landesschriftführer
Buckermann	Hans Georg	Oberst d.R.	
Buckermann	Renate		
Bühler	Manfred	HptGefr d.R.	Vors RK Mengen
Burkhardt	Michael	Oberstlt d.R.	1. StvVors BezGrp Nord-Württemberg
Clerc	Francois	Général a.D.	Frankreich
Cochrane	Dr. Stephen T.	Colonel	US-Verbindungsamt Baden-Württemberg
Cunitz	Bernd	OFw d.R.	BeaSiPol KrsGrp Ostwürttemberg
Dauven	Ottmar	Hptm d.R.	Landesrevisor
De Gori	Gisela		Sekretärin Landesgeschäftsstelle Sigmaringen
Degler	Philipp	OFw d.R.	Vors RK Rastatt
Dengler	Manfred	OFw d.R.	
Diercks	Juergen	StFw d.R.	Revisor KrsGrp Mittlerer Neckar-Süd
Dora	Johann-Georg	GenLt	Stv. Generalinspekteur und Beauftragter Reservistenarbeit
Michel	Markus	Oberstlt i.G.	Adjutant von GenLt Dora
Ehrlich	Burkhard	Oberstlt d.R.	Vizepräsident VdRBw e.V.
Ems	Joachim	HptFw d.R.	StvVors BezGrp Südwürttemberg-Hohenzollern
Engelhardt	Walter	Oberst	Kommandeur VB 52
Fehrlen	Ulrich	Oberst d.R.	
Feld	Horst	Oberstlt d.R.	Vors LGr Saarland im VdRBw e.V.
Fitz	Prof. Erwin Ritter von	Oberstlt	Militärkommando Vorarlberg
Flach	Karl-Heinz	Oberstlt a.D.	Vors KrsGrp Neckar-Odenwald
Franz	Hermann	HptFw d.R.	StvVors KrsGrp Mittlerer-Neckar-Nord
Freiberg	Klaus	Oberstlt d.R.	
Fürst	Hugo TH	OFVet d.R.	
Gabriel	Martin	OGefr UA d.R.	Stv. Revisor RK Bietigheim-Bissingen
Gesell	Karl G.	Hptm d.R.	
Glück	Wolfgang	OBtsm d.R.	
Gnan	Franz	Oberstlt a.D. d.R.	
Greiselis	Dr. Waldis	Oberstlt a.D.	BeaSiPol RK Ubstadt
Griesinger	Jochen	Oberstlt d.R.	GfW Sektionsleiter Stuttgart
Griesinger-Paschen	Irmela		
Grießer	Matthias	RegDirektor	Leiter Kreiswehrrersatzamt Ravensburg
Grob	Rainer	HptFw d.R.	StvVors RK Bietigh.-Bissingen
Haas	Kurt	HptFw d.R.	BeaSiPol KrsGrp Bodensee-Oberschwaben-Süd

Harr	Siegfried	FKpt d.R.	AK Marine Nordschwarzwald/Rottweil
Harter	Norbert	HptFw d.R.	Revisor KrsGrp Hochrhein
Haug	Josef	Uffz d.R.	Vors RK Oberes Linzgau
Hellriegel	Rolf	Oberstlt a.D. d.R.	VorsLGrp Schleswig-Holstein
Hennemann	Moritz	Fhj d.R.	
Herrling	Berthold	HptGefr d.R.	Vors RK Tettngang
Hildenbrand	Jörg	Hptm d.R.	LBea Unterstützungsleistung Bw
Hinterthür	Klaus	StFw a.D. d.R.	
Hipp	Reinhard	StUffz d.R.	Vors KrsGrp Bodensee-Oberschwaben-Süd
Hoffmann	Manfred	OFw d.R.	Vizepräsident VdRBw e.V.
Hofmeyer	Manfred	Oberst	StvDivKdr und KdrDivTr 10. PzDiv
Horsch	Rudolf	Oberstlt d.R.	GfW Selektionsleiter Karlsruhe
Hotz	Karl-Friedrich	Oberstlt d.R.	SchrFhr RAG-Schießsport Mittlerer-Neckar-Süd
Idler	Dr. Roland	Oberst d.R.	GfW Landesvorsitzender Baden-Württemberg
Jelonneck	Johannes	HptFw d.R.	
Jodat	Peter	HptFw d.R.	SchrFhr BezGrp Nordwürttemberg
Jöris	Paul Elmar	(Referent)	Mitglied Beirat Innere Führung BMVG
Kasper	Peter	Uffz d.R.	Vors RK Reinstetten
Keller	Anton	Fw d.R.	Vors KrsGrp Franken
Kempf	Bernhard M. A.	Maj d.R.	Vors KrsGrp Mittl.-Neckar-Süd
Kiewert	Benno	Oberstlt d.R.	
Killet	Otto	OStFw d.R.	RK Markgröningen
Klein	Thierry	Lieutenant Colonel	Frankreich
Klemme	Rudolf W.	Oberstlt d.R.	
Klöpfer	Lothar	HptGefr d.R.	Vors RK Aalen
Kobes	Rolf Dieter	StFw d.R.	Stv. Revisor KrsGrp Südlicher Oberrhein
Kohout	Gerhard	Oberst d.R.	Bea SiPol KrsGrp Franken
Kohout	Ursula		
Kopp	Wolfgang	BrigGen a.D.	
Krapohl	Dieter	Oberstlt d.R.	Organisationsleiter a.D.
Krayer	Wolfgang	Oberstlt a.D.	DBwV BezVors, GfW Sektionsleiter Taubertal
Krekeler-Jöris	Antje	Maj	
Kurth	Werner	OFw d.R.	
Lang	Werner	OFw d.R.	
Lange	Ewald	HptFw d.R.	KrsOrgLeiter
Lauster	Siegfried	OStFw d.R.	Vors RK Ludwigsburg
Laux	Reinhard	Oberstlt d.R.	
Leclerque	Dr. Johannes	Oberstlt d.R.	BeaSiPol LGrp Baden-Württemberg
Letschert	Hermann	Oberst d.R.	
Link	Egon	Gefr d.R.	Schweiz
Lücking	Arne	Oberstlt d.R.	Revisor KrsGrp Neckar-Alb
Lust	Werner	HptFw d.R.	Bea FMF KrsGrp Hochrhein
Luz	Eberhard	StGefr d.R.	StvVors KrsGrp Neckar-Alb
Mack	Gert	Oberstlt a.D.	GfW Sektionsleiter Ulm
Mannheim	Karl Eugen	OFw d.R.	Vors RK Tübingen II
Marcandella	Peter	Oberst	Schweiz
Marienfeld-Czesla	Claire		Präsidentin Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.
Masuch	Lutz Hennig	Hptm d.R.	
Masuch	Barbara		
Maucher	Karl	HptGefr d.R.	StvVors BezGrp Südwürttemberg-Hohenzollern
Meier	Hans-Joachim	HptFw d.R.	
Meissner	Wilfried	Oberstlt d.R.	Vors RK Steinachtal
Menger	Gerhard	HptFw d.R.	Vors RK Graben
Meschenmoser	Konrad	StFw d.R.	Vors RK Fronhofen
Mezger	Jürgen	StFw d.R.	Landesschatzmeister
Minia	Hans Georg	Oberstlt d.R.	

Molt	Matthias	Oberstlt d.R.	
Mommendey	Hans-Jürgen	OFw d.R.	Vors RK Esslingen
Mueller	Stephan	Oberstlt d.R.	BeaSiPol KrsGrp Mittlerer-Neckar-Süd
Mühleisen	Helmut	Oberstlt d.R.	
Münch	Peter	Oberstlt d.R.	Landesrevisor
Naumann	Dr. Klaus	Gen a.D.	
Neugebauer	Dr. Udo	Oberstlt d.R.	
Noß	Georg	StFw d.R.	Vors RK Markgröningen
Notheis	Bernd	Uffz d.R.	Revisor KrsGrp Südlicher Oberrhein
Oerter	Michael	Oberstlt d.R.	SchrFhr KrsGrp B-O-S
Pachale	Joachim	Oberstlt a.D.	BwBea Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge
Peltier	Jean-Francois	Colonel(R)	
Perneta-Wilczek	Rita		
Prade	Wolfgang	Oberstlt d.R.	Revisor BezGrp Nordwürttemberg
Püschel	Dieter	StFw d.R.	
Rapp	Horst	HptFw d.R.	Revisor KrsGrp Mittlerer-Neckar-Nord
Richter	Ekkehard	GenMaj a.D.	Vorsitzender Beirat Freiwillige Reservistenarbeit
Restel	Peter	Oberst a.d.D.d.R.	Vors Kameradschaft Mannheim DBwV
Riegg	Eugen	Oberstlt d.R.	StvVors KrsGrp Franken
Ritter	Dr. Helmut	Uffz d.R.	
Roduch	Lothar	Oberstlt d.R.	VorsBezGrp Nordwürttemberg
Rohr	Josef	OGefr d.R.	SchrFhr RK Bietigheim-Bissingen
Romer	Toni	OStFw d.R.	Vors RK Eschach
Ropertz	Harry - Rolf	Oberstlt d.R.	Kassenwart BezGrp Südwürttemberg-Hohenzollern
Ropp	Götz Baron von der	Präsident	Wehrbereichsverwaltung Süd
Ruge	Gerd	StFw d.R.	Revisor RK Bietigheim-Bissingen
Rühlicke	Axel	OLT	i V Kommandeur Luftwaffenausbildungsregiment 3
Ruppert	Oliver	HptFw d.R.	Revisor RK Leutkirch
Ruppert	Karl-Ludwig	OFw d.R.	SchrFhr RK Leutkirch
Samland	Achim	Uffz d.R.	Vors RK Überlingen
Schanz	Richard	Uffz d.R.	Vors RK Kornwestheim
Schanz	Günther	Gefr d.R.	Stv Revisor RK Kornwestheim
Schänzle	Wolfgang Dieter	Maj d.R.	
Scheuer	Dr. Gerhart	(ehem. MdL)	LWiss Dir a.D.
Schick	Werner	Oberstlt d.R.	Landeshaushaltssachbearbeiter
Schleyer	Bernhard	Oberstlt d.R.	GFW Sektionsleiter Sigmaringen
Schmalzl	Johannes	Präsident	Landesamt für Verfassungsschutz
Schmeja	Nikolaus	Oberst a.D. d. R.	GFW Ehrenlandesvorsitzender Baden-Württemberg
Schmieder	Richard	OStFw d.R.	1.Stv Vors BezGrp Südbaden
Schmieder	Egon	Oberst d.R.	
Schnabel	Jürgen	Lt d.R.	BeaSiPol+Stv KrsVors Rhein-Neckar
Schneider	Daniel	Fw d.R.	Vors KrsGrp Hochrhein
Schneider	Harald	Maj d.R.	
Schrader	Gerhard	OFw d.R.	Kassenwart RK Überlingen
Schreiber	Jürgen	StBtsm d.R.	Stv Revisor BezGrp Südbaden
Schröder	Thorsten	Maj d.R.	
Schwarz	Detlef	OGefr d.R.	Vors RK Harmersbachtal
Schweickart	Robert	Colonel (R)	Ehrevorsitzender Elsässischer Luftwaffenring
Schweinbenz	Benno	Oberstlt d.R.	
Semmler	Heinz	StFw d.R.	Vors RK Eppingen
Sigg	Bernhard	HptGefr d.R.	StvVors RK Oberes Linzgau
Sihler	Michael	Oberstlt d.R.	Landesvorsitzender
Silvery	Klaus J.	StFw d.R.	KrsOrgLeiter
Söllner	Anton	Oberst	Inspizient Freiwillige Reservistenarbeit Streitkräfteamt
Sorge	Jörg	StFw d.R.	Vors KrsGrp Neckar-Alb
Spindler	Walter	BrigGen	Stv. Kommandierender General EUROCORPS
Stallbommer	Klaus Dieter	Hptm d.R.	Vors KrsGrp Mittl. Oberrhein

Staudacher	Erich	BrigGen	Stv. Befehlshaber Wehrbereichskommando IV
Steimle	Bernhard	Oberst d.R.	Abt. Präs a.D.
Steinhauer	Joachim	StUffz d.R.	Revisor KrsGrp Bodensee-Oberschwaben-Süd
Steinmaier	Armin	Oberstlt	StOffzResAngel VBK 51
Stingl	Ralf	Fw d.R.	Vors KrsGrp Südlicher Oberrhein
Straub	Ernst	StUffz d.R.	BeaSiPol BezGrp Nordbaden
Streit	Jürgen	Hptm d.R.	Vors RK Heilbronn
Stumpe	Christian	Maj d.R.	Vors KrsGrp Rhein-Neckar
Tohsche	Claws	Oberstlt d.R.	
Trousse	Louis-Charles	Capitaine	
Tscharntke	Claus Juergen	Maj d.R.	BeaSiPol BezGrp Südwürttemberg-Hohenzollern
Veit	Alfred	Oberstlt	Stv Landesvorsitzender Süd DBWV
Vierenz	Karin		SB ResAngel Landesgeschäftsstelle Sigmaringen
Vögeli	Martin	Oberst i Gst	
Wagner	Klaus	OStFw d.R.	Vors BezGrp Südwürttemberg-Hohenzollern
Walter	Jens	Uffz d.R.	SchrFhr KrsGrp Hochrhein
Walz	Claus	Oberstlt d.R.	
Wenning	Walter	Oberst d.R.	
Wichtrup	Klaus	Oberstlt	Kommandeur Fernmeldebataillon 200
Wickersheim	Alexander	OGefr d.R.	StvVors RK Turmberg
Wickersheim	Rolf	OStFw d.R.	
Widera	Karl-Heinz	OFw d.R.	1. StvVors RK Stetten
Widmer	Herbert	StFw d.R.	Vors KrsGrp Bodensee-Oberschwaben-Nord
Widmer	Thorsten	Lt d.R.	
Wilczek	Prof.Dr.-Ing. Elmar	FKpt d.R.	
Wilkens	Willibert	Maj d.R.	
Wittig	Siegfried	Oberstlt d.R.	Landesorganisationsleiter
Wollin	Jürgen Dieter	StFw d.R.	Kassenwart RK Nördlicher Breisgau
Würz	Karlheinz	Hptm d.R.	Stv. Landesvorsitzener
Zeumer	Dankmar	Oberstlt d.R.	BeaFMF KrsGrp Mittlerer-Neckar-Süd
Zimmermann	Gerhard	HptFw d.R.	
Zweig	Karl	OGefr d.R.	Vors KrsGrp Nordschwarzwald

Nicht aufgeführt sind Personen, welche als Begleiter einer der oben angeführten Personen angemeldet, aber namentlich nicht oder nicht vollständig erfasst wurden ("... mit Frau" oder "Fahrer des ...").



Oberstlt Prof. Erwin Ritter von Fitz vom Militärkommando Voralberg verabschiedet sich vom Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Michael Sihler.

Helfen Sie mit

Werben Sie ein

Mitglied für den

Reservistenverband

Geschäftsstelle Stuttgart
Nürnberger Straße 184
70374 Stuttgart
0711/5284613
0711/524562
geschst_stuttgart@vdrbw

Geschäftsstelle Ellwangen
Reinhardt-Kaserne
73479 Ellwangen
07961/7481
07961/7694
geschst_ellwangen@vdrbw

Geschäftsstelle Tauberbischofsheim
Kurmainz-Kaserne
Kasernenstraße 30/5
97941 Tauberbischofsheim
09341-845382
09341-845391
geschst_tauberbischofsheim@vdrbw.de

Geschäftsstelle Karlsruhe
Rintheimer Querallee 11
76131 Karlsruhe
0721/606572
0721/6649297
geschst_karlsruhe@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mannheim
Badener Platz 4
68239 Mannheim
0621/472446
0621/4817585
geschst_mannheim@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mosbach
Renz-Straße 1
74821 Mosbach
06261/18581
06261/4402
geschst_mosbach@vdrbw.de

Geschäftsstelle Freiburg
Stefan-Meier-Str. 72a
79104 Freiburg
0761/36602
0761/36727
geschst_freiburg@vdrbw.de

Geschäftsstelle Immendingen
Am Bildstöckle 3
78194 Immendingen
07462/6538
07462/924023
geschst_immendingen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Stetten
Lager Heuberg / Geb.152
72510 Stetten a. K. M.
07573/958106
07573/958239
geschst_stetten@vdrbw.de

Geschäftsstelle Ulm
Postfach 2540
89015 Ulm
0731/32939
0731/32952
geschst_ulm@vdrbw.de

Geschäftsstelle Pfullendorf
Generaloberst v.Fritsch-Kaserne
88630 Pfullendorf
07552/409156
07552/409157
geschst_pfullendorf@vdrbw.de

Reservistenverband
Landesgruppe Baden-Württemberg

Der 14. Internationale Sicherheitspolitische Kongress

findet
am 30.11. und 01.12. 2007

wieder
im Best Western Queens-Hotel
in Karlsruhe
statt

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg
Graf-Stauffenberg-Kaserne
72483 Sigmaringen
Tel.: 07571/681263
Fax: 07571/681256
E-Mail: Landesgeschst_baden-wuerttemberg@vdrbw.de